

Titel: Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014
Abschließende Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2014

Federführung:	Rechnungsprüfungsausschuss	Datum:	11.11.2020
Bearbeiter:	Köhler, Jens - Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss Troyke, Tilo – Leiter Rechnungsprüfungsamt		

Beratungsfolge	Termin	
Rechnungsprüfungsausschuss	25.11.2020	
Bürgerschaft	03.12.2020	

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss legt der Bürgerschaft den abschließenden Prüfungsvermerk als Grundlage für die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 vor. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung des Jahresabschlusses 2014 beraten und macht sich den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 zu Eigen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 hat zu Beanstandungen geführt. Auf dieser Grundlage wird dem Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk testiert. Dennoch vermittelt der Jahresabschluss 2014 im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hansestadt Stralsund.

Auf der Grundlage des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31. Dezember 2014 empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der Fassung vom 27. Oktober 2020 festzustellen.

Gleichzeitig empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, den Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2014 zu entlasten.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014, sowie die abschließenden Prüfungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses und des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 zeitnah auszuräumen und künftig zu beachten. Insbesondere wird die Verwaltung aufgefordert, die Dienstanweisungen zur Organisation des Rechnungswesens unverzüglich zu erstellen.

Anlage 1 - Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014

Anlage 2 - Abschließender Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses für das Haushaltsjahr 2014

Anlage 3 - Abschließender Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes für das Haushaltsjahr 2014

gez. Jens Köhler
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Abschließender Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses der Hansestadt Stralsund über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund obliegt gemäß § 1 Absatz 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern dem Rechnungsprüfungsausschuss. Hierzu hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss entsprechend § 1 Absatz 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Der Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31. Dezember 2014 wurde in der ersten Fassung am 29. Juli 2020 vom Kämmereiamt aufgestellt und auf der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12. August 2020 vorgestellt.

In der gleichen Ausschusssitzung wurde über den Umfang, die Systematik und den Zeitplan der Prüfung beraten. In den Ausschusssitzungen am 9. September und am 14. Oktober 2020 wurden Prüfungsfeststellungen und Beanstandungen besprochen.

Aufgrund von Prüfungsbeanstandungen und Hinweisen des Rechnungsprüfungsamtes erfolgte durch das Kämmereiamt eine Überarbeitung des Jahresabschlusses.

Der überarbeitete Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31. Dezember 2014 in der Fassung vom 27. Oktober 2020 wurde dem Rechnungsprüfungsamt am 4. November 2020 vorgelegt.

Auf Basis dieser Fassung des Jahresabschlusses erarbeitete das Rechnungsprüfungsamt den Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31. Dezember 2014.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erörterte in seiner Sitzung am 25. November 2020 den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 24. November 2020 über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 abschließend unter Einbeziehung der Stellungnahme des Oberbürgermeisters.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich davon überzeugt, dass die Qualität der Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes den Zwecken der Prüfung des Jahresabschlusses genügt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich vollumfänglich den vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Feststellungen angeschlossen.

Auf dieser Grundlage wird festgestellt, dass der Jahresabschluss und die den Jahresabschluss erläuternden Anlagen den Vorschriften des § 60 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern, der §§ 24 bis 48 und der §§ 50 bis 53 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik sowie den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen im Wesentlichen entsprechen und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger

Buchführung im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hansestadt Stralsund vermitteln.

Das Rechnungsprüfungsamt hat auf Grundlage seiner Prüfungsfeststellungen einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Rechnungsprüfungsausschuss teilt die Einschätzung des Rechnungsprüfungsamtes.

Im Ergebnis seiner Prüfung hat das Rechnungsprüfungsamt zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Hansestadt Stralsund ergänzend festgestellt:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2014	644.879 TEUR.
Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2014	46,1 Prozent.
Die Fremdkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2014	53,9 Prozent.
Die Verbindlichkeitenquote beträgt zum 31. Dezember 2014	17,4 Prozent.
<i>Die Hansestadt Stralsund ist zum Bilanzstichtag nicht überschuldet.</i>	

Das Jahresergebnis 2014 beträgt vor Veränderung der Rücklagen	- 1.579 TEUR.
Das Jahresergebnis 2014 beträgt nach Veränderung der Rücklagen	0 TEUR.
Der Ergebnisvortrag aus Haushaltsvorjahren beträgt	- 10.658 TEUR.
<i>Unter Berücksichtigung des negativen Ergebnisvortrags aus Haushaltsvorjahren ist im Haushaltsjahr 2014 ein Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung nicht gegeben.</i>	

Die Finanzrechnung weist für 2014 einen Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen aus i. H. v.	7.832 TEUR.
Nach Verrechnung der planmäßigen Tilgung für Investitionskredite verbleibt ein positiver Saldo i. H. v.	4.209 TEUR.
Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen unter Berücksichtigung des Vortrags aus Haushaltsvorjahren und der planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten beträgt	- 15.009 TEUR.
<i>Unter Berücksichtigung des negativen Vortrags aus Haushaltsvorjahren ist im Haushaltsjahr 2014 ein Haushaltsausgleich in der Finanzrechnung nicht gegeben.</i>	

Auf der Grundlage des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31. Dezember 2014 empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in der Fassung vom 27. Oktober 2020 festzustellen.

Gleichzeitig empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, den Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2014 zu entlasten.

Stralsund, 25. November 2020



Jens Köhler

Vorsitzender
des Rechnungsprüfungsausschusses
der Hansestadt Stralsund

Abschließender Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes der Hansestadt Stralsund über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Gemäß § 1 Absatz 4 Satz 1 KPG M-V obliegt die örtliche Prüfung dem Rechnungsprüfungsausschuss der Hansestadt Stralsund. Er hat sich des Rechnungsprüfungsamtes zu bedienen, welches gemäß § 1 Absatz 3 Satz 1 KPG M-V einzurichten ist. Die örtliche Prüfung umfasst gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1, 3 bis 5 und 8 KPG M-V auch die Prüfung des Jahresabschlusses, der Anlagen zum Jahresabschluss sowie die Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Aufgrund dieser rechtlichen Bestimmung hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss - bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz, dem Anhang sowie den Anlagen zum Jahresabschluss - unter Einbeziehung des Rechnungswesens der

Hansestadt Stralsund

für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft.

Der Jahresabschluss sowie die Anlagen zum Jahresabschluss gemäß § 60 KV M-V und der §§ 24 bis 53 GemHVO-Doppik wurden von der Verwaltung unter der Gesamtverantwortung des Oberbürgermeisters erstellt. Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes war es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss sowie die Anlagen zum Jahresabschluss unter Einbeziehung des Rechnungswesens abzugeben.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des § 3a KPG M-V vorgenommen. Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Hansestadt Stralsund sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Die Wirksamkeit des auf die Rechnungslegung bezogenen internen Kontrollsystems war nicht Gegenstand der Prüfung. Es wird auf die Feststellungen aus vorhergehenden Prüfungen verwiesen.

Im Rahmen der Prüfung wurden Nachweise für die Angaben im Rechnungswesen, im Jahresabschluss, im Anhang und in den Anlagen zum Anhang überwiegend auf der Basis von Plausibilitätsprüfungen und Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Verwaltung der Hansestadt Stralsund sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses, des Anhangs und der Anlagen zum Anhang.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die gegebene Beurteilung bildet.

Nachfolgend bezeichnete wesentliche Prüfungsfeststellungen führten zur **Einschränkung des Bestätigungsvermerkes**:

1. Der Jahresabschluss ist nicht fristgerecht gemäß § 60 Absatz 4 KV M-V innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufgestellt.
2. Zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens besteht die Pflicht zum Erlass von Dienstanweisungen zur Organisation des Rechnungswesens. Durch das Fehlen der entsprechenden Dienstanweisungen ist die Wirksamkeit eines rechnungsbezogenen internen Kontrollsystems nicht gegeben.
3. Es liegen Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vor, die in ihrer Gesamtheit wesentlich sind.
4. Der sachgerechte Ausweis sowie die Vollständigkeit der Bilanz ist nicht mit hinreichender Sicherheit für Forderungen gegeben.
5. Der sachgerechte Ausweis sowie die Vollständigkeit der bilanzierten Grundstücke (Grund und Boden) können aufgrund des Abgleichs mit den Daten des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) und der gezogenen Stichproben für einen abgrenzbaren Teil des Grundstücksvermögens nicht mit hinreichender Sicherheit bestätigt werden.
6. Die Erstellung des Jahresabschlusses 2014 erfolgte ohne Vorlage der Jahresabschlüsse der Städtebaulichen Sondervermögen für das Haushaltsjahr 2014 ausschließlich aufgrund von Überleitungsrechnungen.
7. Für die „Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit“, die dem Nachweis des vollständigen Haushaltsausgleiches in der Finanzrechnung dient, ist ein Korrekturbedarf nicht auszuschließen.

Eine Umsetzung der Beanstandungen aus der Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie aus den Jahresabschlüssen 2011 bis 2013 erfolgte nicht in vollem Umfang. Da die Mängel zum Teil im Haushaltsjahr 2014 fortbestanden, fanden die Sachverhalte teilweise erneut ihre Ausweisung in den Beanstandungen.

Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes enthält darüber hinaus weitere Beanstandungen. Das Rechnungsprüfungsamt erwartet, dass die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 zeitnah ausgeräumt und künftig beachtet werden.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entsprechen der Jahresabschluss und die den Jahresabschluss erläuternden Anlagen mit den genannten Einschränkungen im Wesentlichen den Vorschriften des § 60 KV M-V, der §§ 24 bis 48 und der §§ 50 bis 53 der GemHVO-Doppik sowie den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hansestadt Stralsund.

Stralsund, den 24. November 2020



Tilo Troyke

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
der Hansestadt Stralsund

Titel: Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2014 der Hansestadt Stralsund und Entlastung des Oberbürgermeisters

Federführung:	20.1 Abt. Haushalts- und Finanzplanung	Datum:	19.11.2020
Bearbeiter:	Steinfurt, Gisela		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	03.12.2020	

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund hat gemäß § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres zu beschließen. In einem gesonderten Beschluss entscheidet die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund gemäß § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V über die Entlastung des Oberbürgermeisters.

Der Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stralsund haben den Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 in der Fassung vom 29.07.2020/ 27.10.2020 gemäß § 3a KPG M-V geprüft.

Das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stralsund fasste das Ergebnis der Prüfung im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014 zusammen und erteilte einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Prüfung des Jahresabschlusses führte trotz des eingeschränkten Bestätigungsvermerks zu keinen Beanstandungen, die so wesentlich sind, dass diese der Entlastung des Oberbürgermeisters entgegenstehen könnten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich vollumfänglich den vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Feststellungen angeschlossen und einen abschließenden Prüfvermerk erstellt. Gleichzeitig beschloss der Rechnungsprüfungsausschuss, der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund die Feststellung des Jahresabschlusses der Hansestadt Stralsund zum 31.12. 2014 sowie die Entlastung des Oberbürgermeisters zu empfehlen.

Eckdaten des Jahresabschlusses 2014:

- Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 644.879.385,26 EUR.
- Das Eigenkapital zum 31.12.2014 beträgt 297.115.573,34 EUR.

- Die Ergebnisrechnung 2014 der Hansestadt Stralsund weist im ordentlichen Ergebnis sowie im Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen einen Fehlbetrag von 1.578.796,34 EUR aus.

Aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage für investiv gebundene Zuweisungen wurde gemäß § 18 Absatz 4 GemHVO- Doppik zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages anteilig die Differenz zwischen den Abschreibungen und den korrespondierenden Erträgen durch die Auflösung der Sonderposten in Höhe von 1.578.796,34 EUR entnommen.

Das Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen beträgt 0,00 EUR.

Aus Vorjahren besteht ein Fehlbetrag in Höhe von 10.657.531,78 EUR. Dieser ist gemäß § 44 Absatz 5 GemHVO- Doppik auf neue Rechnung vorzutragen.

- Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung beträgt für das Haushaltsjahr 2014 +7.832.490,75 EUR. Unter Berücksichtigung der Tilgungszahlungen für die Kredite aus den Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 3.623.399,40 EUR umfasst der jahresbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen +4.209.091,35 EUR.
- Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit wird mit 1.684.529,15 EUR ausgewiesen.
- Der Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge beträgt -364.833,91 EUR.
- Der Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit hat sich im Haushaltsjahr 2014 von -11.010.475,64 EUR per 31.12.2013 auf -5.481.689,05 EUR per 31.12.2014 reduziert.

Die Vollständigkeit des Jahresabschlusses 2014 wurde vom Oberbürgermeister bestätigt. Detaillierte Ausführungen zum Jahresabschluss 2014, zur Bilanz und zur Ergebnis- und Finanzrechnung sind dem beigefügten Jahresabschluss 2014 zu entnehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

A. Feststellung des Jahresabschlusses

1. den aus Vorjahren bestehenden Ergebnisvortrag in Höhe von -10.657.531,78 EUR gemäß § 44 Absatz 5 GemHVO- Doppik unverändert auf neue Rechnung vorzutragen.
2. gemäß § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss 2014 der Hansestadt Stralsund mit einem ausgewiesenen Eigenkapital von 297.115.573,34 EUR bei einer Bilanzsumme von 644.879.385,26 EUR und einem Jahresergebnis (nach Rücklagenentnahme) von 0,00 EUR festzustellen.

B. Entlastung des Oberbürgermeisters

Dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Herrn Dr.- Ing. Alexander Badrow, wird gemäß § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V für das Haushaltsjahr 2014 die Entlastung erteilt.

-

Anlage 1 Jahresabschluss der HST zum 31.12.2014_27.10.2020_mit Unterschrift OB
Anlage 2 Vollständigkeitserklärung zum JA 2014 20.11.2020

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

Jahresabschluss

der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014

- Fassung vom 27.10.2020 -



Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014

	<u>Seite</u>
I. Schlussbilanz	5
II. Ergebnisrechnung mit Übersicht der Teilergebnisrechnungen	9
III. Finanzrechnung mit Übersicht der Teilfinanzrechnungen	17
IV. Anhang	29

Anlagen

Anlage 1	Übersicht über Erträge und Aufwendungen	79
Anlage 2	Übersicht der Teilrechnungen	85
Anlage 3	Anlagenübersicht	89
Anlage 4	Forderungsübersicht	93
Anlage 5	Verbindlichkeitenübersicht	97
Anlage 6	Rückstellungsübersicht	101
Anlage 7	Haftungsverhältnisse	105
Anlage 8	Mitgliedschaften	109
Anlage 9	Sonstige wesentliche Verträge	113
Anlage 10	Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	117
Anlage 11	Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	123
Anlage 12	Korrekturen der Eröffnungsbilanz	127

I. Schlussbilanz

**Bilanz 2014****Aktiva Passiva**

Bezeichnung	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung gegenüber 2013
		in EUR		
1 Anlagevermögen		634.591.820,26	628.302.195,66	-6.289.624,60
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		60.670.309,41	46.146.689,87	-14.523.619,54
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		237.492,43	263.212,13	25.719,70
1.1.2 Geleistete Zuwendungen		48.140.092,81	36.926.938,54	-11.213.154,27
1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse		3.889.274,72	5.210.364,91	1.321.090,19
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0,00	0,00
1.1.5 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		8.403.449,45	3.746.174,29	-4.657.275,16
1.2 Sachanlagen		476.599.044,49	473.328.374,43	-3.270.670,06
1.2.1 Wald, Forsten		2.977.004,92	2.976.058,08	-946,84
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		40.581.407,63	39.877.900,81	-703.506,82
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		127.559.117,27	128.125.985,29	566.868,02
1.2.4 Infrastrukturvermögen		239.493.667,51	245.055.595,94	5.561.928,43
1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden		42.875,10	41.607,25	-1.267,85
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler		40.572.294,90	40.501.186,94	-71.107,96
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		6.020.823,19	7.594.842,01	1.574.018,82
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.972.835,92	2.353.804,99	380.969,07
1.2.9 Pflanzen und Tiere		7.587,15	7.222,09	-365,06
1.2.10 Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Anlagen im Bau		17.371.430,90	6.794.171,03	-10.577.259,87
1.3 Finanzanlagen		97.322.466,36	108.827.131,36	11.504.665,00
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		71.298.819,52	81.744.382,68	10.445.563,16
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00	0,00	0,00
1.3.3 Beteiligungen		369.754,36	369.754,36	0,00
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00	0,00
1.3.5 Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		18.708.331,13	18.515.082,37	-193.248,76
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		0,00	0,00	0,00
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens		17.613,92	17.613,92	0,00
1.3.8 Anteilige Rücklagen der Versorgungskassen zur Abdeckung von Pensionsverpflichtungen		6.848.529,46	8.119.314,38	1.270.784,92
1.3.9 Sonstige Ausleihungen		79.417,97	60.983,65	-18.434,32
2 Umlaufvermögen		15.839.150,08	16.218.191,87	379.041,79
2.1 Vorräte		10.725.061,65	10.147.121,11	-577.940,54
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		98.304,93	96.235,50	-2.069,43
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		0,00	0,00	0,00
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren sowie zum Verkauf bestimmte Grundstücke		10.626.756,72	10.050.885,61	-575.871,11
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte		0,00	0,00	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3.853.374,80	4.052.759,81	199.385,01
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		1.192.006,16	1.386.422,97	194.416,81

Bezeichnung	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung gegenüber 2013
		in EUR		
1 Eigenkapital		294.374.389,57	297.115.573,34	2.741.183,77
1.1 Kapitalrücklage		305.031.921,35	307.773.105,12	2.741.183,77
1.1.1 Allgemeine Kapitalrücklage		296.241.350,41	295.541.017,17	-700.333,24
1.1.2 Zweckgebundene Kapitalrücklagen		8.790.570,94	12.232.087,95	3.441.517,01
1.1.2.1 Zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen		1.135.630,05	4.577.147,06	3.441.517,01
1.1.2.2 Zweckgebundene Kapitalrücklagen als Stiftungskapital		7.654.940,89	7.654.940,89	0,00
1.2 Zweckgebundene Ergebnissrücklagen		0,00	0,00	0,00
1.2.1 Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		0,00	0,00	0,00
1.2.2 Sonstige zweckgebundene Rücklagen		0,00	0,00	0,00
1.3 Ergebnisvortrag		-10.657.531,78	-10.657.531,78	0,00
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		0,00	0,00	0,00
1.5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00	0,00
2 Sonderposten		173.688.767,26	172.296.759,78	-1.392.007,48
2.1 Sonderposten zum Anlagevermögen		173.530.969,53	172.072.185,85	-1.458.783,68
2.1.1 Sonderposten aus Zuwendungen		152.284.612,64	160.603.946,30	8.319.333,66
2.1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		6.069.850,61	6.671.313,90	601.463,29
2.1.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen		15.176.506,28	4.796.925,65	-10.379.580,63
2.2 Sonderposten für den Gebührenausschlag		157.797,73	224.573,93	66.776,20
2.3 Sonderposten mit Rücklageanteil		0,00	0,00	0,00
2.4 Sonstige Sonderposten		0,00	0,00	0,00
3 Rückstellungen		55.712.814,75	55.749.760,97	36.946,22
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		28.640.299,20	29.759.404,20	1.119.105,00
3.2 Steuerrückstellungen		0,00	0,00	0,00
3.3 Sonstige Rückstellungen		27.072.515,55	25.990.356,77	-1.082.158,78
3.3.1 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung		0,00	587.490,37	587.490,37
3.3.2 Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien		9.596.310,76	9.383.894,30	-212.416,46
3.3.3 Rückstellung für Sanierung von Altlasten		0,00	0,00	0,00
3.3.4 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren		7.217.595,68	7.542.663,56	325.067,88
3.3.5 Rückstellungen für personalbezogene finanzielle Verpflichtungen		4.463.180,15	3.440.415,60	-1.022.764,55
3.3.6 Rückstellungen für sonstige finanzielle Verpflichtungen		5.795.428,96	5.035.892,94	-759.536,02
4 Verbindlichkeiten		119.122.273,54	112.030.997,83	-7.091.275,71
4.1 Anleihen		0,00	0,00	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		101.633.851,34	93.944.435,06	-7.689.416,28
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		89.362.662,07	86.444.435,06	-2.918.227,01
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit		12.271.189,27	7.500.000,00	-4.771.189,27
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		40.604,70	31.682,31	-8.922,39
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		972.292,05	1.150.000,00	177.707,95
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.515.495,86	1.793.814,57	278.318,71

**Bilanz 2014****Aktiva Passiva**

Bezeichnung	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung gegenüber 2013
		in EUR		
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	293.376,51	272.039,55	-21.336,96
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	737.188,12	376.391,18	-360.796,94
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	69.435,08	60.180,05	-9.255,03
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	334.271,20	214.792,03	-119.479,17
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände	1.227.097,73	1.742.934,03	515.836,30
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
2.3.2	Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
2.3.3	Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.260.713,63	2.018.310,95	757.597,32
3	Rechnungsabgrenzungsposten	353.221,73	358.997,73	5.776,00
3.1	Disagio	0,00	0,00	0,00
3.2	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	353.221,73	358.997,73	5.776,00
4	Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
6	Bilanzsumme	650.784.192,07	644.879.385,26	-5.904.806,81

Bezeichnung	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung gegenüber 2013
		in EUR		
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	115.645,23	83.037,99	-32.607,24
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	231.135,25	489.816,28	258.681,03
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.437,34	300.000,00	296.562,66
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	234.131,11	579.522,67	345.391,56
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	13.040.849,59	12.365.738,07	-675.111,52
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten	1.334.831,07	1.292.950,88	-41.880,19
5	Rechnungsabgrenzungsposten	7.885.946,95	7.686.293,34	-199.653,61
5.1	Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00	0,00
5.2	Anzahlungen auf Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00	0,00
5.3	Sonstige	7.885.946,95	7.686.293,34	-199.653,61
6	Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
7	Bilanzsumme	650.784.192,07	644.879.385,26	-5.904.806,81

II. Ergebnisrechnung mit Übersicht der Teilergebnisrechnungen



Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 44 Absatz 2 GemHVO-Doppik)	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	Ansatz 2014	Verände- rung durch Nachtrag 2014	über- und außerplan- mäßige Aufwen- dungen 2014	zweck- gebundene Mehrerträge und ent- sprechende -aufwen- dungen 2014	Inanspruch- nahme der ein- oder ge- genseitigen Deckungs- fähigkeit 2014	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen aus Haushalts- vorjahren	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Ergebnis 2013	Ergebnis- veränderung gegenüber 2013	Übertra- gung von Ermäch- tigungen in Haushalts- folgejahre
in EUR															
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
01 +	Steuern und ähnliche Abgaben		36.955.400	0	0,00	321.080,43	0,00	37.276.480,43	0,00	37.276.480,43	38.862.055,67	1.585.575,24	35.700.695,31	3.161.360,36	0,00
02 +	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		36.893.700	0	0,00	459.549,96	0,00	37.353.249,96	0,00	37.353.249,96	46.276.825,83	8.923.575,87	37.645.508,09	8.631.317,74	0,00
03 +	Erträge der sozialen Sicherung		71.500	0	0,00	4.000,00	0,00	75.500,00	0,00	75.500,00	116.047,72	40.547,72	27.236,99	88.810,73	0,00
04 +	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		5.822.800	0	0,00	43.220,49	0,00	5.866.020,49	0,00	5.866.020,49	4.568.830,88	-1.297.189,61	4.749.562,17	-180.731,29	0,00
05 +	Privatrechtliche Leistungsentgelte		5.605.100	0	0,00	355,00	0,00	5.605.455,00	0,00	5.605.455,00	6.040.646,12	435.191,12	5.847.790,24	192.855,88	0,00
06 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		4.239.200	0	0,00	20.004,37	0,00	4.259.204,37	0,00	4.259.204,37	3.714.770,56	-544.433,81	3.911.083,45	-196.312,89	0,00
07 +	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-	Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen														
08 +	Andere aktivierte Eigenleistungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
09 +	Zinserträge und sonstige Finanzerträge		6.889.900	0	0,00	121.842,92	0,00	7.011.742,92	0,00	7.011.742,92	8.241.345,69	1.229.602,77	10.095.422,66	-1.854.076,97	0,00
10 +	Sonstige laufende Erträge		5.218.200	0	0,00	39.882,49	0,00	5.258.082,49	0,00	5.258.082,49	8.284.856,26	3.026.773,77	4.873.902,85	3.410.953,41	0,00
11	Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 10)		101.695.800	0	0,00	1.009.935,66	0,00	102.705.735,66	0,00	102.705.735,66	116.105.378,73	13.399.643,07	102.851.201,76	13.254.176,97	0,00
12 -	Personalaufwendungen		27.866.900	0	149.800,00	1.050,00	0,00	28.017.750,00	0,00	28.017.750,00	27.640.472,63	-377.277,37	27.456.999,66	183.472,97	0,00
13 -	Versorgungsaufwendungen		1.297.800	0	809.179,90	0,00	0,00	2.106.979,90	0,00	2.106.979,90	1.818.103,47	-288.876,43	1.639.252,63	178.850,84	0,00
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		15.711.000	0	554.513,16	-459.710,45	0,00	15.805.802,71	237.378,56	16.043.181,27	12.263.319,72	-3.779.861,55	14.103.722,30	-1.840.402,58	334.089,61
15 -	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung		10.056.500	0	0,00	0,00	0,00	10.056.500,00	0,00	10.056.500,00	15.377.359,33	5.320.859,33	14.656.944,62	720.414,71	0,00
16 -	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17 -	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		33.862.900	0	1.712.639,91	-651.734,27	0,00	34.923.805,64	1.772,17	34.925.577,81	34.412.500,02	-513.077,79	28.905.745,70	5.506.754,32	1.696,72
18 -	Aufwendungen der sozialen Sicherung		6.365.100	0	238.192,79	0,00	0,00	6.603.292,79	0,00	6.603.292,79	6.548.975,84	-54.316,95	6.333.667,20	215.308,64	0,00
19 -	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen		3.733.700	0	-116.900,00	99.242,92	0,00	3.716.042,92	0,00	3.716.042,92	3.123.096,52	-592.946,40	4.033.845,73	-910.749,21	0,00
20 -	Sonstige laufende Aufwendungen		9.576.400	0	432.281,25	13.587,46	0,00	10.022.268,71	33.526,19	10.055.794,90	16.500.347,54	6.444.552,64	9.602.854,82	6.897.492,72	19.291,08
21	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe der Nummern 12 bis 20)		108.470.300	0	3.779.707,01	-997.564,34	0,00	111.252.442,67	272.676,92	111.525.119,59	117.684.175,07	6.159.055,48	106.733.032,66	10.951.142,41	355.077,41
22	Ordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 11 und 21)		-6.774.500	0	-3.779.707,01	2.007.500,00	0,00	-8.546.707,01	-272.676,92	-8.819.383,93	-1.578.796,34	7.240.587,59	-3.881.830,90	2.303.034,56	-355.077,41
23 +	Außerordentliche Erträge		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	713,85	-713,85	0,00
24 -	Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.946,11	-25.946,11	0,00
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 22 zuzüglich Nummer 23 abzüglich Nummer 24)		-6.774.500	0	-3.779.707,01	2.007.500,00	0,00	-8.546.707,01	-272.676,92	-8.819.383,93	-1.578.796,34	7.240.587,59	-3.907.063,16	2.328.266,82	-355.077,41
26 -	Einstellung in die Kapitalrücklage														



Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 44 Absatz 2 GemHVO-Doppik)	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	Ansatz 2014	Verände- rung durch Nachtrag 2014	über- und außerplan- mäßige Aufwen- dungen 2014	zweck- gebundene Mehrerträge und ent- sprechende -aufwen- dungen 2014	Inanspruch- nahme der ein- oder ge- genseitigen Deckungs- fähigkeit 2014	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen aus Haushalts- vorjahren	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Ergebnis 2013	Ergebnis- veränderung gegenüber 2013	Übertra- gung von Ermäch- tigungen in Haushalts- folgejahre
in EUR															
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
-	Einstellung in die Kapitalrücklage		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	713,85	-713,85	0,00
27 +	Entnahme aus der Kapitalrücklage		4.815.800	0	0,00	0,00	0,00	4.815.800,00	0,00	4.815.800,00	1.578.796,34	-3.237.003,66	3.907.777,01	-2.328.980,67	0,00
28 -	Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		0	0	0,00	25.249,00	0,00	25.249,00	0,00	25.249,00	0,00	-25.249,00	0,00	0,00	0,00
29 +	Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 +	Entnahme aus sonstigen zweckgebunden Ergebnisrücklagen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag, Nummer 25 zuzüglich Nummer 27, 29 und 30, abzüglich Nummer 26 und 28) nachrichtlich:		-1.958.700	0	-3.779.707,01	1.982.251,00	0,00	-3.756.156,01	-272.676,92	-4.028.832,93	0,00	4.028.832,93	0,00	0,00	-355.077,41
32	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr										-10.657.531,78				
33	Ergebnisvortrag (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummer 31 und 32)										-10.657.531,78				



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 46 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			01	02	03	06
				in EUR		
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.862.055,67	110,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	46.276.825,83	3.571,00	116.421,65	179,93	1.268.989,81
3	Erträge der sozialen Sicherung	116.047,72	0,00	0,00	0,00	0,00
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.568.830,88	16.667,26	5,25	0,00	2.971,00
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.040.646,12	945,00	1.354,62	0,00	0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.714.770,56	8.087,41	92.957,44	6.530,97	13.405,20
7	Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Zinserträge und sonstige Finanzerträge	8.241.345,69	225.416,56	61.272,26	0,00	0,00
10	sonstige laufende Erträge	8.284.856,26	102.056,95	126.335,91	0,00	0,00
11	Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 10)	116.105.378,73	356.854,18	398.347,13	6.710,90	1.285.366,01
12	Personalaufwendungen	27.640.472,63	2.438.364,51	1.619.769,05	594.620,83	370.798,19
13	Versorgungsaufwendungen	1.818.103,47	234.592,00	233.650,69	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.263.319,72	68.428,17	14.612,29	80.426,37	12.289,53
15	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	15.377.359,33	1.784,60	30.017,41	238.040,01	576.577,23
16	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	34.412.500,02	3.923,63	0,00	0,00	53.070,18
18	Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.548.975,84	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.123.096,52	0,00	0,00	0,00	0,00
20	sonstige laufende Aufwendungen	16.500.347,54	1.094.640,13	422.691,61	522.866,47	744.636,24
21	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe der Nummern 12 bis 20)	117.684.175,07	3.841.733,04	2.320.741,05	1.435.953,68	1.757.371,37
22	Ordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 11 und 21)	-1.578.796,34	-3.484.878,86	-1.922.393,92	-1.429.242,78	-472.005,36
23	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummern 22 zuzüglich Nummer 23 abzüglich Nummer 24)	-1.578.796,34	-3.484.878,86	-1.922.393,92	-1.429.242,78	-472.005,36
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Jahresergebnis des Teilhaushalts nach der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 25 zuzüglich Nummer 26 abzüglich Nummer 27)	-1.578.796,34	-3.484.878,86	-1.922.393,92	-1.429.242,78	-472.005,36



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 46 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			07	08	09	10
				in EUR		
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.862.055,67	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	46.276.825,83	270.765,79	27.200,00	740.190,82	1.529.321,47
3	Erträge der sozialen Sicherung	116.047,72	100.256,70	15.791,02	0,00	0,00
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.568.830,88	180,00	0,00	334.767,73	653.483,70
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.040.646,12	0,00	0,00	472.965,37	271.062,53
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.714.770,56	286.813,41	1.795,96	35.052,69	3.023.746,41
7	Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Zinserträge und sonstige Finanzerträge	8.241.345,69	0,00	0,00	2.924.000,00	1.439.399,43
10	sonstige laufende Erträge	8.284.856,26	12.045,13	2.202,62	1.288.483,04	708.271,49
11	Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 10)	116.105.378,73	670.061,03	46.989,60	5.795.459,65	7.625.285,03
12	Personalaufwendungen	27.640.472,63	432.956,51	31.822,94	4.237.976,20	2.288.256,88
13	Versorgungsaufwendungen	1.818.103,47	0,00	0,00	0,00	44.979,92
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.263.319,72	74.687,10	503,78	1.031.216,15	4.453.868,24
15	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	15.377.359,33	917,22	27.200,00	819.233,26	1.713.983,87
16	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	34.412.500,02	454.493,62	407,11	207.801,80	33.622,66
18	Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.548.975,84	0,00	6.437.923,76	0,00	0,00
19	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.123.096,52	0,00	0,00	0,00	0,00
20	sonstige laufende Aufwendungen	16.500.347,54	228.565,75	0,00	1.047.745,26	6.170.091,50
21	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe der Nummern 12 bis 20)	117.684.175,07	1.191.620,20	6.497.857,59	7.343.972,67	14.704.803,07
22	Ordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 11 und 21)	-1.578.796,34	-521.559,17	-6.450.867,99	-1.548.513,02	-7.079.518,04
23	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummern 22 zuzüglich Nummer 23 abzüglich Nummer 24)	-1.578.796,34	-521.559,17	-6.450.867,99	-1.548.513,02	-7.079.518,04
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Jahresergebnis des Teilhaushalts nach der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 25 zuzüglich Nummer 26 abzüglich Nummer 27)	-1.578.796,34	-521.559,17	-6.450.867,99	-1.548.513,02	-7.079.518,04



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 46 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			11	12	13	14
				in EUR		
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.862.055,67	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	46.276.825,83	194.192,77	0,00	307.633,79	89.700,00
3	Erträge der sozialen Sicherung	116.047,72	0,00	0,00	0,00	0,00
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.568.830,88	0,00	471,00	1.239.077,98	292.139,82
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.040.646,12	3.824.039,91	0,00	153.084,39	0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.714.770,56	108.182,76	36.780,00	82.379,80	330,81
7	Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Zinserträge und sonstige Finanzerträge	8.241.345,69	37,19	147.041,20	698.290,06	40.381,42
10	sonstige laufende Erträge	8.284.856,26	597.171,40	1.462.410,29	1.370.097,78	110.235,73
11	Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 10)	116.105.378,73	4.723.624,03	1.646.702,49	3.850.563,80	532.787,78
12	Personalaufwendungen	27.640.472,63	765.467,50	1.685.308,18	6.156.379,60	2.225.675,77
13	Versorgungsaufwendungen	1.818.103,47	0,00	186.167,72	1.025.753,44	49.362,69
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.263.319,72	346.514,51	4.403,27	715.131,06	30.539,81
15	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	15.377.359,33	74.519,90	30.880,10	372.392,31	433.399,78
16	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	34.412.500,02	5.254,90	0,00	122.950,00	443.828,67
18	Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.548.975,84	0,00	0,00	111.052,08	0,00
19	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.123.096,52	0,00	0,00	0,00	0,00
20	sonstige laufende Aufwendungen	16.500.347,54	412.537,99	42.882,20	291.535,56	387.285,21
21	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe der Nummern 12 bis 20)	117.684.175,07	1.604.294,80	1.949.641,47	8.795.194,05	3.570.091,93
22	Ordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 11 und 21)	-1.578.796,34	3.119.329,23	-302.938,98	-4.944.630,25	-3.037.304,15
23	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummern 22 zuzüglich Nummer 23 abzüglich Nummer 24)	-1.578.796,34	3.119.329,23	-302.938,98	-4.944.630,25	-3.037.304,15
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Jahresergebnis des Teilhaushalts nach der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 25 zuzüglich Nummer 26 abzüglich Nummer 27)	-1.578.796,34	3.119.329,23	-302.938,98	-4.944.630,25	-3.037.304,15



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 46 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt		
			15	16	90
			in EUR		
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.862.055,67	0,00	0,00	38.861.945,67
2	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	46.276.825,83	6.487.282,08	1.767.089,05	33.474.287,67
3	Erträge der sozialen Sicherung	116.047,72	0,00	0,00	0,00
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.568.830,88	1.918.180,67	110.886,47	0,00
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	6.040.646,12	442.889,54	874.304,76	0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.714.770,56	13.542,80	5.164,90	0,00
7	Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00
8	andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Zinserträge und sonstige Finanzerträge	8.241.345,69	37.711,07	0,00	2.667.796,50
10	sonstige laufende Erträge	8.284.856,26	94.325,26	87.197,77	2.324.022,89
11	Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 10)	116.105.378,73	8.993.931,42	2.844.642,95	77.328.052,73
12	Personalaufwendungen	27.640.472,63	3.574.046,85	1.219.029,62	0,00
13	Versorgungsaufwendungen	1.818.103,47	43.597,01	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.263.319,72	3.820.389,36	1.610.310,08	0,00
15	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	15.377.359,33	9.366.382,24	647.065,14	1.044.966,26
16	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00
17	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	34.412.500,02	77.227,11	36.050,74	32.973.869,60
18	Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.548.975,84	0,00	0,00	0,00
19	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.123.096,52	0,00	0,00	3.123.096,52
20	sonstige laufende Aufwendungen	16.500.347,54	2.449.570,27	1.997.506,12	687.793,23
21	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe der Nummern 12 bis 20)	117.684.175,07	19.331.212,84	5.509.961,70	37.829.725,61
22	Ordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 11 und 21)	-1.578.796,34	-10.337.281,42	-2.665.318,75	39.498.327,12
23	außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
24	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummern 22 zuzüglich Nummer 23 abzüglich Nummer 24)	-1.578.796,34	-10.337.281,42	-2.665.318,75	39.498.327,12
26	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
28	Jahresergebnis des Teilhaushalts nach der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 25 zuzüglich Nummer 26 abzüglich Nummer 27)	-1.578.796,34	-10.337.281,42	-2.665.318,75	39.498.327,12

III. Finanzrechnung mit Übersicht der Teilfinanzrechnungen



Finanzrechnung 2014

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 45 Absatz 2 i.V.m. § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Verweis auf Anhang (f.d. Nr.)	Ansatz 2014	Verände- rung durch Nachtrag	über- und außerplan- mäßige Aus- zahlungen	zweckge- bundene Mehrein- zahlungen und ent- sprechende -auszahlungen	Inanspruch- nahme der ein- oder ge- genseitigen Deckungs- fähigkeit	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen aus Haushalts- vorjahren	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Ergebnis 2013	Ergebnis- veränderung gegenüber 2013	Übertra- gung von Ermäch- tigungen in Haushalts- folgejahre
in EUR															
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben		36.955.400	0	0,00	321.080,43	0,00	37.276.480,43	0,00	37.276.480,43	38.561.678,60	1.285.198,17	36.665.730,16	1.895.948,44	0,00
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen		32.926.200	0	0,00	383.207,80	0,00	33.309.407,80	0,00	33.309.407,80	34.201.556,61	892.148,81	29.679.434,73	4.522.121,88	0,00
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung		71.500	0	0,00	4.000,00	0,00	75.500,00	0,00	75.500,00	111.760,08	36.260,08	92.979,09	18.780,99	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		4.549.600	0	0,00	15.858,99	0,00	4.565.458,99	0,00	4.565.458,99	4.255.100,54	-310.358,45	4.496.725,67	-241.625,13	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		5.319.500	0	0,00	0,00	0,00	5.319.500,00	0,00	5.319.500,00	6.058.161,49	738.661,49	4.975.740,93	1.082.420,56	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		4.239.200	0	0,00	10.037,19	0,00	4.249.237,19	0,00	4.249.237,19	3.952.537,46	-296.699,73	3.952.750,91	-213,45	0,00
7	+ Erhöhung / - Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinsinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen		6.889.900	0	0,00	121.842,92	0,00	7.011.742,92	0,00	7.011.742,92	6.937.512,43	-74.230,49	8.867.188,19	-1.929.675,76	0,00
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen		4.611.000	0	0,00	32.684,23	0,00	4.643.684,23	0,00	4.643.684,23	8.132.497,69	3.488.813,46	4.072.520,91	4.059.976,78	0,00
10	Summe der ordentlichen Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 9)		95.562.300	0	0,00	888.711,56	0,00	96.451.011,56	0,00	96.451.011,56	102.210.804,90	5.759.793,34	92.803.070,59	9.407.734,31	0,00
11	- Personalauszahlungen		27.730.500	0	160.300,00	100,00	0,00	27.890.900,00	0,00	27.890.900,00	26.962.895,66	-928.004,34	26.001.147,26	961.748,40	0,00
12	- Versorgungsauszahlungen		1.474.200	0	809.179,90	0,00	0,00	2.283.379,90	0,00	2.283.379,90	2.282.403,47	-976,43	1.784.192,63	498.210,84	0,00
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		15.711.000	0	554.513,16	-479.396,21	0,00	15.786.116,95	237.378,56	16.023.495,51	12.571.713,39	-3.451.782,12	13.506.817,40	-935.104,01	334.089,61
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen		33.862.900	0	1.730.280,17	-652.754,27	0,00	34.940.425,90	1.772,17	34.942.198,07	34.072.034,93	-870.163,14	28.857.250,58	5.214.784,35	1.696,72
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung		6.365.100	0	238.192,79	0,00	0,00	6.603.292,79	0,00	6.603.292,79	6.616.480,36	13.187,57	6.238.698,03	377.782,33	0,00
16	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen		3.733.700	0	-116.900,00	99.242,92	0,00	3.716.042,92	0,00	3.716.042,92	3.061.015,00	-655.027,92	3.985.831,36	-924.816,36	0,00
17	- Sonstige laufende Auszahlungen		9.576.400	0	401.281,25	-21.184,70	0,00	9.956.496,55	33.526,19	9.990.022,74	8.811.771,34	-1.178.251,40	8.771.165,82	40.605,52	19.291,08
18	Summe der ordentlichen Auszahlungen (Summe der Nummern 11 bis 17)		98.453.800	0	3.776.847,27	-1.053.992,26	0,00	101.176.655,01	272.676,92	101.449.331,93	94.378.314,15	-7.071.017,78	89.145.103,08	5.233.211,07	355.077,41
19	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 10 und 18)		-2.891.500	0	-3.776.847,27	1.942.703,82	0,00	-4.725.643,45	-272.676,92	-4.998.320,37	7.832.490,75	12.830.811,12	3.657.967,51	4.174.523,24	-355.077,41
20	+ Außerordentliche Einzahlungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	- Außerordentliche Auszahlungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Nummer 19 zuzüglich Nummer 20 abzüglich Nummer 21)		-2.891.500	0	-3.776.847,27	1.942.703,82	0,00	-4.725.643,45	-272.676,92	-4.998.320,37	7.832.490,75	12.830.811,12	3.657.967,51	4.174.523,24	-355.077,41
23	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		21.549.500	0	0,00	168.910,05	0,00	21.718.410,05	0,00	21.718.410,05	8.163.437,63	-13.554.972,42	6.148.511,54	2.014.926,09	0,00
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		545.000	0	0,00	0,00	0,00	545.000,00	0,00	545.000,00	419.129,29	-125.870,71	832.069,75	-412.940,46	0,00
25	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen		1.739.100	0	0,00	0,00	0,00	1.739.100,00	0,00	1.739.100,00	359.917,61	-1.379.182,39	85.005,28	274.912,33	0,00
26	+ Einzahlungen aus Sachanlagen		47.900	0	0,00	1.507,14	0,00	49.407,14	0,00	49.407,14	536.246,80	486.839,66	7.332.969,64	-6.796.722,84	0,00
27	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen		18.300	0	0,00	0,00	0,00	18.300,00	0,00	18.300,00	21.538,33	3.238,33	15.212,05	6.326,28	0,00
29	+ Einzahlungen aus Vorräten		703.800	0	0,00	12.424,94	0,00	716.224,94	0,00	716.224,94	1.890.635,75	1.174.410,81	1.367.065,54	523.570,21	0,00
30	+ Sonstige Investitionseinzahlungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00



Finanzrechnung 2014

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 45 Absatz 2 i.V.m. § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Verweis auf Anhang (f.d. Nr.)	Ansatz 2014	Verände- rung durch Nachtrag	über- und außerplan- mäßige Aus- zahlungen	zweckge- bundene Mehrein- zahlungen und ent- sprechende -auszah- lungen	Inanspruch- nahme der ein- oder ge- genseitigen Deckungs- fähigkeit	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen aus Haushalts- vorjahren	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Ergebnis 2013	Ergebnis- veränderung gegenüber 2013	Übertra- gung von Ermäch- tigungen in Haushalts- folgejahre
in EUR															
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
31	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 23 bis 30)		24.603.600	0	0,00	182.842,13	0,00	24.786.442,13	0,00	24.786.442,13	11.390.905,41	-13.395.536,72	15.780.833,80	-4.389.928,39	0,00
32	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		15.469.200	0	63.396,93	8.668,72	0,00	15.541.265,65	3.071.628,88	18.612.894,53	1.229.429,86	-17.383.464,67	5.338.120,92	-4.108.691,06	4.233.711,53
33	- Auszahlungen für Sachanlagen		10.214.500	0	1.620.215,25	18.125,43	0,00	11.852.840,68	3.604.186,33	15.457.027,01	6.122.571,77	-9.334.455,24	7.072.865,85	-950.294,08	3.945.161,42
34	- Auszahlungen für Finanzanlagen		8.000	0	0,00	0,00	0,00	8.000,00	0,00	8.000,00	0,00	-8.000,00	0,00	0,00	0,00
35	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Vorräte		0	0	15.000,00	0,00	0,00	15.000,00	0,00	15.000,00	350,00	-14.650,00	7.810,62	-7.460,62	15.000,00
37	- Sonstige Investitionsauszahlungen		0	0	2.319.481,10	0,00	0,00	2.319.481,10	0,00	2.319.481,10	2.354.024,63	34.543,53	8.004,26	2.346.020,37	0,00
38	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 32 bis 37)		25.691.700	0	4.018.093,28	26.794,15	0,00	29.736.587,43	6.675.815,21	36.412.402,64	9.706.376,26	-26.706.026,38	12.426.801,65	-2.720.425,39	8.193.872,95
39	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 31 und 38)		-1.088.100	0	-4.018.093,28	156.047,98	0,00	-4.950.145,30	-6.675.815,21	-11.625.960,51	1.684.529,15	13.310.489,66	3.354.032,15	-1.669.503,00	-8.193.872,95
40	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 22 und 39)		-3.979.600	0	-7.794.940,55	2.098.751,80	0,00	-9.675.788,75	-6.948.492,13	-16.624.280,88	9.517.019,90	26.141.300,78	7.011.999,66	2.505.020,24	-8.548.950,36
41	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		3.520.700	0	0,00	0,00	0,00	3.520.700,00	0,00	3.520.700,00	3.200.660,26	-320.039,74	24.321.309,47	-21.120.649,21	0,00
42	- Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		7.240.700	0	0,00	0,00	0,00	7.240.700,00	0,00	7.240.700,00	3.623.399,40	-3.617.300,60	3.738.669,66	-115.270,26	0,00
43	- sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.200.660,26	3.200.660,26	24.321.309,47	-21.120.649,21	0,00
44	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 41 abzüglich 42 und 43)		-3.720.000	0	0,00	0,00	0,00	-3.720.000,00	0,00	-3.720.000,00	-3.623.399,40	96.600,60	-3.738.669,66	115.270,26	0,00
45	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge		0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-364.833,91	-364.833,91	-914.868,46	550.034,55	0,00
46	Veränderung der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit (Summe der Nummern 40,44 und 45)		-7.699.600	0	-7.794.940,55	2.098.751,80	0,00	-13.395.788,75	-6.948.492,13	-20.344.280,88	5.528.786,59	25.873.067,47	2.358.461,54	3.170.325,05	-8.548.950,36
47	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 22 und 42)									-8.718.320,37	4.209.091,35				
48	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres									-30.309.761,29	-16.753.521,94				
49	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 47 und 48)									-39.028.081,66	-12.544.430,59				
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlung zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres [Einzahlung in Nummer 30 (sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlung in Nummer 17 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]									0,00	0,00				
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlung zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlung in Nummer 9 (sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlung in Nummer 37 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]									-2.319.481,10	-2.319.481,10				



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			01	02	03	06
			in EUR			
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	38.561.678,60	110,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferleistungen	34.201.556,61	3.571,00	100.496,07	0,00	0,00
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	111.760,08	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.255.100,54	11.119,56	5,25	0,00	2.971,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.058.161,49	855,00	1.381,02	0,00	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.952.537,46	7.567,37	103.243,22	7.068,12	2.400,00
7	+ Erhöhung / - Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.937.512,43	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	8.132.497,69	101.087,91	250,00	0,00	0,00
10	Summe der ordentlichen Einzahlungen (Summe der Nummer 1 bis 9)	102.210.804,90	124.310,84	205.375,56	7.068,12	5.371,00
11	- Personalauszahlungen	26.962.895,66	2.264.804,36	1.694.505,04	595.141,70	371.017,98
12	- Versorgungsauszahlungen	2.282.403,47	316.130,13	255.085,63	0,00	0,00
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.571.713,39	75.121,53	14.020,42	84.474,44	12.289,53
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	34.072.034,93	3.923,63	0,00	0,00	53.070,18
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	6.616.480,36	0,00	0,00	0,00	0,00
16	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.061.015,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	- Sonstige laufende Auszahlungen	8.811.771,34	734.630,72	415.648,88	562.210,47	27.675,04
18	Summe der ordentlichen Auszahlungen (Summe der Nummer 11 bis 17)	94.378.314,15	3.394.610,37	2.379.259,97	1.241.826,61	464.052,73
19	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummer 10 und 18)	7.832.490,75	-3.270.299,53	-2.173.884,41	-1.234.758,49	-458.681,73
20	+ Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	- Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Nummer 19 zuzüglich Nummer 20 abzüglich Nummer 21)	7.832.490,75	-3.270.299,53	-2.173.884,41	-1.234.758,49	-458.681,73
	Saldo der internen Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 22 und 22.1)	7.832.490,75	-3.270.299,53	-2.173.884,41	-1.234.758,49	-458.681,73
23	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	8.163.437,63	0,00	0,00	0,00	0,00
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	419.129,29	0,00	0,00	0,00	0,00
25	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	359.917,61	0,00	0,00	0,00	0,00
26	+ Einzahlungen aus Sachanlagen	536.246,80	0,00	0,00	0,00	0,00
27	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	21.538,33	0,00	0,00	0,00	0,00
29	+ Einzahlungen aus Vorräten	1.890.635,75	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 23 bis 30)	11.390.905,41	0,00	0,00	0,00	0,00
32	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.229.429,86	3.449,81	473,03	144.855,28	0,00
33	- Auszahlungen für Sachanlagen	6.122.571,77	0,00	21.029,75	188.051,92	2.107,68
34	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Vorräte	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.354.024,63	0,00	0,00	0,00	0,00



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			07	08	09	10
			in EUR			
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	38.561.678,60	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferleistungen	34.201.556,61	269.971,35	0,00	259.763,74	543,31
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	111.760,08	106.969,55	4.790,53	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.255.100,54	180,00	0,00	329.091,37	668.978,21
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.058.161,49	0,00	0,00	473.090,61	227.009,11
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.952.537,46	302.787,07	2.081,66	34.786,69	3.164.102,32
7	+ Erhöhung / - Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.937.512,43	0,00	0,00	2.924.000,00	1.376.000,00
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	8.132.497,69	522,75	2.202,62	1.295.941,47	574.328,10
10	Summe der ordentlichen Einzahlungen (Summe der Nummer 1 bis 9)	102.210.804,90	680.430,72	9.074,81	5.316.673,88	6.010.961,05
11	- Personalauszahlungen	26.962.895,66	433.068,67	32.122,82	4.381.268,43	2.269.266,32
12	- Versorgungsauszahlungen	2.282.403,47	0,00	0,00	0,00	68.193,73
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.571.713,39	79.592,81	503,78	1.170.564,16	4.468.952,83
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	34.072.034,93	414.578,62	407,11	208.146,91	33.622,66
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	6.616.480,36	21.281,50	6.493.401,12	0,00	0,00
16	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.061.015,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	- Sonstige laufende Auszahlungen	8.811.771,34	235.716,11	0,00	1.085.976,99	3.138.097,93
18	Summe der ordentlichen Auszahlungen (Summe der Nummer 11 bis 17)	94.378.314,15	1.184.237,71	6.526.434,83	6.845.956,49	9.978.133,47
19	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummer 10 und 18)	7.832.490,75	-503.806,99	-6.517.360,02	-1.529.282,61	-3.967.172,42
20	+ Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	- Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Nummer 19 zuzüglich Nummer 20 abzüglich Nummer 21)	7.832.490,75	-503.806,99	-6.517.360,02	-1.529.282,61	-3.967.172,42
	Saldo der internen Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 22 und 22.1)	7.832.490,75	-503.806,99	-6.517.360,02	-1.529.282,61	-3.967.172,42
23	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	8.163.437,63	794,44	0,00	71.953,00	1.661,84
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	419.129,29	0,00	0,00	0,00	0,00
25	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	359.917,61	0,00	0,00	0,00	0,00
26	+ Einzahlungen aus Sachanlagen	536.246,80	0,00	0,00	0,00	0,00
27	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	21.538,33	0,00	0,00	0,00	0,00
29	+ Einzahlungen aus Vorräten	1.890.635,75	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 23 bis 30)	11.390.905,41	794,44	0,00	71.953,00	1.661,84
32	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.229.429,86	122,78	0,00	7,50	380.823,34
33	- Auszahlungen für Sachanlagen	6.122.571,77	0,00	0,00	30.797,82	377.405,08
34	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Vorräte	350,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.354.024,63	0,00	0,00	0,00	0,00



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			11	12	13	14
			in EUR			
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	38.561.678,60	0,00	0,00	0,00	0,00
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferleistungen	34.201.556,61	179.232,11	0,00	106.921,70	89.700,00
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	111.760,08	0,00	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.255.100,54	0,00	477,50	1.124.478,39	317.527,50
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.058.161,49	4.273.286,61	0,00	127.550,22	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.952.537,46	107.459,73	36.780,00	121.415,74	496,36
7	+ Erhöhung / - Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.937.512,43	37,19	0,00	0,00	0,00
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	8.132.497,69	34.366,10	157.158,50	1.305.711,15	99.519,69
10	Summe der ordentlichen Einzahlungen (Summe der Nummer 1 bis 9)	102.210.804,90	4.594.381,74	194.416,00	2.786.077,20	507.243,55
11	- Personalauszahlungen	26.962.895,66	792.449,34	1.566.188,96	5.330.866,69	2.202.658,08
12	- Versorgungsauszahlungen	2.282.403,47	0,00	240.007,09	1.281.433,48	64.148,42
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.571.713,39	524.151,75	6.676,88	667.772,18	21.025,46
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	34.072.034,93	5.254,90	0,00	122.950,00	442.933,47
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	6.616.480,36	0,00	0,00	101.797,74	0,00
16	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.061.015,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	- Sonstige laufende Auszahlungen	8.811.771,34	463.297,42	45.225,50	264.543,42	272.517,31
18	Summe der ordentlichen Auszahlungen (Summe der Nummer 11 bis 17)	94.378.314,15	1.785.153,41	1.858.098,43	7.769.363,51	3.003.282,74
19	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummer 10 und 18)	7.832.490,75	2.809.228,33	-1.663.682,43	-4.983.286,31	-2.496.039,19
20	+ Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	- Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Nummer 19 zuzüglich Nummer 20 abzüglich Nummer 21)	7.832.490,75	2.809.228,33	-1.663.682,43	-4.983.286,31	-2.496.039,19
	Saldo der internen Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 22 und 22.1)	7.832.490,75	2.809.228,33	-1.663.682,43	-4.983.286,31	-2.496.039,19
23	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	8.163.437,63	0,00	0,00	247.438,96	0,00
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	419.129,29	-581,31	672,68	0,00	0,00
25	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	359.917,61	0,00	0,00	0,00	336.488,33
26	+ Einzahlungen aus Sachanlagen	536.246,80	463.800,00	0,00	5.077,80	0,00
27	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	21.538,33	0,00	0,00	0,00	20.397,49
29	+ Einzahlungen aus Vorräten	1.890.635,75	1.889.664,14	971,61	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 23 bis 30)	11.390.905,41	2.352.882,83	1.644,29	252.516,76	356.885,82
32	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.229.429,86	0,00	0,00	50.317,11	-29.437,23
33	- Auszahlungen für Sachanlagen	6.122.571,77	37.874,33	0,00	732.282,37	995.958,48
34	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Vorräte	350,00	350,00	0,00	0,00	0,00
37	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.354.024,63	0,00	0,00	0,00	0,00



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt		
			15	16	90
					in EUR
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	38.561.678,60	0,00	0,00	38.561.568,60
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferleistungen	34.201.556,61	157.828,84	61.304,49	32.972.224,00
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	111.760,08	0,00	0,00	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.255.100,54	1.749.224,75	51.047,01	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.058.161,49	57.390,59	897.598,33	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.952.537,46	59.788,18	2.561,00	0,00
7	+ Erhöhung / - Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00
8	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	6.937.512,43	0,00	0,00	2.637.475,24
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	8.132.497,69	20.651,15	74.921,02	4.465.837,23
10	Summe der ordentlichen Einzahlungen (Summe der Nummer 1 bis 9)	102.210.804,90	2.044.883,51	1.087.431,85	78.637.105,07
11	- Personalauszahlungen	26.962.895,66	3.806.318,97	1.220.098,86	3.119,44
12	- Versorgungsauszahlungen	2.282.403,47	57.404,99	0,00	0,00
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.571.713,39	3.869.811,13	1.575.084,89	1.671,60
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	34.072.034,93	77.227,11	36.050,74	32.673.869,60
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	6.616.480,36	0,00	0,00	0,00
16	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.061.015,00	0,00	0,00	3.061.015,00
17	- Sonstige laufende Auszahlungen	8.811.771,34	1.071.962,59	363.912,71	130.356,25
18	Summe der ordentlichen Auszahlungen (Summe der Nummer 11 bis 17)	94.378.314,15	8.882.724,79	3.195.147,20	35.870.031,89
19	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummer 10 und 18)	7.832.490,75	-6.837.841,28	-2.107.715,35	42.767.073,18
20	+ Außerordentliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
21	- Außerordentliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Nummer 19 zuzüglich Nummer 20 abzüglich Nummer 21)	7.832.490,75	-6.837.841,28	-2.107.715,35	42.767.073,18
	Saldo der internen Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 22 und 22.1)	7.832.490,75	-6.837.841,28	-2.107.715,35	42.767.073,18
23	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	8.163.437,63	2.499.778,62	4.681,42	5.337.129,35
24	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	419.129,29	419.037,92	0,00	0,00
25	+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	359.917,61	23.429,28	0,00	0,00
26	+ Einzahlungen aus Sachanlagen	536.246,80	67.369,00	0,00	0,00
27	+ Einzahlungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
28	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	21.538,33	0,00	0,00	1.140,84
29	+ Einzahlungen aus Vorräten	1.890.635,75	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 23 bis 30)	11.390.905,41	3.009.614,82	4.681,42	5.338.270,19
32	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.229.429,86	580.540,09	80.878,15	17.400,00
33	- Auszahlungen für Sachanlagen	6.122.571,77	3.184.716,81	552.347,53	0,00
34	- Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
35	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0,00	0,00	0,00
36	- Auszahlungen für Vorräte	350,00	0,00	0,00	0,00
37	- Sonstige Investitionsauszahlungen	2.354.024,63	34.543,53	0,00	2.319.481,10



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

Ifd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			01	02	03	06
			in EUR			
38	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 32 bis 37)	9.706.376,26	3.449,81	21.502,78	332.907,20	2.107,68
39	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 31 und 38)	1.684.529,15	-3.449,81	-21.502,78	-332.907,20	-2.107,68
40	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 22.2 und 39)	9.517.019,90	-3.273.749,34	-2.195.387,19	-1.567.665,69	-460.789,41



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

Ifd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			07	08	09	10
			in EUR			
38	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 32 bis 37)	9.706.376,26	122,78	0,00	30.805,32	758.228,42
39	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 31 und 38)	1.684.529,15	671,66	0,00	41.147,68	-756.566,58
40	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 22.2 und 39)	9.517.019,90	-503.135,33	-6.517.360,02	-1.488.134,93	-4.723.739,00



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt			
			11	12	13	14
			in EUR			
38	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 32 bis 37)	9.706.376,26	38.224,33	0,00	782.599,48	966.521,25
39	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 31 und 38)	1.684.529,15	2.314.658,50	1.644,29	-530.082,72	-609.635,43
40	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 22.2 und 39)	9.517.019,90	5.123.886,83	-1.662.038,14	-5.513.369,03	-3.105.674,62



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Teilfinanzrechnung

Ifd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 46 Absatz 1 i.V.m. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Summe aller Teilhaus- halte	Teilhaushalt		
			15	16	90
			in EUR		
38	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 32 bis 37)	9.706.376,26	3.799.800,43	633.225,68	2.336.881,10
39	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 31 und 38)	1.684.529,15	-790.185,61	-628.544,26	3.001.389,09
40	Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 22.2 und 39)	9.517.019,90	-7.628.026,89	-2.736.259,61	45.768.462,27

IV. Anhang

Anhang zum Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund zum 31.12.2014

	<u>Seite</u>
1. Rechtsgrundlagen	33
2. Gliederung	33
3. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	33
4. Korrekturen der Eröffnungsbilanz	34
5. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz	35
A 1 Anlagevermögen	35
A 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	35
A 1.2 Sachanlagen	36
A 1.3 Finanzanlagen	39
A 2 Umlaufvermögen	39
A 2.1 Vorräte	40
A 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	40
A 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	41
A 3 Rechnungsabgrenzungsposten	41
P 1 Eigenkapital	41
P 1.1.1 Allgemeine Kapitalrücklage	41
P 1.1.2 Zweckgebundene Kapitalrücklage	42
P 1.1.2.1 Zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen	42
P 1.1.2.2 Zweckgebundene Kapitalrücklagen als Stiftungskapital	42
P 1.3 Ergebnisvortrag	42
P 1.4 Jahresüberschuss	42
P 2 Sonderposten	43
P 2.1 Sonderposten zum Anlagevermögen	43
P 2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	43
P 3 Rückstellungen	43
P 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	43
P 3.3 Sonstige Rückstellungen	44
P 4 Verbindlichkeiten	44
P 5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	45
6. Angaben zur Ergebnisrechnung	46
7. Angaben zur Finanzrechnung	58
8. Sonstige Angaben	67
9. Kennzahlen	73

1. Rechtsgrundlagen

Infolge eines umfänglichen Reformprozesses zum kommunalen doppelischen Regelwerk gelten seit dem 01. August 2019 die Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 13. Juli 2011 und die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vom 25. Februar 2008 in der Fassung der jeweils letzten Änderung vom 23. Juli 2019. Die Übergangsregelungen in § 63 der geänderten Fassung der GemHVO-Doppik ermöglichen die Führung der Haushaltswirtschaft nach der Verordnung in der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung oder bereits nach den Bestimmungen der seit dem 01. August 2019 geltenden Fassung. Die Hansestadt Stralsund hat den Jahresabschluss 2014 mit Ausnahme der Anwendung der Neuregelung in § 46 sowie in § 48 (Sonstige Angaben) auf Grundlage der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung der GemHVO-Doppik erstellt.

Der Anhang zum Jahresabschluss per 31.12.2014 der Hansestadt Stralsund wurde demzufolge unter Beachtung des § 60 Abs. 1 und Abs. 2 KV M-V und der §§ 32 Abs. 1 Nr. 5; 34 Abs. 2, 3 und Abs. 6 bis 8; 39 Abs. 2; 42 Abs. 1; 43 Abs. 1 bis 3; 44 Abs. 3 und 4; 45 Abs. 3 und 4; 47 Abs. 2; GemHVO-Doppik in der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung und unter Beachtung der §§ 46 und 48 der seit dem 01. August 2019 geltenden Fassung der GemHVO-Doppik erstellt. Die verbindlichen Muster sind auf Grundlage der bis zum 31. Juli 2019 geltenden Fassung erstellt.

2. Gliederung

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO-Doppik M-V vom 25. Februar 2008 einschließlich der Änderung vom 19. Mai 2016 fanden, bis auf folgende Abweichungen, uneingeschränkt Beachtung.

Zur besseren Übersichtlichkeit der zweckgebundenen Kapitalrücklagen wurde die Bilanzposition „P 1.1.2 Zweckgebundenen Kapitalrücklagen“ wie folgt weiter untergliedert:

„1.1.2.1 Zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen“
und in

„1.1.2.2 Zweckgebundene Kapitalrücklagen als Stiftungskapital“.

Weiterhin wurden die Bilanzposition „P 3.3 Sonstige Rückstellungen“ zur besseren Darstellung der in dieser Position enthaltenen Rückstellungsarten wie folgt unterteilt:

3.3.1 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

3.3.2 Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien

3.3.4 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren

3.3.5 Rückstellungen für personalbezogene finanzielle Verpflichtungen

3.3.6 Rückstellungen für sonstige finanzielle Verpflichtungen.

3. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Haushaltsvorjahres wurden mit Ausnahme der nachfolgend dargestellten Abweichungen, die im Einzelnen bei den entsprechenden Posten der Bilanz, der Ergebnis- und der Finanzrechnung näher erläutert sind, beibehalten.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Schulden erfolgte auf der Grundlage der §§ 33 ff GemHVO-Doppik M-V. Ergänzend dazu fanden die Ausführungen des „Leitfadens zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens“ des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern sowie die Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie der Hansestadt Stralsund in der Fassung vom 02.04.2014 Anwendung.

Für die Bewertung und Bilanzierung fanden die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie die Ausführungen des § 32 GemHVO-Doppik M-V Anwendung.

Soweit bei der Bestimmung der Herstellungskosten von Wahlrechten gem. § 33 Abs. 3 und 4 GemHVO-Doppik M-V Gebrauch gemacht wurde, ist dieses in den Erläuterungen angegeben.

Sofern bei den einzelnen Vermögensgegenständen außerplanmäßige Zu- oder Abschreibungen aufgrund von Wertänderungen gem. § 34 Abs. 6 und 7 GemHVO-Doppik M-V vorzunehmen waren, ist dieses im Anhang angegeben. Abgänge wurden mit dem Restbuchwert berücksichtigt. Buchgewinne und –verluste sind in der Ergebnisrechnung berücksichtigt.

Sofern Bewertungs- und Inventurvereinfachungsverfahren wie z. B. Festwertverfahren oder Gruppenbewertung angewandt wurden, ist dieses bei den jeweiligen Positionen angegeben.

Grundsätzlich wurden keine von der Landeseinheitlichen Abschreibungstabelle zum NKHR MV (VwV GemHVO-Doppik, Anlage 5) abweichenden Nutzungsdauern zu Grunde gelegt. Im Rahmen der Erstellung der Bilanz wurde ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode nach § 34 Abs. 1 GemHVO-Doppik angewandt.

Auf die Herstellungskosten der Parkhäuser werden lineare Abschreibungen nach § 7 Abs. 4 Nr. 1 EStG in Höhe von 3 Prozent pro Jahr vorgenommen. Korrespondierend dazu erfolgt auch die Auflösung der entsprechenden Sonderposten.

Mit Duldung der Rechtsaufsicht, datiert vom 27. November 2018, können Maßnahmen aus dem städtebaulichen Sondervermögen im Jahr der Fertigstellung im Kernhaushalt als Anlagen im Bau erfasst werden, die Aufteilung der Gesamtkosten in Aufwandsbestandteile und Anlagegüter hat dann im Folgejahr zu erfolgen. In Anwendung dessen wurden fertiggestellte Wirtschaftsgüter aus den als Anlage im Bau aus dem städtebaulichen Sondervermögen in den Kernhaushalt übernommenen Maßnahmen des Jahres 2013 im Haushaltsjahr 2014 zum 01.01.2014 aktiviert. Die Restnutzungsdauer für diese Vermögensgegenstände wurde um die unterlassenen Abschreibungsmonate verkürzt und die unterlassene Abschreibung mittels außerplanmäßigen Abschreibungen nachgeholt. Das gilt analog für die mit den Wirtschaftsgütern korrespondierenden Sonderposten. Die fertiggestellten Wirtschaftsgüter aus der Abrechnung des städtebaulichen Sondervermögens des Jahres 2014 wurden im Gegensatz zu den Vorjahren zeitgleich im Kernhaushalt des Jahres 2014 aktiviert, so dass für das Jahr 2015 keine nachträglichen Aktivierungen durchgeführt werden müssen.

Der Gesamtbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen beläuft sich auf 396,8 TEUR, der Betrag der Auflösung der Sonderposten beträgt 326,7 TEUR, so dass sich eine zusätzliche Belastung des Jahresergebnisses in Höhe von 70,1 TEUR ergibt.

4. Korrekturen der Eröffnungsbilanz

Im Haushaltsjahr 2014 waren Korrekturen der Eröffnungsbilanz notwendig. Gemäß § 12 Kommunal-Doppik-Einführungsgesetz M-V / § 60 Abs. 2 KV-MV / § 53a Abs. 2 GemHVO-Doppik sind diese Berichtigungen ergebnisneutral mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

In den Bilanzpositionen A 1.2.1, A 1.2.2, A.1.2.3, A1.2.4 und A 2.3.1 erfolgten Korrekturen, welche sich auf wert- und mengenmäßige Anpassungen von Grundstücken beziehen. Position A 1.2.10 beinhaltet eine Korrektur des Bestandes Anlagen in Bau für die Spundwand Ippenka.

Details zu den Änderungen sowie die kumulierte Fortschreibung der Eröffnungsbilanz sind in der Anlage 12 dargestellt.

Die Korrekturen mindern bzw. erhöhen die allgemeine Kapitalrücklage wie folgt (Angaben in EUR):

Bilanzposition	Erhöhung Kapitalrücklage	Minderung Kapitalrücklage	Gesamt
A 1.2.1	41,65	-541,20	-499,55
A 1.2.2	4.480,37	-355.495,82	-351.015,45
A 1.2.3	9.350,00	-1.290,00	8.060,00
A 1.2.4	3.296,00	-317.073,86	-313.777,86
A 1.2.10	12.114,62	0,00	12.114,62
A 2.1.3	0,00	-55.215,00	-55.215,00
Gesamt	29.282,64	- 729.615,88	-700.333,24

5. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

A 1 Anlagevermögen

(628.302.195,66 EUR; Vorjahr 634.591.820,26 EUR)

Das Anlagevermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, von der Hansestadt Stralsund langfristig genutzt zu werden und nicht zur Veräußerung vorgesehen sind. Vermögensgegenstände, die nicht dauernd der Verwaltung zu dienen bestimmt sind, wie zum Beispiel zur Veräußerung vorgesehene Grundstücke, Lagerbestände des Bauhofs und Streugut, sind im Umlaufvermögen ausgewiesen.

A 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

(46.146.689,87 EUR; Vorjahr 60.670.309,41 EUR)

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden durch eine Buchinventur erfasst und sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen. Gewährte Zuschüsse sind durch Bescheide und Verträge belegt und ebenfalls in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, Anschaffungskostenminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden linear über die in der landeseinheitlichen Abschreibungstabelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern festgelegte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Immaterielle Vermögensgegenstände, deren Wert 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Der Wert der von der Hansestadt Stralsund geleisteten Zuwendungen als zweckgebundene Geldleistung öffentlich-rechtlicher Art wird auf Basis der Dauer der Zweckbindung oder der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Abschreibung der geleisteten Investitionskostenzuschüsse erfolgt über die Dauer der Zweckbindung.

Die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres für den gesamten Bestand an immateriellen Vermögensgegenständen beliefen sich auf 4.642 TEUR.

Im Bestand der geleisteten Zuwendungen waren Zuwendungen bezüglich des Maritimen Industrie- und Gewerbeparks Franzenshöhe an die 100%-ige Tochter Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH (LEG) in Höhe vom 11.675 TEUR (Restbuchwert) bilanziert; diesem Betrag standen in der Summe gleichlautende Sonderposten aus erhaltenen Zuschüssen von Bund und Land gegenüber.

Die LEG ihrerseits hatte diesen Sachverhalt ursprünglich als Sonderposten aus Investitionszuschüssen der Hansestadt verbucht. Als Ergebnis einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt hat die LEG im Jahr 2014 eine Umgliederung eines Betrages von 10.402 TEUR aus dem Sonderposten in die Kapitalrücklage vorgenommen. Dieser Umgliederung wurde im

Kernhaushalt der Hansestadt gefolgt und eine entsprechende Umbuchung in die Finanzanlagen vorgenommen. Gleichzeitig erfolgte ein Abgang in den Zuwendungen mit einem Restbuchwert von 1.273 TEUR und in den Sonderposten mit korrespondierendem Wert, so dass keine Ergebniswirkung zu verzeichnen war.

Basierend auf der Jahresabrechnung des städtebaulichen Sondervermögen (SSV) "Kleiner Wiesenweg" erfolgte eine Umbuchung aus der Finanzanlage des SSV in die geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 135 TEUR, welche dann aufgrund einer drohenden Rückzahlungsverpflichtung im Sondervermögen wertmindernd als außerplanmäßige Abschreibung ausgewiesen wurde.

Eine weitere Untergliederung des Bilanzpostens ist in der Anlage 3 „Anlagenübersicht“ abgebildet.

A 1.2 Sachanlagen

(473.328.374,43 EUR; Vorjahr 476.599.044,49 EUR)

Die Sachanlagen wurden durch eine Buchinventur erfasst und sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Das Sachanlagevermögen im Haushaltsjahr wurde mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, Anschaffungskostenminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Der Grund und Boden der Wald- und Forstgrundstücke wurde nach den Bodenrichtwerten für Mischwald, Laubwald, Nadelwald und Gehölz mit Stichtag 31. Dezember 1999 bewertet. Der Wert des Vorratsvermögens für stehendes Holz bzw. Aufwuchs auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen (553,88 Hektar) wurde als Festwert eingestellt, welcher im Haushaltsjahr unverändert fortgeführt wurde.

Für den Grund und Boden der bebauten Grundstücke, die nicht nach den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellkosten im Rahmen der Eröffnungsbilanz bewertet werden konnten, wurde ein Vergleichswert ermittelt. Hierbei wurde für bebaute Grundstücke und Bauland der Bodenrichtwert der entsprechenden Bodenrichtwertzone zum 1. Januar 2000 zugrunde gelegt. Für Grundstücke außerhalb von Bodenrichtwertzonen wurde in Abstimmung mit der „Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Hansestadt Stralsund“ für Stadtteile und Stadtgebiete jeweils ein sachgerechter Durchschnittswert der Bodenrichtwerte der angrenzenden Bodenrichtwertzonen gebildet und dieser zum Ansatz gebracht. Bei der Bewertung der städtischen Grundstücke wurden keine Wertminderungen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte vorgenommen. Für Grundstücke mit Altlasten wurde der jeweilige Grundstückswert um den Betrag der voraussichtlichen Beseitigungskosten gemindert.

Die Bewertung der Gebäude im Rahmen der Eröffnungsbilanz erfolgte grundsätzlich auf Basis fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten. Waren diese nicht anwendbar, so erfolgte die Bewertung der Gebäude auf Basis des im „Leitfaden zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens“ vorgegebenen Sachwertverfahren auf Grundlage der Normalherstellungskosten 2000 (NHK 2000) nach Anlage 7 der Wertermittlungsrichtlinie 2002 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Dabei wurde unter Berücksichtigung des Gebäudetyps und des Ausstattungsstandards ein Zeitwert zum Bewertungsstichtag ermittelt. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Restnutzungsdauer erfolgte unter Berücksichtigung der gebäudetypischen Gesamtnutzungsdauer und der künftigen Nutzungsmöglichkeiten, des Alters und des Grades der im Gebäude durchgeführten Modernisierungen. Sofern Modernisierungsarbeiten (einschließlich durchgreifender

Instandsetzungen) durchgeführt wurden, welche die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erhöhten, wurden diese berücksichtigt. Die ermittelten Sachwerte stellen vorsichtig geschätzte Zeitwerte dar, die auf den aus der Gesamtnutzungsdauer abgeleiteten Anschaffungs- und Herstellungszeitpunkt rückindiziert und unter Berücksichtigung eines Abzugs in Höhe der planmäßigen Wertminderung für die Nutzung bis zum Eröffnungsbilanzstichtag fortgeschrieben wurden. Im Rahmen der Gebäudeinventarisierung festgestellte unterlassene Instandhaltungen wurden zum Wertermittlungstichtag als Bauschäden wertmindernd berücksichtigt (aktivistische Absetzung der unterlassenen Instandhaltung). Der Ansatz und Ausweis von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung ist somit unterblieben. Im Wert dieser Gebäude sind die dazugehörigen Außenanlagen enthalten.

Hinsichtlich der Bewertung des dem Infrastrukturvermögen zugeordneten Grund und Bodens gelten die bereits bei den unbebauten und bebauten Grundstücken dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, soweit diese auch für die bebauten Grundstücke des Infrastrukturvermögens einschlägig sind. Die Aufbauten und Betriebsvorrichtungen der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen sowie das sonstige Infrastrukturvermögen wurden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten anhand von Bauwerksakten bewertet. Soweit die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht ermittelbar waren, erfolgte die Bewertung entsprechend dem „Leitfaden zur Bilanzierung und Bewertung des kommunalen Vermögens“ und der Ergänzung „Erfassung und Bewertung des Infrastrukturvermögens für die Eröffnungsbilanz“ auf der Grundlage von Vergleichswerten.

Unter dem sonstigen Infrastrukturvermögen erfolgt der Ausweis eines Festwertes für Allee- und Straßenbäume, welcher im Haushaltsjahr keiner Veränderung unterlag.

Für die Kunst- und historischen Sammlungen blieb der Ansatz der Versicherungssumme aus der Eröffnungsbilanz in Höhe von 36.787,7 TEUR unverändert. Bei den Denkmälern werden sowohl Grund und Boden als auch die Anschaffungs- und Herstellungskosten, bei Nichtvorliegen dieser die Kosten einer Grundsanierung, bilanziert.

Innerhalb der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde für den Medienbestand der Stadtbibliothek der Festwert beibehalten.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände, deren Wert 410,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Auf die Erfassung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 60,00 EUR ohne Umsatzsteuer nicht überschritten, wurde verzichtet und als Aufwand/laufende Auszahlung im Jahr des Zugangs behandelt

Die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres für den gesamten Bestand an Sachanlagen beliefen sich auf 10.735 TEUR, darunter 396,8 TEUR als außerplanmäßige Abschreibungen für die nachträgliche Aktivierung von fertiggestellten Wirtschaftsgütern aus den als Anlage im Bau aus dem städtebaulichen Sondervermögen in den Kernhaushalt übernommenen Maßnahmen der Jahre bis 2013 (siehe Punkt 3).

Die Hansestadt hatte im Jahr 2013 bezüglich der Sanierungsmaßnahme am Gebäude der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ Anschaffungskosten in Höhe von 3.165 TEUR in der Bilanzposition Aktiva 1.2.3 Bebaute Grundstücke und den korrespondierenden Sonderposten in Höhe von 846 TEUR in der Bilanzposition Passiva 2.1.1 Sonderposten aus Zuwendungen aktiviert. Dieser gemeinsamen Auffassung vom Kämmereiamt und zuständigen Fachamt zur Einordnung der Sanierungsmaßnahme als Investition in Hinblick auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Planung dieser Maßnahme infolge des Paradigmenwechsels von der kameralen zur doppischen Haushaltsführung, beginnend ab dem Jahr 2011, und dies als eine ausdrückliche Einzelfallentscheidung darzustellen, konnte

das Rechnungsprüfungsamt nicht folgen. Die entsprechenden Posten waren daher im Jahresabschluss 2014 in den Abgang zu stellen (Ergebniswirkung bei Auflösung der Restbuchwerte im Haushaltsjahr 2014 unter Einbeziehung der Auflösung des Sonderpostens -2.126 TEUR). Die parallel vorzunehmende Korrektur in der Finanzrechnung des Vortrages im Muster 5a verbessert mit Stand 31.12.2014 den Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit um 2.319 TEUR und verschlechtert den Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen um den gleichen Betrag und hätte zudem nachhaltige Auswirkungen auf den Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit der Hansestadt Stralsund in der aktuellen Haushaltsführung.

Die Hansestadt Stralsund hat demzufolge einen Antrag auf eine Ausnahme zur Finanzierung des sich durch die Korrektur zur o. g. Maßnahme hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Erhaltungsaufwand und Investition ergebenden verschlechternden Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen nach § 16 Abs. 2 Nummer 2 durch die Einzahlung aus der Investitionstätigkeit im Sinne § 12 Nr. 5 GemHVO-Doppik gestellt.

Das Ministerium für Inneres und Europa hat den Antrag der Hansestadt Stralsund mit Datum vom 20.10.2020 genehmigt. (siehe dazu auch Punkt 7)

Infrastrukturvermögen und Zuschüsse für Medienversorger wurde im Jahr 2014 aus Mitteln des Kernhaushaltes in Höhe von 2.674 TEUR (u.a. Touristischer Radweg, Große Parower Straße, Gasometerweg, Krummer Weg, Spundwand Ippenkaai), aus dem Bestand der Anlagen im Bau der Tiefbaumaßnahmen des Städtebaulichen Sondervermögens aus dem Jahr 2013 in Höhe von 1.459 TEUR (Großer und Kleiner Diebsteig, Kleinschmiedstraße, Henning-Mörder-Straße – alle mit einer Förderquote von 51,0 %) und aus dem Bestand der Anlagen im Bau der Tiefbaumaßnahmen des Städtebaulichen Sondervermögens aus dem Jahr 2014 in Höhe von 8.650 TEUR (Frankenwall BA 1/II, Alter Markt, Knieperwall, Peter-Blome-Straße - Förderquote von 60,6 % sowie Frankenwall BA 2 und Knieperwall – Förderquote 72,5 %) aktiviert.

Aus Erschließungsverträgen mit privaten Investoren wurde Infrastrukturvermögen und Zuschüsse für Medienversorger für den B-Plan 41 3. BA (Kleiner Wiesenweg) in Höhe von 803 TEUR und für den B-Plan 63 (Boddenweg) in Höhe von 397 TEUR aktiviert. Bei diesen Maßnahmen erfolgt eine gleichzeitige Einstellung eines Sonderpostens zu 100% des Aktivierungsbetrages.

Aus dem Bestand der Anlagen im Bau der Hochbaumaßnahmen des Städtebaulichen Sondervermögens aus dem Jahr 2013 wurden für Gebäude und Ausrüstungsgegenstände für das Schulgebäude und die Turnhalle der Goethe-Schule 5.744 TEUR (Förderquote 70,0%) und für den neuen Eingangsbereich des Stralsund- Museums 610 TEUR (Förderquote im Durchschnitt 88,6%) aktiviert.

Die im städtebaulichen Sondervermögen „Altstadtinsel“ unter Nr. 1488 mit der Bezeichnung „Mönchstraße 27 / Katharinenkloster“ geführte Maßnahme wurde im Jahresabschluss 2011 an den Kernhaushalt übergeben. Die Anschaffungskosten in Höhe von 1.551.TEUR wurden in den Anlagen in Bau aktiviert, die korrespondierenden Sonderposten in Höhe von 1.383 TEUR in den Anzahlungen auf Sonderposten. Das Kämmereiamt hatte bei Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 aufgrund der vorliegenden Projektunterlagen und der planungsseitigen Einordnungen im Haushalt des städtebaulichen Sondervermögens „Altstadtinsel“ die Maßnahme nicht als Einzelprojekt, sondern als Teilprojekt der vorgesehenen abschnittsweisen Sanierung des Stralsund-Museums betrachtet. Das Rechnungsprüfungsamt hat die Maßnahme in seinen Prüfungsfeststellungen und im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2013 als Einzelmaßnahme beurteilt und daraus folgend die Einordnung nicht als Investition, sondern als Erhaltungsaufwand klassifiziert. Nach weiteren Prüfungen gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung wurde nunmehr der Bestand in den Anlagen in Bau und in den Sonderposten im Jahresabschluss 2014 ergebniswirksam (-168 TEUR) ausgebucht. Die erforderlichen Korrekturen hinsichtlich des Musters 5a wurden entsprechend vorgenommen.

Weitere ergebniswirksame Ausbuchungen aus dem Bestand Anlagen in Bau und den dazu gehörenden Sonderposten waren hinsichtlich der Maßnahmen Mönchstraße 25 / Welterbe (Ergebnis -66 TEUR) und Frankenwall BA 1/II (Anschaffungskosten 9 TEUR/Sonderposten 5 TEUR /Ergebnis -4 TEUR) notwendig.

Eine weitere Untergliederung des Bilanzpostens ist in der Anlage 3 „Anlagenübersicht“ abgebildet.

A 1.3 Finanzanlagen

(108.827.131,36 EUR, Vorjahr 97.322.466,36 EUR)

Die Finanzanlagen wurden durch eine Buch- und Beleginventur erfasst und sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen. Der Ansatz erfolgte zu den tatsächlichen Anschaffungskosten.

Basis für die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen waren sämtliche zum Aufstellungszeitpunkt vorliegenden Beteiligungsberichte der Hansestadt Stralsund sowie die im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Rechnungslegungs- und Finanzberichte der Unternehmen. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Finanzanlage bei der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH (LEG) infolge einer Umgliederung eines Betrages in Höhe von 10.402 TEUR aus den geleisteten Zuwendungen (siehe Erläuterungen zur Bilanzposition A 1.1). Weiterhin erhöhte sich die Finanzanlage bei der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH (SWS) um 43 TEUR infolge von Sacheinlagen von Grundstücken in die Tochtergesellschaft REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH. Bei der SWS erfolgt der Ausweis dieses Sachverhaltes im Jahresabschluss 2016 im Rahmen von Änderungen infolge einer Betriebsprüfung.

Die Bilanzierung des Sondervermögens mit Sonderrechnung im Kernhaushalt der Hansestadt Stralsund erfolgt mittels der Eigenkapital-Spiegelbildmethode. Für die Eigenbetriebe „Städtischer Zentralfriedhof“ und „Tourismuszentrale“ ergab sich daraus ein geringfügiger Anstieg von insgesamt 3 TEUR. Die durch das Rechnungsprüfungsamt in den Vorjahresabschlüssen beanstandete Verfahrensweise der Verbuchung des laufenden Zuschusses an die Tourismuszentrale wird ab dem Haushaltsjahr 2020 verändert.

Basierend auf den Jahresabrechnungen der städtebaulichen Sondervermögen reduzierten sich die Finanzanlagen SSV "Altstadt" um 61 TEUR und SSV "Kleiner Wiesenweg" um 135 TEUR, wobei letztere zunächst als Umbuchung in die geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und dort als außerplanmäßige Abschreibung ausgewiesen wurde.

Die anteiligen Rücklagen der Versorgungskasse zur Abdeckung der Pensionsverpflichtungen sind durch ein Schreiben der Versorgungskasse zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Für das Berichtsjahr war ein Zuwachs von 1.271 TEUR auf nunmehr 8.119 TEUR zu verzeichnen. Dieser Betrag deckt ca. 27 % der unter der Bilanzposition P 3.1 ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Eine weitere Untergliederung des Bilanzpostens ist in der Anlage 3 „Anlagenübersicht“ abgebildet.

A 2 Umlaufvermögen

(16.218.191,87 EUR, Vorjahr 15.839.150,08 EUR)

Das Umlaufvermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die kein Anlagevermögen darstellen, da sie nicht dazu bestimmt sind der Hansestadt Stralsund langfristig zu dienen.

A 2.1 Vorräte

(10.147.121,11 EUR, Vorjahr 10.725.061,65 EUR)

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe haben nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Bewertung der Rohstoffe erfolgte zu durchschnittlichen Marktpreisen. Die Bewertung der Hilfsstoffe ist unter Beachtung des Verbrauchsfolgeverfahrens (first in - first out) zu durchschnittlichen, gewogenen Anschaffungskosten vorgenommen worden.

Der wertmäßig bestimmende Bilanzposten Fertige Erzeugnisse, Leistungen, Waren und zum Verkauf bestimmte Grundstücke (10.051 TEUR zum Bilanzstichtag) umfasst ausschließlich Immobilien, die seitens der Hansestadt Stralsund zum Verkauf vorgesehen sind, unabhängig davon, ob es gegenwärtig einen konkreten Erwerber gibt oder nicht. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungskosten nach den Bilanzierungs- und Bewertungsregeln für Grundstücke des Anlagevermögens. Diesen Werten wurden die voraussichtlich erzielbaren Erlöse anhand von Marktpreisen zum Eröffnungsbilanzstichtag gegenübergestellt. Entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip des § 34 Abs. 7 GemHVO-Doppik wurde der niedrigere der beiden Werte angesetzt. Sofern bis zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz Grundstücke tatsächlich veräußert wurden, erfolgte der Ansatz jeweils mit den tatsächlich erzielten Verkaufserlösen. Im Berichtsjahr waren Abgänge in Höhe von 576 TEUR zu verzeichnen, davon 55 TEUR als Korrektur der Eröffnungsbilanz (siehe Punkt 4 und Anlage 12).

A 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

(4.052.759,81 EUR, Vorjahr 3.853.374,80 EUR)

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden durch eine Buch- bzw. Beleginventur zum Bilanzstichtag nachgewiesen und zum Zeitpunkt **ihrer** Entstehung bilanziert. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt.

Die im Haushaltsjahr weiterhin kameral niedergeschlagenen Forderungen wurden mit ihrem Nennwert in den Forderungsbestand übernommen. Zur Berücksichtigung des Ausfallrisikos wurden für Forderungen Wertberichtigungen angesetzt. Niedergeschlagene Forderungen wurden zu 100 % wertberichtigt, sofern keine Zahlung zu erwarten ist. Forderungen wurden je Adressat je Personenkonto ab 5.000,00 EUR und nach individuellen Kriterien (z.B. Alter der Forderung, Höhe der Forderung, Art der Forderung) bis zu 100 % wertberichtigt. Forderungen, welche nicht im Rahmen der Einzelwertberichtigung betrachtet wurden, sind unter Berücksichtigung von Risiko- und Altersklassen pauschal wertberichtigt. Eine Forderung in Form einer Einmalzahlung in Höhe von 255,1 TEUR, welche auf Grundlage eines Erbbaupachtvertrages basiert, wurde weiterhin zu 100 % wertberichtigt, da bis zum Bilanzstichtag eine Begleichung der Forderung nicht erfolgt ist.

Bezüglich der durch das Rechnungsprüfungsamt in den Vorjahresabschlüssen beanstandeten nicht vollständigen Erfassung der Forderungen aus den Rechtsstreitverfahren für Nutzungsverhältnisse zu Grundstücken auf der Insel Hiddensee ist nach mehrmaligen Beratungen mit dem zuständigen Fachamt anzumerken, dass sich der Aufwand für die Rückrechnung der im Zuge von Rechtsverfahren erstrittenen Beträge auf die Jahresscheiben ihrer ursprünglichen Verursachung in Bezug auf ihre wirtschaftliche Auswirkung auf den Jahresabschluss als unverhältnismäßig hoch erweisen würde.

Die Zusammensetzung der Bilanzposition ist der beigefügten Forderungsübersicht zu entnehmen (Anlage 4).

A 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks
(2.018.310,95 EUR, Vorjahr 1.260.713,63 EUR)

Der Finanzmittelbestand setzt sich zusammen aus Kontokorrentguthaben und Bargeldern. Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuches zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse sowie dem Stand der Finanzrechnung zum Bilanzstichtag überein.

Die Liquidität war zum Bilanzstichtag durch die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten gewährleistet. Der Ausweis dieser erfolgt unter der Bilanzposition B.4.2.2.

A 3 Rechnungsabgrenzungsposten
(358.997,73 EUR, Vorjahr 353.221,73 EUR)

Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres, die folgende Haushaltsjahre betreffen, den größten Posten hierbei beinhaltet die bereits im Dezember 2014 ausgezahlte Beamtenbesoldung für den Januar 2015.

P 1 Eigenkapital
(297.115.573,34 EUR, Vorjahr 294.374.389,57 EUR)

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt und entwickelte sich wie folgt:

in EUR	31.12.2013	Entnahme	Zuführung	31.12.2014
Allgemeine Kapitalrücklage	296.241.350,41	-729.615,88	29.282,64	295.541.017,17
zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen	1.135.630,05	-1.578.796,34	5.020.313,35	4.577.147,06
zweckgebundene Kapitalrücklagen als Stiftungsvermögen	7.654.940,89	0,00	0,00	7.654.940,89
Jahresergebnis Ergebnisvortrag	-10.657.531,78	0,00	0,00	-10.657.531,78
Summe Eigenkapital	294.374.389,57	-2.308.42,22	5.049.595,99	297.115.573,34

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr um 2.741 TEUR. Ursächlich für die Erhöhung war ein verbessertes Jahresergebnis, so dass nur eine teilweise Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage erforderlich war.

P 1.1.1. Allgemeine Kapitalrücklage
(295.541.017,17 EUR, Vorjahr 296.241.350,41 EUR)

in EUR	Entnahme	Zuführung	Summe
Stand 31.12.2013			296.241.350,41
gesetzliche Vermögensübertragungen	0,00	0,00	0,00
Korrektur Eröffnungsbilanz	-729.615,88	29.282,64	-700.733,24
Korrektur gemäß § 18 GemHVO Doppik	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2014			295.541.017,17

Die Veränderungen in der allgemeinen Kapitalrücklage sind auf Korrekturen der Eröffnungsbilanz zurückzuführen, siehe oben Punkt 4 und Anlage 12.

P 1.1.2 Zweckgebundene Kapitalrücklage

(12.232.087,95 EUR, Vorjahr 8.790.570,94 EUR)

Zur besseren Übersichtlichkeit der zweckgebundenen Kapitalrücklagen wurde die Bilanzposition „P 1.1.2 Zweckgebunden Kapitalrücklagen“ weiter untergliedert:

P 1.1.2.1 Zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen

in EUR	Entnahme	Zuführung	Summe
Stand 31.12.2013			1.135.630,05
zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen (§ 16 FAG)	-912.645,30	4.354.162,31	3.441.017,01
zweckgebundene Kapitalrücklagen aus investiv gebundenen Zuweisungen (§ 12 FAG)	-666.151,04	666.151,04	0,00
Stand 31.12.2014			4.577.147,06

Der zweckgebundenen Kapitalrücklage wurden im Berichtsjahr investiv gebundene Zuwendungen in Höhe von 5.020 TEUR zugeführt. Davon wurden zur Deckung des Jahresergebnisses 2014 1.579 TEUR entnommen.

P 1.1.2.2 Zweckgebundene Kapitalrücklagen als Stiftungskapital

Das in der zweckgebundenen Kapitalrücklage ausgewiesene Stiftungsvermögen der Hansestadt Stralsund weist keine Änderungen im Berichtsjahr auf und setzt sich zum Stichtag wie folgt zusammen:

Rechtsfähige kommunale Stiftungen	Bilanzwert in EUR
Stiftung Deutsches Meeresmuseum Museum für Meereskunde und Fischerei · Aquarium	6.977.479,12
Stiftung Kulturkirche St. Jakobi Stralsund	536.856,47
Deutsche Stiftung Welterbe	140.605,30
Summe	7.654.940,89

P 1.3 Ergebnisvortrag

(-10.657.531.78 EUR, Vorjahr -10.657.531.78 EUR)

Der Bilanzposten bildet sich aus den Überschüssen bzw. den Fehlbeträgen der Vorjahre. Die erwirtschafteten Überschüsse und Fehlbeträge werden nach Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses aus dem Bilanzposten P 1.4 auf den Posten 1.3 umgebucht und mit dem vorgetragenen Ergebnis saldiert.

P 1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

(0,00 EUR, Vorjahr 0,00 EUR)

Das wirtschaftliche Jahresergebnis beläuft sich auf -1.578.796,34 EUR, der vergleichbare Jahresfehlbetrag des Vorjahrs vor Rücklagenentnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage betrug -3.881.830,90 EUR, so dass eine Verbesserung von 2.303.034,56 EUR zu verzeichnen ist. Der Jahresfehlbetrag des Jahres 2014 wurde vollständig durch eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage in Höhe von 1.578.796,34 gedeckt.

Der ursprüngliche Jahresfehlbetrag beinhaltet eine zusätzliche Belastung in Höhe von 2.364 TEUR als Saldo aus den Ausbuchungsvorgängen bezüglich der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ und in den Anlagen in Bau (siehe die Anmerkungen zur Bilanzposition A 1.2.) und von 70 TEUR als Saldo der außerplanmäßigen Abschreibungen und Auflösung von Sonderposten aus der nachgeholten Aktivierung von Wirtschaftsgütern aus Maßnahmen des städtebaulichen Sondervermögens der Vorjahre (siehe Punkt 3. des Anhangs).

P 2 Sonderposten

(172.296.759,78 EUR, Vorjahr 173.688.767,26 EUR)

P 2.1. Sonderposten zum Anlagevermögen

(172.072.185,85 EUR, Vorjahr 173.530.969,53 EUR)

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgt durch Bescheide. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten des Wirtschaftsjahres beliefen sich auf 8.816 TEUR, darunter 327 TEUR als außerplanmäßig für die nachträgliche Aktivierung von fertiggestellten Wirtschaftsgütern aus den als Anlage im Bau aus dem städtebaulichen Sondervermögen in den Kernhaushalt übernommenen Maßnahmen der Vorjahre (siehe Punkt 3 und 5 A. 1.2.). Aus Ausbuchungsvorgängen bezüglich der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ und in den Anlagen in Bau waren Abgänge in Höhe von 2.177 TEUR zu verzeichnen (siehe Anmerkungen zur Bilanzposition A 1.2.).

Weiterhin erfolgte ein Abgang von einem Restbuchwert in Höhe 1.273 TEUR aufgrund der Umgliederung von Zuwendungen betreffend der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH (LEG), die verbleibenden Sonderposten in Höhe von 10.402 TEUR wurden mittels gleichzeitigem Zu- und Abgang in Sonderposten ohne zeitliche Auflösung umgewandelt (siehe Anmerkungen zu den Bilanzpositionen A 1.1 und A 1.3).

Eine weitere Untergliederung des Bilanzpostens ist in der Anlage 3 „Anlagenübersicht“ abgebildet.

P 2.2 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

(224.573,93 EUR 157.797,73 EUR)

Bilanziert sind die Gebührenüberschüsse für den Winterdienst. Der Bestand aus 2013 in Höhe von 62 TEUR wurde und wird hälftig in den Jahren 2014 und 2015 ertragswirksam aufgelöst. Der in 2013 im Berichtsjahr eingestellte Betrag in Höhe von 96 TEUR aus der Gebührenkalkulation 2013/2014 wurde im Berichtsjahr um 98 TEUR erhöht (Auflösung im Jahr).

P 3 Rückstellungen

(55.749.760,97 EUR, Vorjahr 55.712.814,75 EUR)

Die Rückstellungen wurden gem. § 35 GemHVO-Doppik M-V mit dem Betrag ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen in angemessener Höhe. Der Rückstellungsverlauf in den einzelnen Bilanzpositionen ist in der Anlage 6 „Rückstellungsentwicklung“ dargestellt.

P 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

(29.759.404,20 EUR, Vorjahr 28.640.299,20 EUR)

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6 % vom Hundert und die biometrischen Tabellen nach Heubeck 2005

G zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde vom Kommunalen Versorgungsverband M-V durchgeführt. Die Pensionsrückstellung setzt sich wie folgt zusammen und zeigt folgende Entwicklung (Angaben in EUR):

Bezeichnung	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung
Pensionsrückstellungen für Beamte	12.815.105,75	14.060.882,50	1.245.776,75
Beihilferückstellungen für Beamte	2.563.021,15	2.812.176,50	249.155,35
Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger B	11.051.810,25	10.738.621,00	-313.189,25
Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger B	2.210.362,05	2.147.724,20	-62.637,85
Summe	28.640.299,20	29.759.404,20	1.119.105,00

Die Veränderungen wurden durch Zuführungen in Höhe von 1.584 TEUR verursacht, denen Inanspruchnahmen in Höhe von 465 TEUR gegenüberstanden.

P 3.3 Sonstige Rückstellungen

(25.990.356,77 EUR, Vorjahr 27.072.515,55 EUR)

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien verringerte sich um die laufenden jährlichen Aufwendungen abzüglich der erzielten Erträge aus der Gasverstromung auf den Stand von 9.384 TEUR.

Die Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren wurde im Wesentlichen um den Verzinsungsbetrag (346 TEUR) bezüglich eines seit mehreren Jahren anhängigen Verfahrens erhöht (bilanziertes Kostenrisiko nach Inanspruchnahme von 18 TEUR im Jahr 2014 nunmehr 6.633 TEUR), für 5 neue Verfahren wurden Rückstellungen in Höhe von 6 TEUR eingestellt. Vermindernd wirkten Inanspruchnahmen und Auflösungen bei weiteren Verfahren in Höhe von 10 TEUR.

Den größten Posten unter den Rückstellungen für personalbezogene finanzielle Verpflichtungen umfasst die Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 3.329 TEUR, hier standen im Wirtschaftsjahr 2014 Inanspruchnahmen und Auflösungen von 1.146 TEUR Zuführungen von 114 TEUR gegenüber.

In der Position Sonstige Rückstellungen für finanzielle Verpflichtungen werden Rückstellungen in Höhe von 4.930 TEUR für die nicht ausgewiesenen Grabnutzungsentgelte im Jahr 2014 als passive Rechnungsabgrenzungsposten im Eigenbetrieb „Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund“ dargestellt. Hintergrund ist eine durch den Eigenbetrieb aufgestellte rückwirkende Berechnung der auszuweisenden Grabnutzungsentgelte im Eigenbetrieb, welche um den genannten Betrag von den gebildeten Rückstellungen abweicht.

Die im Jahr 2013 gebildete Rückstellung für sonstige finanzielle Verpflichtungen für die Restaurierung des Bücherbestandes im Stadtarchiv wurde in die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung umgegliedert; nach einer Inanspruchnahme von 179 TEUR im Jahr 2014 verbleibt ein Bestand von 587 TEUR.

Die Zusammensetzung der Bilanzposition ist der beigefügten Rückstellungsübersicht zu entnehmen (Anlage 6).

P 4 Verbindlichkeiten

(112.030.997,83 EUR, Vorjahr 119.122.273,54 EUR)

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsmaßnahmen untergliedern sich wie folgt (Angaben in EUR):

Bezeichnung	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung
Investitionskredite vom inländischen Geldmarkt Landesbanken	36.544.864,85	34.484.862,65	-2.060.002,02
Investitionskredite vom inländischen Geldmarkt Sparkassen	5.799.312,78	4.543.339,03	-1.255.973,75
Investitionskredite vom inländischen Geldmarkt sonstige Banken	47.018.484,44	47.416.233,38	397.748,94
Investitionskredite vom öffentlichen Bereich	12.746,540,80	12.041.368,41	-705.172,39
Summe	102.109.202,87	98.485.803,47	-3.623.399,40

Die Investitionskredite vom öffentlichen Bereich sind in der Bilanzposition P 4.10 „Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich“ ausgewiesen.

Die Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit haben sich im Haushaltsjahr um 4.771.189,27 EUR auf einen Stand von 7.500.000,00 EUR verringert.

Die Zusammensetzung der Bilanzposition ist der beigefügten Verbindlichkeitenübersicht zu entnehmen (Anlage 5).

P 5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

(7.686.293,34 EUR, Vorjahr 7.885.946,95 EUR)

Unter den Abgrenzungsposten sind als wesentliche Positionen die Pachteinmalvorauszahlungen für die Parkhäuser „Meeresmuseum“, „Am Ozeaneum“ und „Am Hafen“ erfasst, deren Restwert zum Bilanzstichtag nach einem Jahresabbau von 226 TEUR nunmehr 7.292 EUR beträgt.

6. Angaben zur Ergebnisrechnung

Allgemeines zum Haushalt 2014

Am 23.01.2014 beschloss die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 der Hansestadt Stralsund.

Im Schreiben vom 31.07.2014 des Ministeriums für Inneres und Sport M-V ergingen die rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2014 der Hansestadt Stralsund:

A. Rechtsaufsichtliche Anordnungen

- A. 1 Es wird angeordnet, dass die Hansestadt Stralsund haushaltswirtschaftliche Entscheidungen zu treffen hat, die im Finanzhaushalt mindestens zu einem Ausgleich des Saldos der ordentlichen und außerordentlichen Einzahlungen und Auszahlungen führen, dies bedeutet Haushaltsverbesserungen in Höhe von 2.891,5 TEUR im Finanzhaushalt. In Betracht kommt die Verfügung haushaltswirtschaftlicher Sperren durch den Oberbürgermeister im Benehmen mit der Bürgerschaft.
- A. 2 Verfügungen von haushaltswirtschaftlichen Sperren durch den Oberbürgermeister nach Veröffentlichung der Haushaltssatzung, um die Anordnung A.1 zu sichern und Vorlage der Verfügung innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung der Haushaltssatzung beim Innenministerium

B. Entscheidungen

- B. 1 Teilweise Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.476,0 TEUR
- B. 2 Teilweise Genehmigung des Höchstbetrages der Kassenkredite in Höhe von 29 Mio. EUR mit der Auflage, dass bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2015 monatlich über den Stand der Kassenkreditinanspruchnahme zu berichten ist und vierteljährlich eine Liquiditätsvorschau für die nächsten drei Monate eingereicht wird.
- B. 3 Genehmigung des Stellenplanes mit den Auflagen, dass
- die Nachbesetzung freier und frei werdender Stellen aus dem vorhandenen Personalbestand zu erfolgen hat. Die im Ergebnis freiwerdenden Stellen sind konsequent zu streichen. Ausnahmen nur, sofern es sich um die Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte handelt und die Nachbesetzung unbedingt notwendig ist.
 - Befristete Nachbesetzungen freier Stellen und Stellenanteile auf Grund von Mutterschutz, Elternzeit und Langzeiterkrankungen, die nicht aus dem vorhandenen Personalbestand möglich sind, sind ohne Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport zulässig.
 - Sofern Nachbesetzungen von Stellen besonderer Berufsgruppen aus dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich sind, ist die Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport M-V vor Einleitung des Ausschreibungsverfahrens einzuholen.

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzungen 2014 der Hansestadt Stralsund erfolgte am 12.08.2014 im Amtsblatt Nr. 8 der Hansestadt Stralsund.

In Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung A 2 hat der Oberbürgermeister am 26.08.2014 Mittelsperren in einem finanziellen Umfang von 1.020,3 TEUR verfügt.

Mit Schreiben vom 26.08.2014 ist der Rechtsaufsichtsbehörde die Sperrverfügung vorgelegt worden. Die Unterrichtung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe über die Mittelsperren erfolgte in der Sitzung am 02.09.2014 sowie die der Bürgerschaft in der Sitzung am 04.09.2014.

Die festgesetzten Mittelsperren bildeten die Grundlage zur Erreichung eines jahresbezogenen Haushaltsausgleichs. Durch zusätzliche Erträge/ Einzahlungen, z. B. im Steuerbereich sowie in den zentralen Zuweisungen, konnte der jahresbezogene

Haushaltsausgleich erzielt und die rechtsaufsichtliche Anordnung A. 1 umgesetzt werden.

Der Minister für Inneres und Sport hat mit Schreiben vom 18.12.2013 die Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) für den Zeitraum 2013 bis 2016 teilweise beanstandet und angeordnet, dass spätestens bis zum 01.10.2014 ein den Vorgaben des § 43 Abs. 7 KV M-V entsprechendes HSK vorgelegt wird. Gegen die von der Hansestadt Stralsund erbetene Verlängerung der Frist zur Vorlage- bis zum 31.10.2014- bestanden seitens des Ministeriums keine Bedenken.

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2014-VI-04-0094 einschließlich der Beschlüsse Nr. 2014-VI-04-0090 bis 2014-VI-04-0093 vom 09.10.2014 zur 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt Stralsund für den Zeitraum 2015 bis 2020 ist dieser Anordnung Folge geleistet und zugleich die Grundlage zum Abschluss einer Konsolidierungsvereinbarung nach § 22 Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 des Finanzausgleichsgesetzes M-V geschaffen worden.

Das Ministerium für Inneres und Sport M-V legte mit Datum vom 02.12.2014 den Entwurf der Konsolidierungsvereinbarung vor. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragte mit dem Beschluss Nr. 2014-VI-06-0138 vom 04.12.2014 den Abschluss der Konsolidierungsvereinbarung.

Wesentliche Eckpunkte dieser Konsolidierungsvereinbarung sind:

- Die Vereinbarung bezieht sich einstweilen auf Einsparungsteilziele für die Jahre 2014 bis 2017.
- Die Konsolidierungshilfe für die Jahre 2014 bis 2017 beträgt 10.522.559 EUR und bezieht sich auf den „Konsolidierungs- Basisbetrag“ in Höhe von 42.090.235 EUR (ein Viertel davon).
- Für die Jahre 2014 bis 2017 werden jährliche Teilziele festgelegt, bei deren Erreichung jeweils Teilbeträge ausbezahlt werden. Abschlagszahlungen sind möglich.
- Für das Jahr 2018 kann eine weitere Konsolidierungshilfe zur Auszahlung gelangen. Die Vertragspartner treten rechtzeitig in Verhandlungen dazu ein.
- Folgende Teilziele werden vereinbart:
Der jahresbezogene Fehlbetrag soll- ohne Berücksichtigung der Konsolidierungshilfe-
im Haushaltsjahr 2014 höchstens - 3.720.000 EUR
im Haushaltsjahr 2015 höchstens - 4.600.000 EUR
im Haushaltsjahr 2016 höchstens - 2.188.600 EUR
im Haushaltsjahr 2017 höchstens - 2.195.700 EUR
betragen.
- Für das Erreichen der Teilziele 2014 bis 2017 stehen folgende Teilbeträge zur Auszahlung:
insgesamt 2014 – 2017 10.522.559 Euro

Teilziel 2014 3.322.559 Euro
Teilziel 2015 2.400.000 Euro
Teilziel 2016 2.400.000 Euro
Teilziel 2017 2.400.000 Euro
- Die Hansestadt Stralsund darf grundsätzlich keine neuen freiwilligen Aufgaben

- übernehmen und keine bereits wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben ausweiten, soweit dies mit weiteren bzw. neuen Kosten verbunden ist.
- Nicht geplante Einzahlungen sind trotz Erreichen der jährlichen Teilziele und trotz Erreichen der im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen jährlichen Einsparungen zur Reduzierung des Fehlbetrages einzusetzen.
 - Falls Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht den erstrebten Erfolg mit sich bringen oder sich die finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern, und daher weitere Summen einzusparen sind, muss die Hansestadt Stralsund Maßnahmen anpassen oder neue Maßnahmen beschließen.
 - Verfehlt die Stadt zwei Teilziele in Folge, besteht für das Ministerium ein Kündigungsrecht.

Mit dem Abschluss dieser Konsolidierungsvereinbarung mit Datum vom 18.12.2014 über die Zuweisung der Konsolidierungshilfe über insgesamt 10.522.559 Euro verpflichtete sich die Hansestadt, entsprechende Teilziele in den Haushaltsjahren 2014 bis 2017 zu erreichen.

Da das Teilziel für 2014 nach der vorläufigen Finanzrechnung vom 29.01.2015 mit einem Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen von + 5.855,9 TEUR und somit der Deckung der Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung in Höhe von 3.623,4 TEUR realisiert worden ist, wurde die 80-prozentige Abschlagszahlung am 13.02.2015 beantragt und am 20.03.2015 in Höhe von 2.658,0 TEUR kassenwirksam verbucht.

Mit der vorliegenden Finanzrechnung und dem Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen von + 7.832,5 TEUR und unter Einrechnung der Tilgungsleistungen von 3.623,4 TEUR wird das Erreichen des Teilziels bestätigt. Die ausstehende Restzahlung in Höhe von 664,5 TEUR wird nach Feststellung des Jahresabschlusses abgefordert.

Zur Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung wird ein ordentliches Ergebnis von -1.578.796,34 EUR ausgewiesen. Außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen sind im Haushaltsjahr 2014 nicht verbucht worden. Den Gesamterträgen von 116.105.378,73 EUR stehen Gesamtaufwendungen von 117.684.175,07 EUR gegenüber. Der Jahresfehlbetrag vor Veränderung der Rücklagen umfasst -1.578.796,34 EUR. Das Jahresergebnis nach Entnahme aus der Kapitalrücklage beträgt 0,00 EUR.

Die Ergebnisrechnung 2014 ist jahresbezogen ausgeglichen. Aus dem Vorjahr besteht ein Altfehlbetrag in Höhe von -10.657.531,78 EUR.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 erfolgten Ermächtigungsübertragungen gem. § 15 GemHVO- Doppik für ordentliche Aufwendungen sowie für die Leistung von Aufwendungen bei einer Zweckbindung von Erträgen. Die übertragenen Ermächtigungen werden nicht dem Haushaltsjahr des Jahresabschlusses, sondern dem Haushaltsjahr der Inanspruchnahme dieser Ermächtigungen zugerechnet. Somit erfolgt eine Belastung des Ergebnisses des Haushaltsjahres, in dem der Ressourcenverbrauch erfolgt bzw. der Liquiditätsabfluss stattfindet. Die Höhe dieser Ermächtigungen betrug 2014 272.676,92 EUR.

Gemäß § 15 Abs. 5 GemHVO-Doppik der derzeit geltenden Fassung ist der Gemeindevertretung eine Übersicht dieser Ermächtigungsübertragungen zur Kenntnisnahme vorzulegen. Die Vorlage dieser Übersicht erfolgte mit Schreiben vom 02.03.2015 an den Präsidenten der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund mit der Bitte um Weitergabe dieser Information an die Fraktionen und Einzelbürgerschaftsmitglieder.

In das Haushaltsjahr 2015 sind aus dem Haushaltsjahr 2014 Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 355.077,41 EUR übertragen worden.

Entsprechend den Anforderungen des § 44 Absatz 2 i. V. m. § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik werden die Posten der Ergebnisrechnung aufgeführt. Die Gliederung erfolgt in der Fassung der GemHVO-Doppik vom 25. Februar 2008, letzte berücksichtigte Änderung vom 19. Mai 2016. Des Weiteren sind gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO-Doppik den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen, die Ergebnisse der Rechnung des Haushaltsvorjahres und die Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr gegenüberzustellen und bei erheblichen Unterschieden zu erläutern. Die Gesamtermächtigungen bilden die fortgeschriebenen Ansätze unter Berücksichtigung zweckgebundener Mehrerträge und den dementsprechenden Mehraufwendungen unter Einrechnung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und der Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeiten ab.

Erhebliche Unterschiede für sämtliche Erläuterungen in Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben liegen vor, wenn die Abweichungen bezogen auf die Posten 100,0 TEUR betragen.

Die nachfolgend erläuterten Erträge und Aufwendungen finden sich in Anlage 1 – Übersicht über Erträge und Aufwendungen - wieder. Diese Übersicht (Muster 12a) entspricht in ihrem Aufbau den Vorgaben der GemHVO-Doppik-M-V.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamtermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Steuern und ähnliche Abgaben	35.700.695,31	37.276.480,43	38.862.055,67	1.585.575,24	3.161.360,36
darunter					
Grundsteuer A	22.002,75	20.000,00	20.596,38	596,38	-1.406,37
Grundsteuer B	6.348.177,10	6.300.000,00	6.618.784,95	318.784,95	270.607,85
Gewerbesteuer	12.309.193,05	13.321.080,43	13.977.409,60	656.329,17	1.668.216,55
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	11.666.800,06	12.005.400,00	12.637.088,34	631.688,34	970.288,28
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.419.956,72	2.511.200,00	2.485.324,16	-25.875,84	65.367,44
Sonstige Gemeindesteuer	574.730,96	680.000,00	698.322,01	18.322,01	123.591,05
Ausgleichsleistungen vom Land	2.267.779,69	2.398.800,00	2.398.862,23	62,23	131.082,54
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,0	0,0	0,0	0,00	0,00
Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderleistungen aus der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	0,0	0,0	0,0	0,00	0,00

Die Steuern und ähnliche Abgaben konnten im Haushaltsjahr 2014 mit höheren Erträgen als im Vorjahr und auch im Vergleich zur Gesamtermächtigung abgerechnet werden. Die Erträge aus der Grundsteuer B sind sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch im Vergleich zu der Gesamtermächtigung übererfüllt worden. Gleiches gilt für die Erträge aus der Gewerbesteuer.

Im Ergebnis der Mai- Steuerschätzung 2014 hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber den geplanten Ansätzen aus der November- Steuerschätzung 2013 um 631,7 TEUR und zum Vorjahr sogar um 970,3 TEUR erhöht.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund hat am 6. Juni 2013 mit Beschluss-Nr. 2013-V-04-0977 die 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für den Zeitraum 2013 bis 2016 beschlossen. Im Rahmen dieses Haushaltssicherungskonzeptes sollten mit der Maßnahme „Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielgeräte um 5 v.H. auf 15 v.H.“ ab dem Jahr 2014 Konsolidierungsbeiträge in Höhe von 135,0 TEUR erzielt werden.

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft 2013-V-09-1044 vom 07.11.2013 ist die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten in der Hansestadt Stralsund beschlossen worden. Die Umsetzung der neuen Steuersätze führte zu Mehrerträgen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 120,3 TEUR.

Die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleichsgesetz sind im Haushaltsjahr 2014 um 131,1 TEUR höher als im Haushaltsjahr 2013. Diese Ausgleichszuweisung bemisst sich an

den jährlichen Einnahmen des Landes aus dem erhöhten Länderanteil an der Umsatzsteuer und ist zum Ausgleich der Steuerausfälle aufgrund der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs bestimmt.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge Steuern und ähnliche Abgaben	37.645.508,09	37.353.249,96	46.276.825,83	8.923.575,87	8.631.317,74
darunter					
Schlüsselzuweisungen	16.444.416,87	15.374.300,00	15.987.625,59	613.325,59	-456.791,28
Bedarfszuweisungen	0	0	0	0,00	0,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen	7.695.996,62	9.540.700,00	9.540.755,27	55,27	1.844.758,65
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	5.537.125,46	8.470.749,96	8.647.577,81	176.827,85	3.110.452,35
Allgemeine Umlagen vom Land	0,0	0,0	0,0	0,00	0,00
Allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,00	0,0	0,00	0,00
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.967.969,14	3.967.500,00	12.100.867,16	8.133.367,16	4.132.898,02

In dieser Ertragsart sind die Schlüsselzuweisungen, die Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleiches für gesetzlich übertragene und übergemeindliche Aufgaben sowie weitere zweckgebundene Zuwendungen von Bund und Land sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten enthalten.

Die Finanzzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) basieren auf der im Haushaltsjahr 2014 wirksam gewordenen FAG- Novelle in der Fassung der Änderung vom 13. Dezember 2013.

Die Finanzausgleichsleistungen des Landes betrugen gem. Orientierungsdatenerlass vom Ministerium für Inneres und Sport M-V für die Haushaltsplanung 2014 vom 30. September 2013 1.095,9 Mio EUR und lagen somit um 36,6 Mio EUR höher als im Orientierungsdatenerlass zur Haushaltsplanung 2013 berücksichtigt war. Durch die im Haushaltsjahr 2014 geringere Differenz zwischen Steuerkraftmesszahl und Ausgangsmesszahl als Grundlage der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind die Schlüsselzuweisungen 2014 im Vergleich zu denen im Jahr 2013 um 456,8 TEUR geringer ausgefallen.

Am 19.02.2014 fand der 2. Kommunalgipfel unter Teilnahme des Ministerpräsidenten, des Innenministers des Landes M-V sowie der Vertreter der beiden kommunalen Spitzenverbände statt. In dessen Ergebnis wurde eine Vereinbarung über eine Übergangslösung bis zur grundlegenden Novelle des Finanzausgleichsgesetzes zum 01.01.2018 getroffen. U. a. wurde festgeschrieben, dass die Gemeinden und Landkreise ab 2014 bis 2017 jährlich 40 Mio. EUR zusätzlich zu den bisherigen Leistungen des Landes erhalten sollen.

Für die Hansestadt Stralsund ergab sich für 2014 eine zusätzliche Zuweisung in Höhe von 627,4 TEUR und somit ein Mehrertrag gegenüber der Gesamtermächtigung.

In den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 wurden den Kommunen zusätzliche Zuweisungen in Höhe von 100 Mio EUR außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs bereitgestellt. Diese Sonderhilfen waren für nachhaltige Investitionen vorrangig im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, für Modernisierungen, zur Schuldentilgung sowie für finanzielle Aufwendungen aus Anlass der Kreisgebietsreform zu verwenden.

Der Zuweisungsanteil für die Hansestadt Stralsund betrug im Haushaltsjahr 2014 gesamt 716,8 TEUR, davon für den Ergebnishaushalt 400,0 TEUR und für den investiven Bereich 316,8 TEUR.

Im geltenden FAG war eine geänderte Theater- Finanzierung enthalten. Der bisherige § 19 FAG zur Finanzierung der Theater und Orchester fiel ersatzlos weg. Die Oberzentren als kommunale Träger der Mehrspartentheater und ihrer Orchester erhielten weiter Zuweisungen für diese übergemeindliche Aufgabe. Die Zuweisungen an die Theater Vorpommern GmbH machten einen Anteil in Höhe von 1.249,7 TEUR aus. Weitere Landeszuweisungen in Höhe von 3.372,0 TEUR wurden über das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

bereitgestellt. Hinzu kam laut Auszahlungserlass des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Anteil der Theaterförderung, der vom Land an die Hansestadt Stralsund zur Weiterleitung an die Hansestadt Greifswald in Höhe von 3.372,0 TEUR ausgekehrt wurde. Zusätzlich ist im Haushaltsjahr 2014 eine Soforthilfe in Höhe von 300,0 TEUR bewilligt worden. Zum Ergebnis 2013 ergeben sich höhere Erträge in den Zuweisungen vom Land in Höhe von 2.233,6 TEUR.

Im Haushaltsjahr 2013 führte das Ministerium für Inneres und Sport eine turnusmäßige Erhebung des Verwaltungsaufwandes der Kommunen im Bereich des übertragenen Wirkungskreises durch. Im Ergebnis dieser Erhebung wurden die Zuweisungen an die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte von 14,5 Mio EUR auf 16,6 Mio EUR im Haushaltsjahr 2014 erhöht. Für den Haushalt der Hansestadt Stralsund bedeutete dies eine Ertragssteigerung um 580,7 TEUR auf nunmehr 4.346,2 TEUR.

Die größte Abweichung ist bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Gesamtermächtigung mit +8.133,4 TEUR entstanden, die korrespondierend zu den Abschreibungen nicht in der erforderlichen Höhe geplant wurden. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Abweichung in Höhe von +4.132,9 TEUR. Enthalten sind u.a. die korrespondierenden Abgänge von Sonderposten zu den Anlagenabgängen- Zuwendung an die LEG mbH (1.273 TEUR), Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ (789 TEUR) und Mönchstraße 27- Dachsanierung (1.383 TEUR), siehe dazu die Ausführungen zu den Bilanzpositionen A 1.1 und A 1.2.

Mit dem Jahresabschluss 2014 ist die Aktivierung der im Jahr 2013 fertiggestellten Vermögensgegenstände so erfolgt, dass die dem Jahr 2013 zuzurechnenden Abschreibungen und die entsprechenden Erträge aus der Auflösung der Sonderposten als außerplanmäßig ausgewiesen worden sind. Daraus ergeben sich außerplanmäßige Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen in Höhe von 323,0 TEUR.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Erträge der sozialen Sicherung	27.236,99	75.500,00	116.047,72	40.547,72	88.810,73

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.749.562,17	5.866.020,49	4.568.830,88	-1.297.189,61	-180.731,29
darunter					
Verwaltungsgebühren einschließlich Erstattung von Auslagen	1.486.016,60	1.545.715,90	1.551.268,00	5.552,10	65.251,40
Benutzungsgebühren, Beiträge (soweit diese nicht in einem Sonderposten zu erfassen sind)	2.972.787,52	3.047.104,59	2.684.566,97	-362.537,62	-288.220,55
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	290.758,05	1.273.200,00	301.895,91	-971.304,09	11.137,86
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

In den öffentlich- rechtlichen Leistungsentgelten sind sowohl zu den Gesamtermächtigungen als auch im Vergleich zum Vorjahr Mindererträge zu verzeichnen.

Die Verbuchung der Eigenverbräuche für die Vogelsanghalle und das Sportbad in Höhe von 231,7 TEUR erfolgte nicht analog der Vorjahre als Umbuchung aufwands- und ertragsseitig im Haushalt, sondern direkt über die betreffenden Produkte im Aufwand an den HanseDom, so dass ertragsseitig Minderbeträge entstanden. Die Mindererträge aus den Benutzungsgebühren und sonstigen Entgelten zur Gesamtermächtigung und zum Vorjahr resultieren des Weiteren aus dem Gebührenhaushalt Straßenreinigung/ Winterdienst sowie aus den Einnahmen aus Parkgebühren.

Die Gesamtermächtigung 2014 der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge entspricht nicht den tatsächlich nunmehr verbuchten Beträgen, jedoch weichen die Buchungsbeträge nur unwesentlich vom Vorjahresergebnis ab.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+privatrechtliche Leistungsentgelte	5.847.790,24	5.605.455,00	6.040.646,12	435.191,12	192.855,88
darunter					
privatrechtliche Leistungsentgelte	5.847.790,24	5.605.455,00	6.040.646,12	435.191,12	192.855,88
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Baukostenzuschüsse und ähnliche Entgelte	0	0	0	0,00	0,00

Zum Ergebnis des Vorjahres und zur Gesamtermächtigung 2014 ergeben sich Mehrerträge. Wie bereits zum Jahresabschluss 2013 erläutert, wurde als eine Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes in 5. Fortschreibung festgeschrieben, dass durch ständige Pachtzinsanpassungen im Zuge von Nachverhandlungen zwischen der Hansestadt und den Pächtern landwirtschaftlicher Flächen weiterhin die Pachterträge zu erhöhen sind. Auch in den kommenden Jahren sollten mithilfe eines Sachverständigen und landwirtschaftlichen Unternehmensberaters mit der Erhöhung der Pachtpreise dem marktwirtschaftlichen Niveau Rechnung getragen werden. Nunmehr werden im Jahresabschluss 2014 in Umsetzung dieser Maßnahme Mehrerträge zur Gesamtermächtigung in Höhe von 310,4 TEUR und zum Vorjahr in Höhe von 205,4 TEUR ausgewiesen.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.911.083,45	4.259.204,37	3.714.770,56	-544.433,81	-196.312,89

Zur Gesamtermächtigung zeigen sich negative Abweichungen von 544,4 TEUR und in Gegenüberstellung zu dem Vorjahresergebnis von 196,3 TEUR.

Die Kostenerstattungen vom Land für die Bewirtschaftung der sozialen Einrichtung für Asylbewerber sind in Korrespondenz zu Minderaufwendungen um 185,8 TEUR geringer zur Gesamtermächtigung und um 134,1 TEUR höher zum Ergebnis 2013 vereinnahmt worden.

Die Erstattungen zum Schullastenausgleich sind zum Vorjahr um 292,3 TEUR geringer.

Als wesentlich sind die Kostenerstattungen vom Landkreis Vorpommern- Rügen (VR) für das Gymnasium und die Gesamt- und Förderschulen hervorzuheben. Mit dem öffentlich- rechtlichen Vertrag zur Übernahme der Schulträgerschaft für die genannten Schulen durch die Hansestadt Stralsund verpflichtet sich der Landkreis zur Erstattung der ordentlichen Aufwendungen verringert um die erzielten ordentlichen Erträge. Die Kostenerstattungen vom Landkreis VR sind in Gegenüberstellung zur Gesamtermächtigung 2014 um 227,7 geringer und zum Vorjahresergebnis um 201,7 TEUR höher geleistet worden. Gemäß der vertraglichen Vereinbarung ist nach Spitzabrechnung ggf. die erforderliche Kostenerstattung von Seiten des Fachamtes einzufordern gewesen.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	10.095.422,66	7.011.742,92	8.241.345,69	1.229.602,77	-1.854.076,97
darunter					
Zinserträge	6.834,83	3.100,00	5.163,56	2.063,56	-1.671,27
Sonstige Finanzerträge	10.088.587,83	7.008.642,92	8.236.182,13	1.227.539,21	-1.852.405,70

Die sonstigen Finanzerträge konnten um 1.227,5 TEUR höher zur Gesamtermächtigung und um 1.852,4 TEUR geringer zum Vorjahresergebnis in den Jahresabschluss einfließen.

Die Gewinnanteile der SWS GmbH sind wie geplant ausgekehrt worden. Damit ist die Maßnahme aus dem Haushaltssicherungskonzept in 5. Fortschreibung zur Erhöhung der Gewinnausschüttungen, die SWS GmbH betreffend, vollständig umgesetzt. Zum Vorjahresergebnis sind Mindererträge in Höhe von 2.400,0 TEUR zu verzeichnen, da im Haushaltsjahr 2013 sowohl die Ausschüttung aus dem Jahr 2013 als auch die des Jahres 2012 erfolgte. (siehe Anhang zum Jahresabschluss 2013 Punkt 6. Angaben zur

Ergebnisrechnung S. 48).

Über die Zielstellung der HSK- Maßnahme hinaus hat die SWG mbH eine zusätzliche Gewinnabführung in Höhe von 400,0 TEUR für das Erreichen des Konsolidierungsziels 2014 gemäß Konsolidierungsvereinbarung vorgenommen. Somit konnte eine Gewinnabführung in Höhe von insgesamt 2.250,0 TEUR haushalts- und kassenwirksam werden. Zum Vorjahr ergibt sich eine Erhöhung in Höhe von 650,0 TEUR. Dagegen steht der Minderertrag aus der geplanten Gewinnabführung der LEG mbH, auch aus dem HSK heraus, in Höhe von 550,0 TEUR.

Aus nicht geplanten Finanzerträgen aus den anteiligen Rücklagen des Kommunalen Versorgungsverbandes zur Abdeckung der Pensionsverpflichtungen sind Mehrerträge in Höhe von 1.270,8 TEUR erwachsen.

Aus der Verzinsung von Steuernachforderungen ergaben sich gegenüber 2013 Mindererträge von 194,3 TEUR.

Ertragsart	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Sonstige laufende Erträge	4.873.902,85	5.258.082,49	8.284.856,26	3.026.773,77	3.410.953,41
darunter					
Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens	277.864,26	100.000,00	1.702.137,01	1.602.137,01	1.424.272,75
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen, Sonderposten und Rückstellungen	660.702,18	507.200,00	199.726,43	-307.473,57	-460.975,75

Nach der Veräußerung von Vermögen wird der Vermögensabgang gebucht und der Abgleich zwischen Buchwert und Verkaufserlös vorgenommen. Übersteigt der Verkaufserlös den Buchwert ergibt sich ein Ertrag, der der Ergebnisrechnung zufließt. Auch während der Haushaltsdurchführung 2014 hat sich durch die vollzogenen Grundstücksverkäufe gezeigt, dass der veranschlagte Planansatz für die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken zu gering war. Es konnten Mehrerträge aus dem Verkauf aus dem Anlagevermögen in Höhe von 355,9 TEUR erzielt werden, während das Vorjahresergebnis um 308,5 TEUR übererfüllt worden ist. Die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens sind 2014 mit Mehrerträgen von 1.182,7 TEUR und zum Vorjahr in Höhe von 1.103,7 TEUR verbucht worden.

Über die Gesamtermächtigung 2014 hinaus wurden durch das Ordnungsamt die Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern mit Mehrerträgen von 300,0 TEUR übererfüllt.

Betriebskostenrückerstattungen in einem finanziellen Volumen von 230,3 TEUR begründen die Mehrerträge zur Gesamtermächtigung von 228,5 TEUR und zum Vorjahresergebnis von 230,3 TEUR.

Die im Haushaltsjahr 2013 gezahlten Aufwendungen der Kapitalertragsteuer aus Gewinn im Rahmen des steuerlichen Querverbundes sind im Haushaltsjahr 2014 erstattet worden. Da die Gewinnabführung und auch die Abführung der Kapitalertragsteuer zwei Wirtschaftsjahre betrafen, sind in den Jahresabschluss 2014 die Gesamterstattungen von 1.767,1 TEUR eingeflossen und stehen den Gesamtermächtigungen in Höhe von 897,1 TEUR gegenüber. Die Ergebnisveränderung gegenüber 2013 beträgt + 1.767,1 TEUR.

Sonstige Steuererstattungen im Rahmen der Betriebe gewerblicher Art erfolgten mit einem Betrag von 176,1 TEUR.

Da Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen nicht geplant wurden, werden positive Abweichungen zum Haushaltsjahr ausgewiesen zuzüglich diverser Ergebnisveränderungen zum Vorjahr.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Personalaufwendungen	27.456.999,66	28.017.750,00	27.640.472,63	-377.277,37	183.472,97
darunter					
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u.ä. Verpflichtungen	1.757.511,65	945.400,00	1.584.405,00	639.005,00	-173.106,65

Der neue Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst mit einer ab 01.03.2014 wirksam gewordenen Entgelterhöhung um 3,0 %, aber mindestens um 90 EUR, führte zwar zu Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von ca. 513,0 TEUR, da jedoch im Zuge der Planung bereits eine Tarifierhöhung Berücksichtigung fand, ist der kommunale Haushalt nicht überplanmäßig in Anspruch genommen worden.

Obgleich die Tarifierhöhung wirksam wurde, ist die Gesamttermächtigung im Vergleich zum Ergebnis 2014 um -377,3 TEUR nicht in Anspruch genommen worden. Innerhalb dieser Aufwandsart ergaben sich diverse Abweichungen durch Rückstellungsbuchungen und Inanspruchnahme der Rückstellungen.

Der Personalbestand umfasste am 01.01.2013 621 Planstellen. Zum Stichtag 01.01.2014 waren es 614 Planstellen. Der durchschnittliche Personalbestand 2014 lag bei 578,3 Beschäftigten.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Versorgungsaufwendungen	1.639.252,63	2.106.979,90	1.818.103,47	-288.876,43	178.850,84
darunter					
Versorgungsaufwendungen	1.506.235,80	1.955.779,90	1.673.926,22	-281.853,68	167.690,42

Das Ergebnis 2014 weicht in Höhe von – 288,9 TEUR von der Gesamttermächtigung und in Höhe von +178,9 TEUR vom Vorjahresergebnis ab. Diese Schwankungen resultieren aus den Berechnungen des Umlagehebesatzes des Kommunalen Versorgungsverbandes M-V.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.103.722,30	16.043.181,27	12.263.319,72	-3.779.861,55	-1.840.402,58
darunter					
Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	3.880.344,11	4.486.100,00	3.767.415,93	-718.684,07	-112.928,18
Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	7.503.008,36	7.965.418,42	5.847.267,66	-2.118.150,76	-1.655.740,70

In dieser Position der Ergebnisrechnung sind im Wesentlichen die Aufwendungen für

- die Gebäudeunterhaltung,
 - die Bewirtschaftung der Grundstücke,
 - die Nachsorge der Deponien
 - die Baumpflege,
 - die Unterhaltung von Fahrzeugen,
 - die Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie für
 - die Lehr-, Unterrichts- und Lernmittel
- enthalten.

Die Einsparungen zur Gesamttermächtigung resultieren aus den vom Oberbürgermeister verfügbaren Mittelsperren in dieser Aufwandsart in Umsetzung der Anordnung A. 2 der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2014 sowie aus weiteren nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmitteln für Gebäudeunterhaltung, für die Unterhaltung der technischen Gebäudeausrüstung, für die Straßenunterhaltung, für die Unterhaltung der Grünflächen, für die Nachsorge der Deponie und für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Ergebnisverbessernd in Höhe von 155,0 TEUR wirkt sich die Inanspruchnahme der im Vorjahr gebildeten Sonstigen Rückstellung in Höhe von 766,0 TEUR für die Restaurierung des

Bücherbestandes des Stadtarchivs aus. (siehe Anhang zum Jahresabschluss 2013 Punkt 8 Sonstige Angaben, Ziffer 14, S. 67)

Die in dieser Aufwandsart geplanten laufenden Aufwendungen für die städtebaulichen Maßnahmen in Höhe von 645,2 TEUR sind wie im Vorjahr als Zuwendungen, Umlagen und Sonstige Transferaufwendungen abgerechnet worden, so dass sich hieraus Abweichungen zur Gesamtermächtigung ergeben.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	14.656.944,62	10.056.500,00	15.377.359,33	5.320.859,33	720.414,71

Wie in den Vorjahren ergeben sich im Vergleich des Ergebnisses des aktuellen Abschlussjahres zu den Gesamtermächtigungen immense Abweichungen, die dadurch begründet sind, dass in der Planungsphase der Abschreibungen im Haushaltsjahr 2013 für 2014 nicht auf belastbare Werte zurückgegriffen werden konnte. Die Mehraufwendungen resultieren von daher auf nicht geplanten Abschreibungen in allen Kontengruppen. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden die Abschreibungen in der erforderlichen Höhe leistungsscharf zugeordnet.

Mit dem Jahresabschluss 2014 ist die Aktivierung der im Jahr 2013 fertiggestellten Vermögensgegenstände so erfolgt, dass die dem Jahr 2013 zuzurechnenden Abschreibungen und die entsprechenden Erträge aus der Auflösung der Sonderposten als außerplanmäßig ausgewiesen worden sind.

Dementsprechend sind für das Haushaltsjahr außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 396,8 TEUR im Jahresabschluss 2014 ergebnisverschlechternd ausgewiesen worden. Die Verursachung liegt im Vorjahr.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	28.905.745,70	34.925.577,81	34.412.500,02	-513.077,79	5.506.754,32
darunter					
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	9.652.832,25	13.503.197,38	13.319.676,37	-183.521,01	3.666.844,12
Schuldendiensthilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewerbesteuerumlage	1.232.208,74	1.404.480,43	1.078.489,83	-325.990,60	-153.718,91
Allgemeine Umlagen an das Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Umlagen an Landkreise	18.020.704,71	19.954.700,00	19.954.661,78	-38,22	1.933.957,07
Allgemeine Umlagen an das Amt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	0,00	62000,00	58565,81	-3.434,19	58.565,81
Allgemeine Umlagen an Sonstige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, wie z.B. die Zuschüsse an die Theater Vorpommern GmbH, an den Eigenbetrieb Tourismuszentrale sowie der Zuschuss an die Studenten, finden sich in dieser Position der Ergebnisrechnung wieder.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke weisen im Vergleich zur Gesamtermächtigung eine Abweichung in Höhe von -183,5 TEUR und im Vorjahresvergleich in Höhe von + 3.666,8 TEUR aus. Davon entfallen +2.233,3 TEUR auf die höheren Zuschüsse an die Theater Vorpommern GmbH im Haushaltsjahr 2014, gedeckt durch Landeszuweisungen.

Die Gewerbesteuerumlage wird entsprechend der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes berechnet und bemisst sich am Ist- Aufkommen an der Gewerbesteuer. Bis zum 1. Februar jeden Jahres erfolgen die Schlussabrechnungen zum vierten Quartal des Vorjahres. Im Haushaltsjahr 2014 ist eine Rückzahlung der Umlage aus der Vorauszahlung des vierten Quartals 2013 in Höhe von 217,7 TEUR erfolgt, so dass zur Gesamtermächtigung und zum Vorjahresergebnis Minderaufwendungen ausgewiesen werden.

Die Kreisumlage an den LK Vorpommern- Rügen ist unter Beachtung der Umlagegrundlagen mit einem Kreisumlagesatz von 47 % geplant und abgerechnet worden. Die Kreisumlage beträgt somit 19.954,7 TEUR. Im Haushaltsjahr 2013 betrug die zu zahlende Kreisumlage 18.020,7 TEUR.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.333.667,20	6.603.292,79	6.548.975,84	-54.316,95	215.308,64
darunter					
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung	6.329.033,09	6.581.992,79	6.548.975,84	-33.016,95	219.942,75

Eine zusätzliche Belastung für den Haushalt ergab sich in der Haushaltsdurchführung 2014 durch erhöhte Anteile der Wohnsitzgemeinde zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, begründet durch die Anpassung der Leistungsentgelte der Träger der Kindertageseinrichtungen durch die Erhöhung der Platzkosten (Tarifangleichungen für das pädagogische Personal, Berücksichtigung der Mindestlöhne im Bereich Hauswirtschaft sowie externer Anbieter, Umsetzung des gesetzlichen Betreuungsschlüssels) sowie auch durch Kapazitätserhöhungen.

Dem Planansatz von 5.177,5 TEUR stand eine voraussichtliche Inanspruchnahme von 5.568,0 TEUR gegenüber. Diese überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 390,5 TEUR sollten in einer Größenordnung von 176,0 TEUR aus dem bestehenden Deckungsring bereitgestellt und mit einem Betrag von 214,0 TEUR aus den zusätzlichen Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gedeckt werden.

Die Zuschüsse für die Kinderbetreuung als Anteil der Wohnsitzgemeinde betragen im Ergebnis 2014 5.544,6 TEUR und entsprachen somit der Prognoserechnung.

Den Gesamtermächtigungen (Planansatz 5.177,5 TEUR plus 214,0 TEUR) stehen Mehraufwendungen in Höhe von 153,1 TEUR gegenüber, die aus den Minderaufwendungen der Zuschüsse für die Anteile der Wohnsitzgemeinde für die Tagespflege gedeckt wurden, so dass sich in der Gesamtschau im Vergleich zur Ermächtigung nur geringe Abweichungen ergeben. Im Vergleich zum Vorjahr ist absolut eine höhere Inanspruchnahme zu verzeichnen.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	4.033.845,73	3.716.042,92	3.123.096,52	-592.946,40	-910.749,21
darunter					
Zinsaufwendungen	3.244.091,97	3.510.200,00	2.904.420,45	-605.779,55	-339.671,52
Sonstige Finanzaufwendungen	789.753,76	205.842,92	218.676,07	12.833,15	-571.077,69

Die Gesamtermächtigung 2014 ist wiederum nicht in Anspruch genommen worden und auch zum Vorjahr sind Einsparungen zu verzeichnen gewesen. Im Haushaltsjahr 2014 sind für drei Kreditverträge die Zinsbindungen ausgelaufen. Zum 30.10.2014 sind alle drei Kredite auf ein neues Darlehen mit variabler Verzinsung umgeschuldet worden. Dieses erfolgte zu einem günstigeren Zinssatz als es beim Abschluss der Grundgeschäfte der Fall war und trägt somit zur Entlastung des Schuldendienstes bei.

Die geplanten Haushaltsmittel für die Verzinsung von Steuererstattungen sind nicht in voller Höhe in Anspruch genommen worden.

Aufwandsart	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
- Sonstige laufende Aufwendungen	9.602.854,82	10.055.794,90	16.500.347,54	6.444.552,64	6.897.492,72

Zu den sonstigen laufenden Aufwendungen zählen u. a. Aufwendungen für Aus- und Fortbildungen, Reisekosten, Kosten für Dienst- und Schutzbekleidung, Aufwendungen für Miete, Leasingkosten, Sachverständigenkosten, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten Dritter, Geschäftsaufwendungen, Mitgliedsbeiträge. Innerhalb dieser

Aufwandsart kam es zu diversen Mehr- und Minderaufwendungen. Auch waren diverse Sachkonten mit einer Mittelsperre nach der Verfügung des Oberbürgermeisters belegt worden.

Größere Abweichungen ergaben sich in den Mietaufwendungen für das Sportbad in Gegenüberstellung zur Gesamtermächtigung und zum Vorjahr, da diese Mietzahlungen für den Eigenverbrauch direkt aus dem Schulbereich an den HanseDom erfolgten (siehe Erläuterung zur Ertragsart öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte).

Die wesentlichen Abweichungen liegen jedoch darin begründet, dass Verluste aus den Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen, von Sachanlagen sowie von Finanzanlagen verbucht worden sind. Dabei handelt es sich beim Abgang bei den immateriellen Vermögensgegenständen um einen Teil einer Zuwendung an die LEG (1.273 TEUR mit gleichlautendem Abgang der Sonderposten) und bei den Abgängen von Sachanlagen u.a. um den Abgang der Anlage im Bau „Mönchstraße 27- Dachsanierung“ (1.551 TEUR, mit Abgang Sonderposten 1.383 TEUR), Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ (2.915 TEUR, mit Abgang Sonderposten 789 TEUR) siehe dazu die Ausführungen zu den Bilanzpositionen A 1.1 und A 1.2.

	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
Ordentliches Ergebnis	-3.881.830,90	-8.819.383,93	-1.578.796,34	7.240.587,59	2.303.034,56

Die Ergebnisrechnung 2014 der Hansestadt Stralsund weist im ordentlichen Ergebnis als Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit einen Fehlbetrag von 1.578.796,34 EUR aus. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine positive Abweichung von 2.303.034,56 EUR dar. Da kein außerordentliches Jahresergebnis ausgewiesen wird, entspricht das ordentliche Ergebnis zunächst dem Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen.

Ergebnisverwendung

	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	-3.907.063,16	-8.819.383,93	-1.578.796,34	7.240.587,59	2.328.266,82
- Einstellung in die Kapitalrücklage	713,85	0,00	0,00	0,00	-713,85
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	3.907.777,01	4.815.800,00	1.578.796,34	-3.237.003,66	-2.328.980,67
darunter Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage aus investiv gebundenen Zuweisungen	3.881.830,90	4.815.800,00	1.578.796,34	-3.237.003,66	-2.303.034,56
- Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	25.249,00	0,00	-25.249,00	0,00
+ Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Entnahme aus sonstigen zweckgebundenen Ergebnisrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	0,00	-4.029.261,33	0,00	4.029.261,33	0,00

Zum Ausgleich des Jahresergebnisses erfolgte eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage für investiv gebundene Zuweisungen gemäß § 18 Absatz 4 GemHVO- Doppik in Höhe von 1.578.796,34 EUR. Das Jahresergebnis nach Entnahme aus der Kapitalrücklage beträgt 0,00 EUR.

Der Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr in Höhe von -10.657.531,78 EUR verändert sich nach Feststellung zum Jahresabschluss 31.12.2014 nicht.

Gemäß § 44 Absatz 5 GemHVO- Doppik ist das Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen, der Ausweis erfolgt unter dem Posten „Ergebnisvortrag“.

7. Angaben zur Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden die einzelnen Posten gemäß § 45 Absatz 2 i. V. m. § 3 Absatz 1 GemHVO-Doppik-M-V aufgeführt.

Die Posten in den Positionen 1 – 22 bilden die Ein- und Auszahlungen der Geschäftsvorfälle der Ergebnisrechnung ab, soweit diese nicht ausschließlich ergebniswirksam sind, wie z.B. Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Rückstellungsbildung und Rückstellungs-inanspruchnahme. Weitere Abweichungen zur Ergebnisrechnung entstehen vorrangig aus der Periodenabgrenzung bei den Erträgen und Aufwendungen. Die inhaltlichen Erläuterungen zu den Posten der Ergebnisrechnung unter Punkt 6 sind im Wesentlichen auch zutreffend für die ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen. Folgende Tabelle zeigt den Vergleich der Posten zwischen den beiden Rechnungen.

Ertragsart / Einzahlungsart	Ergebnisrechnung 2014	Finanzrechnung 2014	Abweichung
+ Steuern und ähnliche Abgaben	38.862.055,67	38.561.678,60	300.377,07
+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge Steuern und ähnliche Abgaben	45.503.831,57	34.201.556,61	11.302.274,96
+ Erträge / Einzahlungen der sozialen Sicherung	116.047,72	111.760,08	4.287,64
+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.641.120,75	4.255.100,54	386.020,21
+ privatrechtliche Leistungsentgelte	6.040.646,12	6.058.161,49	-17.515,37
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.714.770,56	3.952.537,46	-237.766,90
+ Zinserträge / Zinseinzahlungen und sonstige Finanzerträge / Finanzeinzahlungen	8.241.345,69	6.937.512,43	1.303.833,26
+ Sonstige laufende Erträge / Einzahlungen	8.284.856,26	8.132.497,69	152.358,57
Aufwandsart / Auszahlungsart	Ergebnisrechnung 2014	Finanzrechnung 2014	Abweichung
- Personalaufwendungen / Personalauszahlungen	27.640.472,63	26.962.895,66	677.576,97
- Versorgungsaufwendungen / Versorgungsauszahlungen	1.818.103,47	2.282.403,47	-464.300,00
- Aufwendungen / Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.263.319,72	12.571.713,39	-308.393,67
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	15.471.925,60	0,00	15.471.925,60
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen / Transferauszahlungen	34.412.500,02	34.072.034,93	340.465,09
- Aufwendungen / Auszahlungen der sozialen Sicherung	6.548.975,84	6.616.480,36	-67.504,52
- Zinsaufwendungen / Zinsauszahlungen und sonstige Finanzaufwendungen /	3.123.096,52	3.061.015,00	62.081,52
- Sonstige laufende Aufwendungen / Auszahlungen	13.599.249,18	8.811.771,34	4.787.477,84

Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt für das Haushaltsjahr 2014 +7.832.490,75 EUR. Unter Berücksichtigung der Tilgungszahlungen für die Kredite aus den Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 3.623.399,40 EUR umfasst der jahresbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen +4.209.091,35 EUR.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit wird mit +1.684.529,15 EUR ausgewiesen.

Der Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge wird mit -364.833,91 EUR angegeben.

Für ordentliche und außerordentliche Auszahlungen wurden korrespondierend zu den Aufwandsermächtigungen 355.077,41 EUR in das Haushaltsjahr 2015 vorgetragen. Ermächtigungen für die Auszahlung von Verbindlichkeiten bzw. für die Einzahlung von Forderungen des Jahres 2014 wurden nicht für die Finanzrechnung 2015 vorgetragen. Für künftige Jahresabschlüsse ist dieser Vortrag vorgesehen.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind in Höhe von 3.623.399,40 EUR getilgt worden. Neue Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden nicht aufgenommen. Durch die kontinuierliche Tilgung der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konnten diese Verbindlichkeiten auf einen Restschuldenstand von 98.485.803,47 EUR reduziert werden (siehe hierzu auch die Darstellung der Veränderung unter den Bilanzpositionen P 4 Verbindlichkeiten).

Der Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit hat sich im Haushaltsjahr 2014 von -11.010.475,64 EUR per 31.12.2013 auf -5.481.689,05 EUR per 31.12.2014 reduziert.

Finanzmittelfluss aus der Investitionstätigkeit

Mit dem Jahresabschluss 2013 erfolgte eine Übertragung nicht in Anspruch genommener finanzieller Mittel durch Ermächtigungsübertragung gemäß § 15 GemHVO-Doppik M-V in Höhe von 6.675.815,21 EUR in das Haushaltsjahr 2014. Somit standen zusammen mit den Ermächtigungen des Jahres 2014 für die Investitionstätigkeit insgesamt 36.412.402,64 EUR zur Verfügung.

Die Summe der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 2014 umfasst 9.706.376,26 EUR. Das sind 26,7 % der bereitgestellten Mittel. Demgegenüber stehen investive Einzahlungen von 11.390.905,41 EUR. Die Erfüllung der planungsseitigen Vorgaben liegt einnahmeseitig bei 46,0 %. Im Saldo übersteigen die Einzahlungen die Auszahlungen um 1.684.529,15 EUR.

Im Vorjahr sind in der Finanzrechnung investive Auszahlungen von 12.426.801,65 EUR getätigt worden. Gegenüber der Gesamtermächtigung 2013 in Höhe von 32.337.060,28 EUR entsprach dies einer Erfüllung von 38,4 %. Bei den investiven Einzahlungen war eine Erfüllung von 60,4 % zu verzeichnen.

Im Ergebnis der Haushaltsdurchführung 2014 sind Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen in Höhe von 8.193.872,95 EUR in das Haushaltsjahr 2015 vorge-tragen worden. Eine Inanspruchnahme dieser Mittel im Folgejahr fließt in das Finanzrechnungsergebnis des Folgejahres ein.

Die Investitionsauszahlungen 2014 erfolgten im Wesentlichen für folgende Maßnahmen:

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Betrag
09-6060-0048	Maritimes Ind.- und Gewerbegebiet Franzenshöhe	490.766,98 EUR
11-6060-0022	Touristischer Radweg Ostseeküstenradweg	1.357.602,32 EUR
12-6060-0008	Straßenausbau Krummer Weg, 2.BA	138.689,46 EUR
13-6060-0004	Sanierung Carl-Heydemann-Ring	188.935,49 EUR
13-6060-0005	Knieperwall & Stadtmauervorbereiche	321.203,61 EUR
12-6060-0005	Kinderspielplätze	110.966,82 EUR
13-6060-0006	Frankenwall 2.BA	512.535,44 EUR
13-6060-0015	Ersatzneubau Spundwand Ippen kai	412.440,32 EUR
13-6060-0017	Anleger Ostmole	72.103,36 EUR
13-6060-0018	Ersatzneubau Leitwerk an der Nordmole	97.498,85 EUR
10-6060-0030	Straßensanierung Parower Straße	181.085,20 EUR
13-6060-0019	Herstellung Gasometerweg	164.296,24 EUR
13-6060-0002	Sanierung Kunstrasen P.-Greifzu-Stadion	262.430,26 EUR

13-7091-0010	Investitionszuschuss für Steganlage Sundpromenade	376.750,19 EUR
14-7091-0002	Montessori-GS „Lambert Steinwich“ Außenanlagen	141.441,18 EUR
13-3090-0001	Fahrzeugetwerb für die Feuerwehr	586.982,48 EUR
11-1030-0001	IT-Ausstattung der Verwaltung	158.726,29 EUR

Weitere Mittel in Höhe von 1.463,9 TEUR sind über Bestellsbuchungen gebunden, vorrangig für die Sanierung von Straßenabschnitten des Carl-Heydemann-Rings und der Friedrich-Naumann-Straße, für den Bau des Touristischen Ostseeküstenradweges, für den Erwerb von IT-Software, für den Erwerb von Funkmeldeempfängern des BOS-Digitalfunks und für den Erwerb von Fahrzeugen.

Der geringe Erfüllungsstand resultiert daraus, dass mehrere große Bauvorhaben erst in der zweiten Jahreshälfte bzw. erst im Folgejahr begonnen wurden. Für folgende große Investitionsvorhaben wurden 2014 keine bzw. im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Mitteln nur sehr geringe Mittel ausgezahlt und demzufolge auch zweckgebundene Zuwendungen nicht in Anspruch genommen:

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	fortgeschriebener Ansatz	Einzahlungen	Auszahlungen	Vergleich
12-6060-0014	Gleisanbindung Frankenhafen	4.300.000,00	-	0,00	4.300.000,00
	Zuwendung vom Land	4.015.000,00	165.000,00	-	3.850.000,00
	Eigenanteile SHSmbH	285.000,00	0,00	-	285.000,00
13-6060-0016	Erweiterung Frankenhafen	2.150.000,00	-	0,00	2.150.000,00
	Zuwendung vom Land	2.070.000,00	0,00	-	2.070.000,00
	Eigenanteile SHSmbH	80.000,00	0,00	-	80.000,00
11-6060-0023	Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Schwedenschanz	1.345.000,00	-	0,00	1.345.000,00
13-6060-0017	Anleger Ostmole (Wasserwanderrastplatz)	5.147.973,46	-	72.103,36	5.075.870,10
	Zuwendung vom Land	4.760.000,00	0,00	-	4.760.000,00
12-7091-0004	Neubau IGS Grünthal Haus II (zusätzliche Eigenanteile SSV)	1.000.000,00	-	0,00	1.000.000,00
	Zuwendung vom Land	500.000,00	0,00	-	500.000,00
14-7091-0003	Umnutzung der Nachrichtenzentrale zum zentralen DEPOT der HST	3.150.000,00	-	0,00	3.150.000,00
	Zuwendung vom Land / Dritte	3.150.000,00	0,00	-	3.150.000,00

Neben den ca. 33,3 % -igen Eigenanteilen der Stadt an der Städtebauförderung werden für verschiedene Vorhaben zusätzliche Eigenanteile für nicht geförderte Kosten zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsjahr 2014 sind dem treuhänderischen Sanierungsträger insgesamt 1.235.368,94 EUR ausgezahlt worden. Die Anzahlungen des Jahres 2013 für Folgejahre von 3.835.216,30 EUR reduzieren sich durch teilweise Inanspruchnahmen auf einen Bestand von 3.050.891,14 EUR zum Jahresende 2014.

Mit den Mitteln der Städtebauförderung von Bund, Land und Gemeinde wurden 2014 insgesamt folgende sieben Investitionsmaßnahmen an öffentlich nutzbaren Objekten mit einem Umfang von 8.659.626,04 EUR im Städtebaulichen Sondervermögen fertiggestellt bzw. Bauabschnitte beendet:

- Straße Frankenwall 1.BA, 2.Teil	i.H.v. 751.833,90 EUR
- Straße Frankenwall 2. BA	i.H.v. 2.733.860,32 EUR
- Alter Markt	i.H.v. 2.297.717,53 EUR
- Alter Markt / Nikolaikirchhof	i.H.v. 427.245,29 EUR
- Peter-Blohme-Straße	i.H.v. 273.508,73 EUR
- Knieperwall Stadtmauerbereich	i.H.v. 1.517.106,81 EUR
- Knieperwall Uferbereich 1. BA	i.H.v. 658.353,46 EUR

Nach Übergabe an den Kernhaushalt wurden diese Investitionsmaßnahmen im Kernhaushalt aktiviert.

Im Haushaltsjahr 2015 werden die im Städtebaulichen Sondervermögen begonnenen Erschließungsvorhaben, wie z.B. an der Marien-, Blei- und Kiebenhieberstraße, an der Garten- und Fritz-Reuterstraße sowie am Knieperwall fortgeführt. Bei den Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen werden die Maßnahmen am Katharinenkloster, in der Badenstraße 17 und am Kampischen Hof weitergeführt.

Der Finanzmittelfluss aus der Investitionstätigkeit zeigt im Haushaltsjahr 2014 folgende Abweichungen im Vergleich zwischen dem Ergebnis 2014 je Posten und der Gesamtermächtigung sowie zwischen dem Ergebnis 2014 und dem Vorjahresergebnis. Auf eine Erläuterung der Abweichungen der einzelnen Posten zum Vorjahresergebnis wird aufgrund der geringen Aussagekraft verzichtet.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	6.148.511,54	21.718.410,05	8.163.437,63	-13.554.972,42	2.014.926,09

Größte Position bei diesem Posten sind die Einzahlungen aus dem Finanzausgleichsgesetz M-V für übergemeindliche Aufgaben nach § 16 FAG mit 4.354,2 TEUR und der investive Anteil aus den Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG mit 666,2 TEUR. Aus dem Landeshaushalt M-V erhielten die Kommunen in den Jahren 2014 - 2016 Sonderhilfen, die die Hansestadt Stralsund in Höhe von 316,8 TEUR für investive Zwecke lt. der Haushaltsplanung einsetzen wollte. Davon sind 130,0 TEUR zur Finanzierung der geplanten Investitionen verwendet worden. Der Restbetrag von 186,8 TEUR ist als Anzahlung auf Sonderposten verbucht. Fördermittel des Landes sind u.a. i.H.v. 401,3 TEUR in das „Maritime Industrie- und Gewerbegebiet Franzenshöhe, 2. BA“ und i.H.v. 1.731,5 TEUR in den „Touristischen Radweg“ geflossen.

Abweichungen ergeben sich aus zweckgebundenen Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen, die auf Grundlage von Bewilligungsbescheiden ausgereicht und nach Fortschritt der Vorhaben ausgezahlt werden. Eine Vielzahl von Investitionen konnte in der Ausführung nicht so zügig realisiert werden, wie die Vorhabens- und Haushaltsplanung es vorsahen. Die Mindereinzahlungen ergeben sich im Wesentlichen aus den großen Investitionsvorhaben (siehe hierzu auch die Tabelle zum Vergleich der fortgeschriebenen Planansätze zu den tatsächlichen Ein- und Auszahlungen).

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	832.069,75	545.000,00	419.129,29	-125.870,71	-412.940,46

Zur Refinanzierung von Investitionskosten wurden Straßenbaubeiträge erhoben und kassenmäßig in 2014 vereinnahmt für die Maßnahmen zum Ausbau der Ziegelstraße, des Frankendamms, der Straße „Im Grunde“ und einer Vielzahl kleinerer Straßen.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	85.005,28	1.739.100,00	359.917,61	-1.379.182,39	274.912,33

Der Kernhaushalt hat vom Sanierungsträger im Jahr 2014 gezahlte Eigenanteile für die Theatersanierung zurückerhalten, da sie nach der Abrechnung und Anerkennung der Förderfähigkeit zur Finanzierung nicht mehr notwendig waren.

Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen waren planungsseitig vorgesehen zur Reduzierung der Auszahlungen für die Eigenanteile der Städtebauförderung, von denen auf Grundlage der Jahresabschlüsse der Städtebaulichen Sondervermögen Anteile u.a.

ergebniswirksam mit dem Jahresabschluss zu verbuchen sind. Die Verteilung der unterjährigen Zahlungen von den Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände auf Anzahlungen für Sachanlagen bzw. auf Aufwendungen im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen erfolgte direkt aus den Auszahlungssachkonten. Weitere Mindereinzahlungen ergeben sich im Wesentlichen aus den nicht geflossenen Eigenanteilen der Unternehmen für die großen Investitionsvorhaben (siehe hierzu auch die Tabelle zum Vergleich der fortgeschriebenen Planansätze zu den tatsächlichen Ein- und Auszahlungen).

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+Einzahlungen aus Sachanlagen	7.332.969,64	49.407,14	536.246,80	486.839,66	-6.796.722,84

Aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen sind Einzahlungen erfolgt, u.a. aus dem Verkauf eines Grundstücks i.H.v. 450,0 TEUR und aus dem Verkauf abgeschriebener Fahrzeuge i.H.v. 50,5 TEUR.

Die Abweichung zur Ermächtigung entsteht dadurch, dass die Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken als Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten geplant waren, verbucht wurden sie bei den einzelnen Bilanzkonten des Sachanlagevermögens.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+Einzahlungen aus sonstigen Ausleihen und Kreditgewährungen	15.512,05	18.300,00	21.538,33	3.238,33	6.026,28

Die Einzahlungen resultieren aus dem Rückfluss von Wohnungsbaudarlehen und der Tilgung eines Darlehens für eine private Kindertagesstätte.

Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+Einzahlungen aus Vorräten	1.367.065,54	716.224,94	1.890.635,75	1.174.410,81	523.570,21

Die Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, die in der Haushaltsplanung zusammengefasst bei den Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten geplant waren, wurden einzelnen Bilanzkonten des Sachanlagevermögens zugeordnet bzw. ergebniswirksam als Ertrag verbucht. Die Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten, hier insbesondere aus dem Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken sind mit 1.890,6 TEUR um 1.174,4 TEUR gegenüber der Haushaltsplanung übererfüllt.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt-ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
-Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	5.338.120,92	18.612.894,53	1.229.429,86	-17.383.464,67	-4.108.691,06

Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände sind im Wesentlichen für Anzahlungen zu Investitionsförderungsmaßnahmen und für die Anzahlung der Eigenanteile im Rahmen der Städtebauförderung geplant gewesen. Auf Grundlage der Jahresabschlüsse der Städtebaulichen Sondervermögen 2014 werden die geleisteten Anzahlungen in Höhe von 1.235,4 TEUR entsprechend der Mittelverwendung umbucht, z.B. in die Posten Anzahlungen auf Sachanlagevermögen oder in die Ergebnisrechnung.

Minderauszahlungen von 11.945,0 TEUR ergeben sich auch in dieser Position aus den noch nicht begonnenen großen Investitionsvorhaben (siehe hierzu auch die Tabelle zum Vergleich der fortgeschriebenen Planansätze zu den tatsächlichen Ein- und Auszahlungen).

Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 4.233,7 TEUR wurden in das Haushaltsjahr 2015 vorgetragen, darunter 4.201,5 TEUR für Eigenanteile im Rahmen der Städtebauförderung.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
-Auszahlungen für Sachanlagen	7.072.865,85	15.457.027,01	6.122.571,77	-9.334.455,24	-950.294,08

Auszahlungen für Sachanlagen erfolgten für:

- Erwerb unbebauter Grundstücke	2,7 TEUR
- Baumaßnahmen aus dem Städtebaulichen Sondervermögen	1.052,6 TEUR
- Erwerb von Infrastrukturvermögen	45,9 TEUR
- Baumaßnahmen des Infrastrukturvermögens	89,5 TEUR
- Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	831,5 TEUR
darunter: Feuerwehrfahrzeuge	587,0 TEUR
Spielgeräte für Spielplätze	101,2 TEUR
- Bewegliche Sachen des AV u.a. für die Ausstattung der Schulen	627,9 TEUR
- Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau	3.472,4 TEUR
darunter: Zaunanlage Jahnsportstätte	50,9 TEUR
Sanierung Carl-Heydemann-Ring	188,9 TEUR
Ersatzneubau Spundwand Ippenkei	440,4 TEUR
Ersatzneubau Leitwerk Nordmole	97,5 TEUR
Anleger Ostmole (Wasserwanderrastplatz)	72,1 TEUR
Herstellung Gasometerweg	166,0 TEUR
Hochwasserschutz Lotsenhaus	58,3 TEUR
Montessori-GS Lambert Steinwich	141,4 TEUR
Kunstrasenplatz Paul-Greifzu-Stadion	239,8 TEUR
Ausbau Große Parower Straße	181,1 TEUR
Sanierung Krummer Weg 2. BA	136,7 TEUR
Touristischer Ostseeküstenradweg	1.219,5 TEUR

Eine Vielzahl von Investitionsmaßnahmen wurde nicht wie geplant realisiert. Dies führte im Vergleich der Ermächtigungen zum Ergebnis 2014 zu einer Abweichung von 9.334,5 TEUR. Die größte Abweichung verursacht das Vorhaben „Wasserwanderrastplatz an der Ostmole“ mit 5.075,9 TEUR.

Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 3.945,2 TEUR mussten in das Haushaltsjahr 2015 für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen vorgetragen werden.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
-Auszahlungen für Finanzanlagen	0,00	8000,00	0,00	-8.000,00	0,00

Für die Gründung des Zweckverbandes maritimer Lückenschluss Warnemünde – Stralsund war die Zahlung einer Stammeinlage von 8,0 TEUR vorgesehen. Der Zweckverband wurde nicht gegründet.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
-Auszahlungen für Vorräte	7810,62	15000,00	350,00	-14.650,00	-7.460,62

Der geplante Erwerb eines unbebauten Grundstücks wurde im Haushaltsjahr 2014 nicht realisiert.

Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
-Sonstige Investitionsauszahlungen	8.004,26	2.319.481,10	2.354.024,63	34.543,53	2.346.020,37

Im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 19.11.2019 über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Hansestadt Stralsund ist mit der Beanstandung B 10 ein Verstoß gegen § 33 Abs. 1 GemHVO- Doppik i. V. mit den Punkten 26.2.1. und 26.2.1.1. der

Verwaltungsvorschrift zur Sanierungsmaßnahme am Gebäude der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ festgestellt worden, der zur Einschränkung des Bestätigungsvermerks führte. Der Auffassung des Kämmereiamtes und des Fachamtes zur Einordnung der Sanierungsmaßnahme als Investition in Hinblick auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Planung dieser Maßnahme infolge des Paradigmenwechsels von der kameralen zur doppischen Haushaltsführung, beginnend ab dem Jahr 2011, und des gemeinsamen Vorschlags zur Aktivierung der Maßnahme, bereinigt um die „offensichtlichen“ Aufwendungen, und dies als eine ausdrückliche Einzelfallentscheidung darzustellen, konnte das Rechnungsprüfungsamt nicht folgen. Nach Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes sind bei der Sanierung des Gebäudes der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ Erhaltungsaufwendungen in Höhe von 3.165.558,51 EUR abzurechnen. Der korrespondierende Sonderposten bzw. die Zuwendung beläuft sich auf einen Wert in Höhe von 846.077,41 EUR. Eine entsprechende Verbuchung war wegen der Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 ausschließlich im Jahresabschluss 2014 vorzunehmen.

Diese Korrektur verbessert mit Stand 31.12.2014 den Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit um 2.319.481,10 EUR und verschlechtert den Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen um den gleichen Betrag und hätte zudem nachhaltige Auswirkungen auf den Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit der Hansestadt Stralsund in der aktuellen Haushaltsführung.

Die Hansestadt Stralsund hat demzufolge einen Antrag auf eine Ausnahme zur Finanzierung des sich durch die Korrektur zur o. g. Maßnahme hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Erhaltungsaufwand und Investition ergebenden verschlechternden Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen nach § 16 Abs. 2 Nummer 2 durch die Einzahlung aus der Investitionstätigkeit im Sinne § 12 Nr. 5 GemHVO-Doppik gestellt.

Das Ministerium für Inneres und Europa hat den Antrag der Hansestadt Stralsund mit Datum vom 20.10.2020 genehmigt.

Damit werden die finanziellen Auswirkungen der Zuweisungen aus der Konsolidierungsvereinbarung und auch die eigenen Konsolidierungsbemühungen der Hansestadt Stralsund in der aktuellen Haushaltsführung nachhaltig den Konsolidierungsprozess gleichbleibend positiv beeinflussen. Weitere Ausführungen siehe auch unter Bilanzpositionen A 1.2 Sachanlagen.

Eine sonstige Investitionsauszahlung erfolgte für die zeitweise Rückzahlung von Fördermitteln für eine Straßenbaumaßnahme, da es in dem vorgegebenen Zeitraum nicht möglich war, die Mittelverwendung nachzuweisen.

In der Haushaltssatzung 2014 waren Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6.476,0 TEUR festgesetzt. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat in den Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2014 einen Teilbetrag i.H.v. 1.476,0 TEUR genehmigt. Die Verpflichtungsermächtigung von 5.000,0 TEUR für das Vorhaben „Erweiterung Ozeaneum am Quartier 65“ wurde nicht genehmigt. Das Vorhaben wurde auch in den Folgejahren nicht realisiert.

Eine Inanspruchnahme der genehmigten Verpflichtungsermächtigungen erfolgte i.H.v. 16,4 TEUR.

In der Zusammenfassung ist festzustellen, dass das Investitionsprogramm in der Haushaltsdurchführung nur teilweise umgesetzt werden konnte. Die hohen Beträge der Ermächtigungsübertragungen zeigen, dass die Realisierung der Investitionen, insbesondere der großen Investitionsvorhaben, einen längeren Vorbereitungszeitraum erfordert.

Finanzmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2013	Gesamt- ermächtigung 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis 2014 / Ermächtigung	Vergleich Ergebnis 2014 / Ergebnis 2013
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	24.321.309,47	3.520.700,00	3.200.660,26	-320.039,74	-21.120.649,21
- Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.738.669,66	7.240.700,00	3.623.399,40	-3.617.300,60	-115.270,26
- sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	24.321.309,47	0,00	3.200.660,26	3.200.660,26	-21.120.649,21
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-3.738.669,66	-3.720.000,00	-3.623.399,40	96.600,60	115.270,26
Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	-914.868,46	0,00	-364.833,91	-364.833,91	550.034,55
Veränderung der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	2.358.461,54	-20.344.280,88	5.528.786,59	25.873.067,47	3.170.325,05

Kreditaufnahmen für Investitionen erfolgten nur im Rahmen der Umschuldung in Höhe von 3.200,7 TEUR.

Für drei Investitionsdarlehen endete im Jahr 2014 die Zinsbindung. Davon ist für zwei Darlehen davon die termingerechte Tilgung unterjährig aus Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zwischenfinanziert worden. Zum 30.10.2014 wurden alle drei Kredite auf ein neues Darlehen mit variabler Verzinsung umgeschuldet.

Die bestehenden Investitionskredite wurden in Höhe von 3.623,4 TEUR getilgt.

Zum 31.12.2014 weist die Hansestadt Stralsund Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit in Höhe von 7.500.000,00 EUR aus. Demgegenüber stehen liquide Mittel in Höhe von 2.018.310,95 EUR. Der Saldo beträgt -5.481.689,05 EUR.

Die Verbesserungen gegenüber dem Vorjahresstand von -11.010.475,64 EUR resultieren aus dem positiven Ergebnis der ordentlichen Ein- und Auszahlungen von +5.513.009,65 EUR und aus dem positiven Ergebnis der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von +4.004.010,25 EUR. Hierbei ist zu beachten, dass die Ergebnisse stichtagsbezogen sind und insbesondere sich das Ergebnis aus der Investitionstätigkeit mit der Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragungen in Folgejahren relativiert.

Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden auch Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern erfasst, die für Dritte ein- oder ausgezahlt werden und den Zahlungsmittelbestand verändern. Im Jahr 2014 ergab sich hieraus ein negativer Finanzierungssaldo von -364.833,91 EUR, maßgeblich aus Verwahrungen im Zusammenhang mit der Abrechnung von Leistungen des Sozialbereichs und aus personalwirtschaftlichen Abrechnungen sowie aus Vorschüssen aus der Rechnungsabgrenzung der Besoldung und aus Tilgungsraten für die Darlehen aus dem Kommunalen Aufbaufonds. Das Landesförderinstitut M-V (LFI) hatte Lastschriften mit Fälligkeit 02.01.2015 bereits am 30.12.2014 eingelöst. Der Betrag für die Tilgungsleistungen von 416.319,91 EUR wurde zu Lasten eines Vorschusskontos im Haushaltsjahr 2014 gebucht und gleichzeitig eine Forderung gegenüber dem LFI in die Bilanz aufgenommen. Die Verrechnung erfolgt im Haushaltsjahr 2015.

Angaben zu den Teilrechnungen

Gemäß § 46 GemHVO-Doppik in der Fassung vom 01. August 2019 wird dem Jahresabschluss 2014 nur eine Übersicht über die Finanzdaten der Teilrechnungen beigelegt.

Interne Leistungsbeziehungen wurden für das Haushaltsjahr 2014 nicht verbucht.

In den Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen hat sich das Jahresergebnis 2013 durch die Anbindung von Sachkonten an neue Kostenträger im Haushaltsjahr 2014 zwischen den Leistungen, Produkten und Teilhaushalten teilweise verschoben.

Die Summe aller Teilhaushalte mit den „Ergebnissen des Vorjahres“ entspricht im Jahresabschluss 2014 den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2013.

Im Anhang ist gemäß § 48 Absatz 3 GemHVO-Doppik M-V über die Erfüllung der zu den wesentlichen Produkten vorgegebenen Ziele, Leistungsmengen und Kennzahlen zu berichten. Die Hansestadt Stralsund hatte im Haushaltsplan 2014 noch keine Ziele, Leistungsmengen und Kennzahlen festgeschrieben.

8. Sonstige Angaben

1. Personalbestand

(§ 48 Abs. 4 GemHVO-Doppik)

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne die in Ausbildung befindlichen Personen) zeigt folgende Übersicht.

Personal	durchschnittliche Anzahl 2013	durchschnittliche Anzahl 2014
<u>Beamte</u>		
- in Personen	94	92
- in Vollzeit- äquivalenten	92	90
<u>Beschäftigte</u>		
- in Personen	492	486
- in Vollzeit- äquivalenten	420	435

2. Ausgeübte Wahlrechte in Bezug auf die Erfassung und Bewertung

(§ 48 Abs. 5 Nr. 2 GemHVO-Doppik)

Verzicht auf Bildung von Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und nicht abgeleitete Überstunden (§ 35 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik)

Verzicht auf Bildung von Rückstellungen für Kosten der internen Jahresabschlusserstellung und Jahresabschlussprüfung (§ 35 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik)

3. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse bilanzierter Vermögensgegenstände

(§ 48 Abs. 5 Nr. 3 GemHVO-Doppik)

Aufgrund des Vorsichtsprinzips wurde auf die Bilanzierung ungeklärter Eigentumsverhältnisse verzichtet.

4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

(§ 48 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO-Doppik)

Unterlassene Instandhaltungen

Für unterlassene Instandhaltungen an Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden im Haushaltsjahr 2014 keine neuen Rückstellungen auf Grundlage des § 35 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO-Doppik gebildet.

Für die im Jahr 2013 neu gebildete sonstige Rückstellung für sonstige finanzielle Verpflichtungen für die Restaurierung des Bücherbestandes im Stadtarchiv erfolgte eine Umgliederung in der Rückstellungsposition. Diese Rückstellung wird ab 2014 als Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in der Bilanz geführt. Durch die geschätzten Gesamtkosten von ca. 1.000 TEUR ergab sich im Jahr 2013 eine Verpflichtung von 766 TEUR, der im Jahr 2013 noch nicht nachgekommen werden konnte, die dem Grunde nach jedoch zu erwarten war, aber deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss waren.

Für die Restaurierungsleistungen wurden 2014 179 TEUR in Anspruch genommen. Somit hat diese Rückstellung einen Restbestand per 31.12.2014 von 587 TEUR.

Sonstige Rückstellungen, die in der Bilanz unter dem Posten „Sonstige Rückstellungen“ nicht gesondert ausgewiesen werden

Die sonstigen Rückstellungen sind unter der Bilanzposition Passiva 3.3 Sonstige Rückstellungen erläutert und in der Rückstellungsübersicht (Anlage 6) ausgewiesen. Andere Rückstellungen wurden nicht gebildet.

Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, bestehen zum 31.12.2014 für die Rückführung des verkauften Bücherbestandes der Gymnasialbibliothek. Nachdem ca. 90 Prozent des veräußerten Bestandes bereits zurückgeführt wurden, ist die finanzielle Belastung für den Rückerwerb der restlichen 10 Prozent nicht einschätzbar, da ein Teil aufgrund des sehr schlechten Zustandes vom Antiquar vernichtet wurde und der andere Teil weiterveräußert worden ist.

5. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten sowie weitere Sachverhalte oder sonstige Haftungsverhältnisse, die nicht in der Bilanz auszuweisen sind und aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können
(§ 48 Abs. 5 Nr. 5 GemHVO-Doppik)

Verpflichtungen aus Leasingverträgen u. kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen seitens der Hansestadt Stralsund für Fahrzeuge in der Abteilung Straßen und Stadtgrün (Fuhrpark). Zum Bilanzstichtag waren 18 Fahrzeuge geleast. Der Gesamtbetrag aller Leasingverträge beträgt bezogen auf das Haushaltsjahr 109.161,22 EUR. Für einen LKW Multicar M30 besteht seit 2011 ein Mietkaufvertrag mit einer Jahresrate von 10.867,32 EUR.

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten und Bürgschaften

Die am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsverhältnisse sind in der Anlage 7 des Anhangs aufgeführt. Es bestehen Kreditbürgschaften gegenüber drei Unternehmen und zwei Zuwendungsbürgschaften mit einer verbürgten Restschuld per 31.12.2014 i. H. v. 7.408.394,27 EUR.

Des Weiteren bestehen Ausfallbürgschaften für Mietkautionen, welche als sonstige Rückstellung für bilanzielle Verpflichtungen bilanziert wurden (siehe Bilanzposition 3.3 Sonstige Rückstellungen). Gegenüber dem Stand per 31.12.2013 in Höhe von 126.704,65 EUR reduziert sich infolge der Inanspruchnahme in Höhe von 21.281,50 EUR im Jahr 2014 der Stand per 31.12.2014 auf 105.423,15 EUR.

Mitgliedschaften

Die Zusammensetzung der Mitgliedschaften ist aus der in der Anlage 8 beigefügten Übersicht über die Mitgliedschaften ersichtlich.

Sonstige wesentliche Verträge

Wesentliche Verträge liegen vor, wenn die wiederkehrende Laufzeit über einem Jahr liegt und das jährliche Vertragsvolumen 10.000,00 EUR übersteigt. Die wesentlichen verpflichtenden Verträge sind in einer Übersicht dargestellt, siehe dazu Anlage 9 des Anhangs.

Sonstige nicht in der Bilanz auszuweisende Haftungsverhältnisse

Zwischen der Hansestadt Stralsund als Nutzer und der Liegenschafts-entwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH (LEG) als Eigentümer des Gebäudes Hansa-Gymnasium wurde ein langfristiger Mietvertrag geschlossen.

Seitens der LEG wurden die Vertragsentgelte aus diesem Mietvertrag durch einen Forderungskaufvertrag an die UniCredit Bank AG, München abgetreten. Zum Bilanzstichtag haben diese Verbindlichkeiten einen Wert von 5.730.104,09 EUR.

Sonstige nicht in der Bilanz auszuweisende Haftungsverhältnisse lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Hansestadt Stralsund Ankaufsverpflichtungen nach dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz für 64 Grundstücke mit einer Fläche von ca. 25.151 Quadratmetern. Der Kaufpreis einschließlich Nebenkosten beläuft sich auf ca. 238,3 TEUR.

Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag ergeben könnten, sind nicht identifiziert.

In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Im Haushaltsplan 2013 wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 8.613.000,00 EUR festgesetzt. Davon wurde im Haushaltsjahr 2014 keine Auszahlung fällig.

Mit Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2014 wurden insgesamt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6.476.000,00 EUR veranschlagt. Im Schreiben vom 31.07.2014 hat das Ministerium für Inneres und Sport in den rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2014 den Gesamtbetrag teilweise in Höhe von 1.476.000,00 EUR genehmigt. Daraus erfolgte bis zum 31.12.2014 eine Beanspruchung gemäß § 48 Abs. 5 Nr. 5 GemHVO Doppik M-V in Höhe von 16.380,95 EUR für die Maßnahme „Sanierung Vogelwiese im Abschnitt Lindenstraße bis Gagarin-Schule (Abwasserkonzept)“. Die Verpflichtungsermächtigungen waren für folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verpflichtungsermächtigung	Gesamtbetrag in TEUR	Inanspruchnahme zum 31.12.2014
Straßensanierung Gr. Parower Straße (Naumann-Straße bis H.-Heine Ring)	560,0	0,0
Straßenausbau Oberweg (Abwasserkonzept)	160,0	0,0
Sanierung Vogelwiese im Abschnitt Lindenstraße bis Gagarin-Schule	656,0	16,4
Sanierung Bachstraße (Abwasserkonzept)	100,0	0,0
Erweiterung Ozeaneum	5.000,0	nicht genehmigt
Summe	6.476,0	16,4

6. Haftungsrisiken aus der Zusatzversorgung von Arbeitnehmern

(§ 48 Abs. 5 Nr. 6 GemHVO-Doppik)

Die Beschäftigten der Hansestadt Stralsund sind bei der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern versichert. Die Kasse hat die Aufgabe, durch Versicherung den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und der dazu erlassenen Durchführungsvorschriften zu gewähren. Die Mittel der Kasse werden durch Umlagen und Zusatzbeiträge zum Aufbau eines Kapitalstocks erbracht. Dabei wird ein Umstieg auf das Kapitaldeckungsverfahren angestrebt. Die Höhe der Umlage betrug für das Jahr 2014 1,3 % und der Zusatzbeitrag 4 %. Die tarifvertragliche Vereinbarung sieht eine Eigenbeteiligung der Beschäftigten von 2 % vor. Im Jahr 2014 betrug die Umlageverpflichtung und der Zusatzbeitrag des Arbeitgebers ohne die Eigenbeteiligung der Beschäftigten 651,2 TEUR.

7. Mitgliedschaft in einem Sparkassenzweckverband

(§ 48 Abs. 5 Nr. 7 GemHVO-Doppik)

Die Hansestadt Stralsund ist Mitglied im „Sparkassenzweckverband für die Sparkasse Vorpommern“. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbandes ist die Trägerschaft der Sparkasse Vorpommern mit dem Sitz in Greifswald.

Der Zweckverband wird gemäß § 4 der Satzung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vorpommern zum 31.12.2014 von folgenden Gebietskörperschaften getragen:

- Landkreis Vorpommern-Rügen	47,6 %
- Landkreis Vorpommern-Greifswald	26,2 %
- Universitäts- und Hansestadt Greifswald	17,5 %
- Hansestadt Stralsund	8,7 %

8. Erträge und Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung

(§ 48 Abs. 5 Nr. 8 GemHVO-Doppik)

Der Jahresabschluss 2014 enthält keine Erträge und Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung.

9. Derivative Finanzinstrumente

(§ 48 Abs. 5 Nr. 9 GemHVO-Doppik)

Derivative Finanzinstrumente bestehen in Form eines Zinsswapvertrages aus dem Jahr 2006, der ausschließlich zum Zweck der Zinssicherung und -optimierung von Investitionsdarlehen geschlossen wurde.

Gegenüber der stichtagsbezogenen Marktbewertung vom 31.12.2013 von - 1.935.614,08 EUR zeigt sich ein um 439.153,69 EUR reduzierter stichtagsbezogener Wertverlust von -1.496.460,39 EUR. Dieser Wertverlust führt nur im Fall der Veräußerung zu erhöhten Aufwendungen. Eine Veräußerung ist nicht erfolgt. Der Zinsswapvertrag wurde im Jahr 2016 planmäßig beendet.

Kategorie	Art	Umfang	Beizulegender Wert in EUR	Buchwert in EUR	Bilanzposten	Erläuterung zu den angewandten Bewertungsmethoden
Zinsbezogenes Geschäft	Swap	19.000.000,00	-1.496.460,39 (negativer Wert)	0	-	Marktbeurteilung

10. Ausgleich von Kostenunterdeckungen

(§ 39 Abs. 2 GemHVO-Doppik)

Gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind Kostenunterdeckungen, die ausgeglichen werden sollen, im Anhang anzugeben. Das Jahresergebnis 2014 zeigt für das Produkt 54501 Straßenreinigung gemäß Gebührenkalkulation des Jahres 2015 keine Unterdeckung in der Sommerreinigung und beim Winterdienst.

11. Zusammensetzung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Die Zusammensetzung der zum Bilanzstichtag vorhandenen liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird in der Anlage 11 des Anhangs dargestellt.

Im Muster 5 a erfolgt mit dem Jahresabschluss 2014 eine Korrektur der Zusammensetzung des „Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit“ für folgende Sachverhalte:

- a) Liquiditätshilfe Speedwaybande (Eröffnungsbilanz) – Verbesserung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 40.000,00 EUR, Verschlechterung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 28.000 EUR, Verschlechterung des Saldos der durchlaufenden Gelder um 12.000 EUR
- b) Mönchstraße 27 (siehe Punkt 5 Bilanzposition A 1.2) – Verschlechterung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 168.360,55 EUR, Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 168.360,55 EUR
- c) Mönchstraße 25 Welterbe (siehe Punkt 5 Bilanzposition A 1.2) – Verschlechterung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 66.666,06 EUR, Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 66.666,06 EUR
- d) Frankenwall BA1/2 (siehe Punkt 5 Bilanzposition A 1.2) – Verschlechterung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 3.671,35, Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 3.671,35 EUR
- e) Korrektur der Vorsteuer 2014 Investitionsmaßnahmen Ippenkei und Nordmole - Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 66.391,75 EUR, Verschlechterung des Saldos der durchlaufenden Gelder um 66.391,75 EUR
- f) Korrektur der Vorsteuer/Umsatzsteuer 2014 laufende Vorgänge - Verbesserung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 53.157,13 EUR, Verschlechterung des Saldos der durchlaufenden Gelder um 53.157,13 EUR
- g) Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ (siehe Punkt 5 Bilanzposition A 1.2) – Verschlechterung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 2.319.481,10 EUR, Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 2.319.481,10 EUR

Zur Erläuterung der Positionen e) und f): Infolge von Verwaltungsentscheidungen aus dem Jahr 2013 wurde die Verbuchung der umsatzsteuerlichen Sachverhalte verändert. Die Abrechnung der umsatzsteuerlichen Sachverhalte des Jahres 2014 wurde über das Verwahrkonto durchgeführt und zahlungswirksam und leistungsscharf als Aufwendungen und Erträge in das HHJ 2015 verbucht. Um die Forderung an das Finanzamt aus der USt-Jahreserklärung 2014 periodengerecht abzubilden, wurden die Korrekturen im Aufwands- und Ertragsbereich und die Vorsteuersachverhalte im Investitionsbereich im Jahresabschluss 2014 zahlungsunwirksam verbucht. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 werden die hier vorgenommenen Korrekturen berücksichtigt.

Zusammenfassend ergeben sich eine Verschlechterung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um 2.465.021,93 EUR, eine Verbesserung des Saldos der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit um 2.596.570,81 EUR sowie eine Verschlechterung des Saldos der durchlaufenden Gelder um 131.548,88 EUR

12. Fortgeltende Ermächtigungen

(§ 53 GemHVO-Doppik)

Gemäß § 53 GemHVO-Doppik ist der Bilanz die „Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen“ (Anlage 10) beigelegt.

Stralsund, 20.11.2020



Dr.-Ing. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

9. Kennzahlen zum Jahresabschluss 2014

Nach § 48 Absatz 3 GemHVO Doppik M-V ist im Anhang des Jahresabschlusses über die Erfüllung der zu den wesentlichen Produkten vorgegebenen Ziele, Leistungsmengen und Kennzahlen sowie über die Umsetzung des Investitionsprogrammes zu berichten. Dadurch soll dem Leser ein Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Hansestadt Stralsund ermöglicht werden. Da im Haushaltsplan 2014 weder Ziele zu den wesentlichen Produkten formuliert, noch Kennzahlen bestimmt wurden, ist keine Analyse gemäß § 48 Absatz 3 GemHVO Doppik M-V möglich.

Nachfolgend wird jedoch ausgehend vom Jahresabschluss 2014 eine Kennzahlendarstellung zur Beurteilung der Gesamthaushaltslage der Hansestadt Stralsund im Jahresvergleich vorgenommen.

Bilanzstruktur

a. Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen Vermögen und Schulden. Die Eigenkapitalquote ist eine Kennzahl, welche zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Diese Kennzahl dient dazu, die finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit der Hansestadt Stralsund gegenüber Fremdkapitalgebern darzustellen.

Formel	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	46,79	44,88	45,23	46,07

Die Eigenkapitalquote liegt im Zeitraum vom 2011-2014 über 44%. Sie ist somit positiv und entspricht daher dem gesetzlichen Überschuldungsverbot. Maßgeblich bei dieser Kennzahl ist eine mittel- und langfristige Entwicklung dieser, um zu prüfen, ob die Hansestadt Stralsund kurzzeitigen Schwankungen begegnen kann und einen konstanten Ressourceneinsatz vornimmt.

b. Anlagenintensität

Diese Kennzahl stellt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen der Hansestadt Stralsund dar. Eine hohe Anlagenintensität bedeutet viel gebundenes Kapital im Anlagevermögen.

Formel	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	95,52	96,52	97,51	97,43

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist mit durchschnittlich 96,75 % sehr hoch. Damit einhergehend sind hohe Abschreibungen sowie Instandhaltungskosten auch für die künftigen Jahre.

c. Infrastrukturquote

Das Infrastrukturvermögen in der Bilanz umfasst die Verkehrs-, sowie die Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Die Kennzahl gibt Auskunft über den Anteil des Infrastrukturvermögens am gesamten Vermögen einer Gebietskörperschaft.

Formel	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	36,78	36,69	36,80	38,00

Der steigende Wert zeigt auf, dass in den Jahren 2011-2014 in das Infrastrukturvermögen investiert wurde.

d. Abschreibungsintensität

Die Abschreibungsintensität zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Formel	$\frac{\text{Abschreibungen Anlagevermögen} \times 100}{\text{Summe der ordentlichen Aufwendungen}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	8,81*	13,87	13,73	13,07

*Im Zuge der Landkreisneuordnung sind Aufgaben an den Landkreis Vorpommern-Rügen übergegangen. Dementsprechend sind die ordentlichen Gesamtaufwendungen ab 2012 erheblich geringer, insbesondere durch den Wegfall des Aufgabenbereiches Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Finanzierungsstruktur

e. Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt die Höhe der Schulden an, die zur Finanzierung des kommunalen Vermögens erforderlich sind. Durch die Aufnahme von Krediten erhöht sich der Verschuldungsgrad.

Formel	$\frac{(\text{Rückstellungen} + \text{Verbindlichkeiten} + \text{pRAP}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	27,51	28,49	28,08	27,21

Der Verschuldungsgrad ist in den Jahren von 2011-2014 leicht gefallen, sodass die Hansestadt Stralsund in einem positiven Trend im Sinne der Generationengerechtigkeit liegt und sich stetig weniger in Abhängigkeit von Fremdkapitalleistern befindet.

f. Zinslastquote

Die Zinslastquote ist ein Indikator für die Beurteilung des Einflusses der Kredite auf die Haushaltslage.

Formel	$\frac{\text{Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Summe der ordentlichen Aufwendungen}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	3,03*	4,35	3,78	2,65

*Im Zuge der Landkreisneuordnung sind Aufgaben an den Landkreis Vorpommern-Rügen übergegangen. Dementsprechend sind die ordentlichen Gesamtaufwendungen ab 2012 erheblich geringer, insbesondere durch den Wegfall des Aufgabenbereiches Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Vermögensstruktur

g. Durchschnittliche Restnutzungsdauer

Diese Kennzahl zeigt auf, in wie vielen Jahren das gesamte Vermögen abgeschrieben wäre, wobei die Spezifik der Vermögensgegenstände und deren Abschreibungszeiträume im Einzelnen zu betrachten wäre.

Formel	$\frac{\text{immaterielle Vermögensgegenstände u. Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in Jahren	39,28	37,68	36,66	33,78

h. Reinvestitionsquote

Die Reinvestitionsquote beschreibt, in welchem Umfang die gesamten Investitionen im Haushaltsjahr durch die jährlichen Abschreibungen erwirtschaftet wurden. Liegt die Reinvestitionsquote bei über 100%, so hat sich das Anlagevermögen durch Neuinvestitionen erhöht.

Formel	$\frac{\text{Ausz. für immat. Vermögensgegenstände u. Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	105,07	78,64	84,68	47,81

Aufwands- und Ertragsstruktur

i. Deckungsgrad der ordentlichen Verwaltungstätigkeiten

Der Deckungsgrad der ordentlichen Verwaltungstätigkeit zeigt, wie hoch die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können. Diese Kennzahl ist ein Indiz dafür, ob die Hansestadt Stralsund dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit gerecht wird oder über ihre Verhältnisse wirtschaftet.

Formel	$\frac{\text{Summe der ordentlichen Erträge} \times 100}{\text{Summe der ordentlichen Aufwendungen}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	91,88	84,81	96,36	98,66

j. Steuer-Ertrags-Quote

Diese Kennzahl gibt an, zu welchem Anteil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzzuweisungen ist.

Formel	$\frac{\text{Steuern und ähnliche Abgaben} \times 100}{\text{Summe der ordentlichen Erträge}}$			
Haushaltsjahr	2011	2012	2013	2014
Wert in %	26,88*	35,15	34,71	33,47

*Im Zuge der Landkreisneuordnung sind Aufgaben an den Landkreis Vorpommern-Rügen übergegangen. Dementsprechend sind die ordentlichen Gesamtaufwendungen ab 2012 erheblich geringer, insbesondere durch den Wegfall des Aufgabenbereiches Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Anlagen

Anlage 1

Übersicht über Erträge und Aufwendungen



Übersicht über Erträge und Aufwendungen zur Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß §44 Absatz 2 GemHVO-Doppik)	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen 2013	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014
		in EUR			4	5
		1	2	3		
01	+ Steuern und ähnliche Abgaben	37.276.480,43	0,00	37.276.480,43	38.862.055,67	1.585.575,24
	darunter:					
	1.1 Grundsteuer A	20.000,00	0,00	20.000,00	20.596,38	596,38
	1.2 Grundsteuer B	6.300.000,00	0,00	6.300.000,00	6.618.784,95	318.784,95
	1.3 Gewerbesteuer	13.321.080,43	0,00	13.321.080,43	13.977.409,60	656.329,17
	1.4 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	12.005.400,00	0,00	12.005.400,00	12.637.088,34	631.688,34
	1.5 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.511.200,00	0,00	2.511.200,00	2.485.324,16	-25.875,84
	1.6 Sonstige Gemeindesteuern	680.000,00	0,00	680.000,00	698.322,01	18.322,01
	1.7 Ausgleichsleistungen vom Land	2.398.800,00	0,00	2.398.800,00	2.398.862,23	62,23
	1.8 Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	37.353.249,96	0,00	37.353.249,96	46.276.825,83	8.923.575,87
	darunter:					
	2.1 Schlüsselzuweisungen	15.374.300,00	0,00	15.374.300,00	15.987.625,59	613.325,59
	2.2 Bedarfszuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.3 Sonstige allgemeine Zuweisungen	9.540.700,00	0,00	9.540.700,00	9.540.755,27	55,27
	2.4 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	8.470.749,96	0,00	8.470.749,96	8.647.577,81	176.827,85
	2.5 Allgemeine Umlagen vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.6 Allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.7 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.967.500,00	0,00	3.967.500,00	12.100.867,16	8.133.367,16
03	+ Erträge der sozialen Sicherung	75.500,00	0,00	75.500,00	116.047,72	40.547,72
	darunter:					
	3.1 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	0,00	0,00	0,00	27.887,89	27.887,89
	3.2 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	0,00	0,00	0,00	2.784,15	2.784,15
	3.3 Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen	22.500,00	0,00	22.500,00	22.500,00	0,00
	3.4 Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe	0,00	0,00	0,00	15.260,56	15.260,56
	3.5 Kostenerstattungen von anderen Sozialhilfeträgern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	3.6 Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	3.7 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	53.000,00	0,00	53.000,00	47.615,12	-5.384,88
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.866.020,49	0,00	5.866.020,49	4.568.830,88	-1.297.189,61
	darunter:					
	4.1 Verwaltungsgebühren einschließlich Erstattung von Auslagen	1.545.715,90	0,00	1.545.715,90	1.551.268,00	5.552,10
	4.2 Benutzungsgebühren, Beiträge (soweit diese nicht in einem Sonderposten zu erfassen sind) und ähnliche Entgelte, Kostenerstattungen	3.047.104,59	0,00	3.047.104,59	2.684.566,97	-362.537,62
	4.3 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	1.273.200,00	0,00	1.273.200,00	301.895,91	-971.304,09
05	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	5.605.455,00	0,00	5.605.455,00	6.040.646,12	435.191,12
	darunter:					
	5.1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.605.455,00	0,00	5.605.455,00	6.040.646,12	435.191,12



Übersicht über Erträge und Aufwendungen zur Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß §44 Absatz 2 GemHVO-Doppik)	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen 2013	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014
		in EUR			4	5
		1	2	3		
	5.2 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Baukostenzuschüsse und ähnliche Entgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.259.204,37	0,00	4.259.204,37	3.714.770,56	-544.433,81
07	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	7.011.742,92	0,00	7.011.742,92	8.241.345,69	1.229.602,77
	darunter:					
	8.1 Zinserträge	250.327,99	0,00	250.327,99	310.778,09	60.450,10
	8.2 Sonstige Finanzerträge	6.761.414,93	0,00	6.761.414,93	7.930.567,60	1.169.152,67
09	+ Sonstige Erträge	5.258.082,49	0,00	5.258.082,49	8.284.856,26	3.026.773,77
	darunter:					
	9.1 Erträge aus der Veräußerung von Vermögens- gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens	100.000,00	0,00	100.000,00	1.702.137,01	1.602.137,01
	9.2 Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen, Sonderposten und Rückstellungen	507.200,00	0,00	507.200,00	199.726,43	-307.473,57
	9.3 Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Summe der Erträge (Summe der Nummer 1 bis 9)	102.705.735,66	0,00	102.705.735,66	116.105.378,73	13.399.643,07
11	- Personalaufwendungen	28.017.750,00	0,00	28.017.750,00	27.640.472,63	-377.277,37
	darunter:					
	11.1 Zuführung zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen	945.400,00	0,00	945.400,00	1.584.405,00	639.005,00
12	- Versorgungsaufwendungen	2.106.979,90	0,00	2.106.979,90	1.818.103,47	-288.876,43
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.805.802,71	237.378,56	16.043.181,27	12.263.319,72	-3.779.861,55
	darunter:					
	13.1 Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	4.486.100,00	0,00	4.486.100,00	3.767.415,93	-718.684,07
	13.2 Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	7.753.210,65	212.207,77	7.965.418,42	5.847.267,66	-2.118.150,76
14	- Abschreibungen	10.056.500,00	0,00	10.056.500,00	15.377.359,33	5.320.859,33
15	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	34.923.805,64	1.772,17	34.925.577,81	34.412.500,02	-513.077,79
	darunter:					
	15.1 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	13.501.425,21	1.772,17	13.503.197,38	13.319.676,37	-183.521,01
	15.2 Schuldendiensthilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	15.3 Gewerbesteuerumlage	1.404.480,43	0,00	1.404.480,43	1.078.489,83	-325.990,60
	15.4 Allgemeine Umlagen an das Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	15.5 Allgemeine Umlagen an Landkreise	19.954.700,00	0,00	19.954.700,00	19.954.661,78	-38,22
	15.6 Allgemeine Umlagen an das Amt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	15.7 Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	62.000,00	0,00	62.000,00	58.565,81	-3.434,19
	15.8 Allgemeine Umlagen an Sonstige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	6.603.292,79	0,00	6.603.292,79	6.548.975,84	-54.316,95
	darunter:					
	16.1 Leistungen nach SGB II	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.2 Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.3 Leistungen nach SGB XII	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.4 Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

XII



Übersicht über Erträge und Aufwendungen zur Ergebnisrechnung 2014

Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß §44 Absatz 2 GemHVO-Doppik)	Ermächti- gungen 2014	übertragene Ermächti- gungen 2013	Gesamt- ermäch- tigungen 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014
		in EUR				
		1	2	3	4	5
	16.5 Leistungen nach SGB VIII	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.6 Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.7 Sonstige soziale Leistungen	21.300,00	0,00	21.300,00	0,00	-21.300,00
	16.8 Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige soziale Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	16.9 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung	6.581.992,79	0,00	6.581.992,79	6.548.975,84	-33.016,95
17	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.716.042,92	0,00	3.716.042,92	3.123.096,52	-592.946,40
	darunter:					
	17.1 Zinsaufwendungen	3.677.427,99	0,00	3.677.427,99	2.961.564,11	-715.863,88
	17.2 Sonstige Finanzaufwendungen	38.614,93	0,00	38.614,93	161.532,41	122.917,48
18	- Sonstige Aufwendungen	10.022.268,71	33.526,19	10.055.794,90	16.500.347,54	6.444.552,64
19	Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	111.252.442,67	272.676,92	111.525.119,59	117.684.175,07	6.159.055,48
20	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummer 10 und 19)	-8.546.707,01	-272.676,92	-8.819.383,93	-1.578.796,34	7.240.587,59
21	- Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	4.815.800,00	0,00	4.815.800,00	1.578.796,34	-3.237.003,66
	darunter:					
	22.1 Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalanlage aus investiv gebundenen Zuweisungen	4.815.800,00	0,00	4.815.800,00	1.578.796,34	-3.237.003,66
23	- Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	+ Entnahme aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)	-3.756.156,01	-272.676,92	-4.028.832,93	0,00	4.028.832,93
	nachrichtlich:					
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	-10.799.712,91	-272.676,92	-11.072.389,83	-10.657.531,78	414.858,05
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	-14.413.687,79	-272.676,92	-14.686.364,71	-10.657.531,78	4.028.832,93

Anlage 2

Übersicht der Teilrechnungen



Übersicht der Teilrechnungen 2014

Betrieb	Jahresergebnisse der Teilergebnisrechnungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen	Ergebnis 2013	Fortgeschrie- bener Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis / fortgeschrie- bener Ansatz 2014	Ermächti- gungsüber- tragung
		1	2	3	4	5
01	TH 01 Verwaltungssteuerung	-3.561.517,05	-3.655.120	-3.484.878,86	170.241,14	0,00
02	TH 02 Zentrale Dienste	-2.167.791,60	-2.641.115	-1.922.393,92	718.721,08	0,00
03	TH 03 IT-Abteilung	-1.365.678,13	2.000	-1.429.242,78	-1.431.242,78	0,00
06	TH 06 Wirtschaftsförderung	-432.073,16	-473.900	-472.005,36	1.894,64	0,00
07	TH 07 Soziale Hilfen	-488.803,96	-521.295	-521.559,17	-264,17	-3.721,19
08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	-6.248.764,37	-6.619.400	-6.450.867,99	168.532,01	0,00
09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	-2.374.472,21	-3.026.799	-1.548.513,02	1.478.285,98	-23.796,52
10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	-4.894.993,40	-6.008.331	-7.079.518,04	-1.071.188,04	-11.877,79
11	TH 11 Liegenschaften	1.983.418,87	1.990.542	3.119.329,23	1.128.787,23	0,00
12	TH 12 Kämmereiamt	-1.475.962,67	-1.903.729	-302.938,98	1.600.790,02	0,00
13	TH 13 Ordnungsamt	-4.937.280,33	-6.817.900	-4.944.630,25	1.873.269,75	-243.875,02
14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	-2.743.652,34	-3.741.000	-3.037.304,15	703.694,85	-55.738,40
15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	-9.872.010,12	-9.339.715	-10.337.281,42	-997.565,42	-16.068,49
16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	-2.350.238,73	-2.985.063	-2.665.318,75	319.744,25	0,00
70	Bezeichnung fehlt	2.087,04	0	0,00	0,00	0,00
90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	37.020.669,00	37.336.300	39.498.327,12	2.162.027,12	0,00
Teilergebnisrechnungen zusammen		-3.907.063,16	-8.404.526	-1.578.796,34	6.825.727,66	-355.077,41

Betrieb	Finanzmittelüberschüsse / -fehlbedarfe der Teilfinanzrechnungen	Ergebnis 2013	Fortgeschrie- bener Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Vergleich Ergebnis / fortgeschrie- bener Ansatz 2014	Ermächti- gungsüber- tragung
		1	2	3	4	5
01	TH 01 Verwaltungssteuerung	-3.090.045,36	-3.677.054	-3.273.749,34	403.304,66	-6.550,19
02	TH 02 Zentrale Dienste	-2.215.264,75	-2.619.215	-2.195.387,19	423.827,81	-1.900,00
03	TH 03 IT-Abteilung	-1.367.259,37	-273.458	-1.567.665,69	-1.294.207,69	-75.501,88
06	TH 06 Wirtschaftsförderung	-428.389,55	-475.000	-460.789,41	14.210,59	0,00
07	TH 07 Soziale Hilfen	-472.850,07	-581.617	-503.135,33	78.481,67	-3.721,19
08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	-6.152.653,36	-6.618.900	-6.517.360,02	101.539,98	0,00
09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	-1.325.324,61	-3.377.662	-1.488.134,93	1.889.527,07	-269.032,85
10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	-4.288.674,58	-5.997.240	-4.723.739,00	1.273.501,00	-202.004,46
11	TH 11 Liegenschaften	2.797.518,70	2.058.544	5.123.886,83	3.065.342,83	-245.578,58
12	TH 12 Kämmereiamt	-1.544.287,04	-1.908.429	-1.662.038,14	246.390,86	0,00
13	TH 13 Ordnungsamt	-5.244.253,15	-7.544.850	-5.513.369,03	2.031.479,97	-473.454,49
14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	-5.683.993,88	-6.024.161	-3.105.674,62	2.918.485,38	-1.981.509,24
15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	-8.432.580,30	-14.491.234	-7.628.026,89	6.863.209,11	-3.364.887,59
16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	-5.680.141,28	-4.529.952	-2.736.259,61	1.793.692,39	-1.924.809,89
90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	50.140.198,26	40.587.619	45.768.462,27	5.180.843,27	0,00
	Teilfinanzrechnungen zusammen	7.011.999,66	-15.472.608	9.517.019,90	24.989.628,90	-8.548.950,36

Anlage 3

Anlagenübersicht



Anlagenübersicht mit Übersicht über die Sonderposten zum Anlagevermögen 2014

Handelsbilanziell

Posten	Art (gemäß §47 Absatz 4 Nummer 1 bzw. § 47 Absatz 5 Nummer 2.1 GemHVO-Doppik)	Anschaffungs- und Herstellungskosten / Zuführungsbeträge				
		Stand zum 31.12.2013	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Umbuchungen 2014	Stand zum 31.12.2014
		in EUR				
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	105.594.884,58	2.717.587,32	16.702.170,75	557.936,50	92.168.237,65
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	504.895,11	158.291,16	0,00	5.970,47	669.156,74
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	92.128.635,77	418.674,89	15.553.453,70	4.650.729,53	81.644.586,49
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse	4.365.207,86	553.224,83	0,00	861.988,38	5.780.421,07
1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1.5	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	8.596.145,84	1.587.396,44	1.148.717,05	-4.960.751,88	4.074.073,35
1.2	Sachanlagen	638.002.858,74	14.177.067,28	9.726.881,46	-557.936,50	641.895.108,06
1.2.1	Wald, Forsten	2.977.489,49	41,65	541,20	0,00	2.976.989,94
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	62.518.542,96	11.298,95	745.341,95	666.739,44	62.451.239,40
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	173.150.698,14	9.650,00	3.435.808,37	5.930.462,56	175.655.002,33
1.2.4	Infrastrukturvermögen	320.553.994,76	499.938,06	3.391.981,80	11.408.195,25	329.070.146,27
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	404.834,95	0,00	0,00	0,00	404.834,95
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	40.951.552,14	0,00	0,00	23.800,00	40.975.352,14
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	15.868.645,57	932.455,99	457.210,98	1.815.141,29	18.159.031,87
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.194.563,83	617.222,92	1.289,00	586.436,38	5.396.934,13
1.2.9	Pflanzen und Tiere	11.106,00	0,00	0,00	300,00	11.406,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Anlagen im Bau	17.371.430,90	12.106.459,71	1.694.708,16	-20.989.011,42	6.794.171,03
1.3	Finanzanlagen	97.322.466,36	11.719.075,16	214.410,16	0,00	108.827.131,36
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	71.298.819,52	10.445.563,16	0,00	0,00	81.744.382,68
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	369.754,36	0,00	0,00	0,00	369.754,36
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	18.708.331,13	2.727,08	195.975,84	0,00	18.515.082,37
1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	17.613,92	0,00	0,00	0,00	17.613,92
1.3.8	Anteilige Rücklagen der Versorgungskassen zur Abdeckung von Pensionsverpflichtungen	6.848.529,46	1.270.784,92	0,00	0,00	8.119.314,38
1.3.9	Sonstige Ausleihungen	79.417,97	0,00	18.434,32	0,00	60.983,65
	Anlagevermögen	840.920.209,68	28.613.729,76	26.643.462,37	0,00	842.890.477,07
	Sonderpostenübersicht zum Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.1.1	Sonderposten aus Zuwendungen	-249.318.223,62	-11.257.110,74	-16.498.012,35	-18.176.794,83	-262.254.116,84
2.1.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-9.726.955,32	-740.213,73	0,00	-163.145,47	-10.630.314,52
2.1.3	Sonderposten aus Anzahlungen	-15.177.240,86	-9.348.803,08	-1.388.443,41	18.339.940,30	-4.797.660,23
	Sonderposten zum Anlagevermögen	-274.222.419,80	-21.346.127,55	-17.886.455,76	0,00	-277.682.091,59

Posten	Abschreibungen, Wertberichtigungen / Auflösungsbeträge						Restbuchwerte		Kennzahlen		außerplan- mäßige Ab- schreibung / Auflösungs- beträge
	Aufgelaufene Abschrei- bungen zum 31.12.2013	Zu- schreibungen 2014	Ab- schreibungen 2014	Umbuchungen 2014	Aufgelaufene Ab- schreibungen auf Abgänge	Ab- schreibungen zum 31.12.2014	Restbuch- werte am Ende 2014	Restbuch- werte am Ende 2013	Durchschnitt- licher Ab- schreibungs- satz	Durchschnitt- licher Restbuchwert	
	in EUR										
1.1	44.924.575,17	0,00	4.642.262,41	0,00	3.545.289,80	46.021.547,78	46.146.689,87	60.670.309,41	5,04	50,07	-316.274,56
1.1.1	267.402,68	0,00	138.541,93	0,00	0,00	405.944,61	263.212,13	237.492,43	20,70	39,33	0,00
1.1.2	43.988.542,96	0,00	4.274.394,79	0,00	3.545.289,80	44.717.647,95	36.926.938,54	48.140.092,81	5,24	45,23	-178.566,81
1.1.3	475.933,14	0,00	94.123,02	0,00	0,00	570.056,16	5.210.364,91	3.889.274,72	1,63	90,14	-2.505,08
1.1.4	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1.5	192.696,39	0,00	135.202,67	0,00	0,00	327.899,06	3.746.174,29	8.403.449,45	3,32	91,95	-135.202,67
1.2	161.403.814,25	0,00	10.735.096,92	0,00	3.572.177,54	168.566.733,63	473.328.374,43	476.599.044,49	1,67	73,74	-312.358,46
1.2.1	484,57	0,00	447,29	0,00	0,00	931,86	2.976.058,08	2.977.004,92	0,02	99,97	0,00
1.2.2	21.937.135,33	0,00	965.862,50	0,00	329.659,24	22.573.338,59	39.877.900,81	40.581.407,63	1,55	63,85	-84,48
1.2.3	45.591.580,87	0,00	2.387.965,43	47,58	450.576,84	47.529.017,04	128.125.985,29	127.559.117,27	1,36	72,94	-85.758,40
1.2.4	81.060.327,25	0,00	5.335.439,80	0,00	2.381.216,72	84.014.550,33	245.055.595,94	239.493.667,51	1,62	74,47	-92.165,57
1.2.5	361.959,85	0,00	1.267,85	0,00	0,00	363.227,70	41.607,25	42.875,10	0,31	10,28	0,00
1.2.6	379.257,24	0,00	94.907,96	0,00	0,00	474.165,20	40.501.186,94	40.572.294,90	0,23	98,84	0,00
1.2.7	9.847.822,38	0,00	1.121.176,92	5.179,88	409.989,32	10.564.189,86	7.594.842,01	6.020.823,19	6,17	41,82	-125.793,48
1.2.8	2.221.727,91	0,00	827.364,11	-5.227,46	735,42	3.043.129,14	2.353.804,99	1.972.835,92	15,33	43,61	-8.556,53
1.2.9	3.518,85	0,00	665,06	0,00	0,00	4.183,91	7.222,09	7.587,15	5,83	63,32	0,00
1.2.10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.794.171,03	17.371.430,90	0,00	100,00	0,00
1.3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	108.827.131,36	97.322.466,36	0,00	100,00	0,00
1.3.1	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	81.744.382,68	71.298.819,52	0,00	100,00	0,00
1.3.2	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	369.754,36	369.754,36	0,00	100,00	0,00
1.3.4	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.515.082,37	18.708.331,13	0,00	100,00	0,00
1.3.6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.7	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.613,92	17.613,92	0,00	100,00	0,00
1.3.8	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.119.314,38	6.848.529,46	0,00	100,00	0,00
1.3.9	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	60.983,65	79.417,97	0,00	100,00	0,00
	206.328.389,42	0,00	15.377.359,33	0,00	7.117.467,34	214.588.281,41	628.302.195,66	634.591.820,26	1,82	74,54	-628.633,02
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.1.1	-97.033.610,98	0,00	-8.514.791,94	0,00	-3.898.232,38	-101.650.170,54	-160.603.946,30	-152.284.612,64	3,25	61,24	358.577,79
2.1.2	-3.657.104,71	0,00	-301.895,91	0,00	0,00	-3.959.000,62	-6.671.313,90	-6.069.850,61	2,84	62,76	0,00
2.1.3	-734,58	0,00	0,00	0,00	0,00	-734,58	-4.796.925,65	-15.176.506,28	0,00	99,98	0,00
	-100.691.450,27	0,00	-8.816.687,85	0,00	-3.898.232,38	-105.609.905,74	-172.072.185,85	-173.530.969,53	3,18	61,97	358.577,79

Anlage 4

Forderungsübersicht

Forderungsübersicht										
Nr.	Art (gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2 GemHVO-Doppik)		Forderungen zum 31.Dezember 2014				Kumulierte Abzinsung	kumulierte sonstige Wert- berichtigungen	Bilanzwert	Bilanzwert
			davon mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.Dezember 2014 Nominalwert				
			bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren		zum 31.Dezember 2014	zum 31.Dezember 2014	zum 31.Dezember 2014	zum 31.Dezember 2013
			in EUR							
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		4.418.364,91	259.115,80	270.984,72	4.948.465,43	-	3.562.042,46	1.386.422,97	1.192.006,16
	darunter:									
	a)	Gebührenforderungen	527.757,94	14.463,38	-	542.221,32	-	446.861,57	95.359,75	166.506,59
	b)	Beitragsforderungen	87.918,57	52.020,21	-	139.938,78	-	69.189,37	70.749,41	7.829,98
	c)	Steuerforderungen	2.398.287,58	113.813,38	228.660,24	2.740.761,20	-	2.109.997,93	630.763,27	516.944,36
	darunter:									
		aa) Grundsteuer	207.758,91	-	-	207.758,91	-	3.976,59	203.782,32	
		bb) Gewerbesteuer	514.757,59	110.142,06	228.018,96	852.918,61	-	467.930,75	384.987,86	
		cc) Sonstige	90.451,44	3.671,32	641,28	94.764,04	-	52.770,95	41.993,09	
	d)	Forderungen aus Transferleistungen	390.531,27	54.687,33	-	445.218,60	-	396.431,81	48.786,79	102.036,29
	e)	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.013.869,55	24.131,50	42.324,48	1.080.325,53	-	539.561,78	540.763,75	398.688,94
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		732.852,45	17.103,72	-	749.956,17	-	477.916,62	272.039,55	293.376,51
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen		376.391,18	-	-	376.391,18	-	-	376.391,18	737.188,12
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		-	-	-	-	-	-	-	1.620,00
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		60.180,05	-	-	60.180,05	-	-	60.180,05	56.968,41
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich:									
2.2.6.1	Forderungen aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand		-	-	-	-	-	-	-	-
2.2.6.2	Sonstige Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich		214.792,03	-	-	214.792,03	-	-	214.792,03	334.271,20
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände		1.385.962,97	60.074,36	552.031,34	1.998.068,67	-	255.134,64	1.742.934,03	1.227.097,73
2.2	Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		7.188.543,59	336.293,88	823.016,06	8.347.853,53	-	4.295.093,72	4.052.759,81	3.842.528,13

Anlage 5

Verbindlichkeitenübersicht

Verbindlichkeitenübersicht										
Nr.	Art (gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4 GemHVO-Doppik)	Verbindlichkeiten zum 31. Dezember <i>Haushaltsjahr</i> mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31. Dezember <i>Haushaltsjahr</i> (Nominalwert)	Abzinsung zum 31. Dezember <i>Haushaltsjahr</i>	Stand zum 31. Dezember <i>Haushaltsjahr</i> (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31. Dezember <i>Haushalts- vorjahr</i> (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
		in €								
4.1	Anleihen	-	-	-	-	-	-	keine	keine	-
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen:									
4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.079.999,36	11.384.380,15	71.980.055,55	86.444.435,06	-	86.444.435,06	keine	keine	89.362.662,07
4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	7.500.000,00	-	-	7.500.000,00	-	7.500.000,00	keine	keine	12.271.189,27
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	9.421,52	22.260,79	0,00	31.682,31	-	31.682,31	keine	keine	40.604,70
4.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.150.000,00	-	-	1.150.000,00	-	1.150.000,00	keine	keine	972.292,05
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.793.814,57	-	-	1.793.814,57	-	1.793.814,57	keine	keine	1.515.495,86
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	83.037,99	-	-	83.037,99	-	83.037,99	keine	keine	115.645,23
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	489.816,28	-	-	489.816,28	-	489.816,28	keine	keine	231.135,25
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	300.000,00	-	-	300.000,00	-	300.000,00	keine	keine	3.437,34
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	579.522,67	-	-	579.522,67	-	579.522,67	keine	keine	234.131,11
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich:									
4.10.1	Verbindlichkeiten aus dem gemeinsamen Zahlungsmittelbestand	-	-	-	-	-	-	keine	keine	-
4.10.2	Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	1.158.060,29	3.175.581,69	8.032.096,09	12.365.738,07	-	12.365.738,07	keine	keine	13.040.849,59
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten	1.292.950,88	-	-	1.292.950,88	-	1.292.950,88	keine	keine	1.334.831,07
4	Summe der Verbindlichkeiten	17.436.623,56	14.582.222,63	80.012.151,64	112.030.997,83	-	112.030.997,83			119.122.273,54

Anlage 6

Rückstellungsübersicht

Übersicht über die Entwicklungen der Rückstellungen im Haushaltsjahr 2014

Bilanz- position	Art (gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 3 GemHVO-Doppik)	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014	Inanspruch- nahme	Zuführung	Korrektur § 12 KomDoppik EG	§ 18 GemHVO	Auflösung	Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2014	Konto- nummer ¹	
		in €								
		1	2	3	4			5		
P 3.1	Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28.640.299,20 €	465.300,00 €	1.584.405,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	29.759.404,20 €	24	
	davon Pensionsrückstellungen	23.866.916,00 €	387.750,00 €	1.320.337,50 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	24.799.503,50 €		
	davon Beihilferückstellungen	4.773.383,20 €	77.550,00 €	264.067,50 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	4.959.900,70 €		
P 3.2	Steuerrückstellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	25	
P 3.3 davon	Sonstige Rückstellungen²	27.072.515,55 €	1.556.993,10 €	601.889,28 €	0,00 €	0,00 €	127.054,96 €	25.990.356,77 €	27-29	
P 3.3.1	unterlassene Instandhaltung	0,00 €	178.509,63 €	766.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	587.490,37 €		
P 3.3.2	Rekultivierung/Nachsorge kom. Deponien	9.596.310,76 €	212.416,46 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	9.383.894,30 €		
P 3.3.4	Verpflichtungen aus anh. Gerichtsverfahren	7.217.595,68 €	26.396,33 €	352.433,25 €	0,00 €	0,00 €	969,04 €	7.542.663,56 €		
P 3.3.5	personalbezogene finanzielle Verpflichtungen	4.463.180,15 €	1.118.389,18 €	221.710,55 €	0,00 €	0,00 €	126.085,92 €	3.440.415,60 €		
	davon Altersteilzeit ³	4.361.130,53 €	1.020.266,33 €	113.886,14 €	0,00 €	0,00 €	126.085,92 €	3.328.664,42 €		
	davon LOB	98.122,85 €	98.122,85 €	101.944,47 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	101.944,47 €		
	davon Nachversicherung Anwärter	3.926,77 €	0,00 €	5.879,94 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	9.806,71 €		
P 3.3.6	sonstige finanzielle Verpflichtungen	5.795.428,96 €	21.281,50 €	-738.254,52 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	5.035.892,94 €		
4	Summe	55.712.814,75 €	2.022.293,10 €	2.186.294,28 €	0,00 €	0,00 €	127.054,96 €	55.749.760,97 €		

¹ Die Angaben beziehen sich auf die Spalte 1 und 5

² Die einzelnen Rückstellungsarten sind getrennt darzustellen

³ beinhaltet auch die Abfindungen ATZ

Anlage 7

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse

Ausfallbürgschaft	Bürgschafts- summe lt. Beschluss der Bürgerschaft	Genehmigung der Rechts- aufsichts- behörde	verbürgte Kredit- aufnahme bzw. Zuwendung	verbürgte Restschuld per 31.12.2014
	in EUR			
REWA GmbH	1.816.620,00	1.308.396,00	1.308.396,00	283.138,72
	5.059.744,00	5.026.613,00	5.026.613,00	1.632.118,49
	2.813.639,00	2.813.639,00	2.813.639,00	116.252,62
	21.770.808,00	10.225.838,00	10.225.838,00	1.885.789,70
Caritas-Altenhilfe gGmbH	11.504.067,00	11.504.067,00	4.131.878,00	2.043.744,06
Deutsches Meeresmuseum	7.400.000,00	5.920.000,00	5.440.000,00	1.020.689,68
Zwischensumme Kreditbürgschaften	50.364.878,00	36.798.553,00	28.946.364,00	6.981.733,27
Internationaler Bund e.V.	325.300,00	325.300,00	325.300,00	325.300,00
Internationaler Bund e.V.	101.361,00	101.361,00	101.361,00	101.361,00
Zwischensumme Zuwendungs- bürgschaften	426.661,00	426.661,00	426.661,00	426.661,00
Gesamtsumme Bürgschaften	50.791.539,00	37.225.214,00	29.373.025,00	7.408.394,27

Anlage 8

Mitgliedschaften

Mitgliedschaften gemäß § 48 Absatz 5 Nr. 5 GemHVO-Doppik

Name der Organisation	Jahresbeitrag 2014 in EUR	TH	Leistung	Sachkonto
Kommunale Verbände				
Kommunaler Arbeitgeberverband M-V e.V.	6.570,00	01	11.1.01.007	56420000
Kommunalgemeinschaft Europaregion Pommerania e.V.	20.074,95	01	11.1.01.007	56420000
Städte und Gemeindetag M-V e.V.	26.957,79	01	11.1.01.007	56420000
Zweckverbände/ sonstige Verbände				
Regionaler Planungsverband Vorpommern	10.298,34	01	11.1.01.007	56420000
Wasser- und Bodenverband "Barthe-Küste"	58.565,81	15	55.2.02.001	54430000
Arbeitsgemeinschaften				
Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehr in der BRD (AGBF Bund)	25,00	13	12.6.01.001	56420000
Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportämter	55,00	10	11.4.01.002	56420002
Arbeitsgemeinschaft historische Städte	2.500,00	14	51.1.01.001	56420001
Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten M-V	50,00	01	11.1.01.005	56360000
Fachverbände und Vereine				
Baltisches Orgel Centrum (BOC) Stralsund e.V.	24,00	01	11.1.01.007	56420000
Bund deutscher Schiedsmänner und Frauen e.V.	606,00	01	11.9.01.002	56420000
Creditreform	297,50	06	57.1.01.001	56420000
Deutscher Bibliotheksverband	329,45	09	27.2.01.001	56420000
DJH Service GmbH	28,00	09	26.3.01.001	56420000
European Secretariat Klima Bündnis	377,72	16	55.4.04.001	56420000
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00	12	11.6.01.003	56420000
Gesellschaft für Freunde und Förderer der Fachhochschule Stralsund e.V.	105,00	01	11.1.01.007	56420000
Hansischer Geschichtsverein e.V.	30,00	09	25.1.01.001	56420000
Institutionelle Mitgliedschaft im Museumsverband MV e.V.	50,00	09	25.1.01.001	56420000
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST) Verband	2.982,88	01	11.1.01.007	56420000
Landesfeuerwehrverband	248,00	13	12.6.01.001	56420000
Kreisfeuerwehrverband	26,50	13	12.6.01.001	56420000
Landesverband für Standesbeamte	150,00	13	12.2.02.001	56930000
Landeszooverband IG-Tiergärten MVP	150,00	09	25.3.01.001	56420000
Verband zoologischer Gärten VdZ e.V.	820,00	09	25.3.01.001	56420000
Verein zur Erhaltung der Weißen Barockesel	100,00	09	25.3.01.001	56420000
Verband deutscher Pferdezüchter e.V.	252,80	09	25.3.01.001	56420000
Landesschaf- und Ziegenverband	43,98	09	25.3.01.001	56420000
Landesverein der Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamten MV e.V.	30,00	12	11.6.01.003	56420000
Organization of World Heritage Cities (OWHC)	1.608,00	01	11.1.01.004	56420000
Pferdezuchtverein Voigsdorf/ Griebenow e.V.	20,00	09	25.3.01.001	56420000

Mitgliedschaften gemäß § 48 Absatz 5 Nr. 5 GemHVO-Doppik

Name der Organisation	Jahresbeitrag 2014 in EUR	TH	Leistung	Sachkonto
Stadtmarketing Stralsund e.V.	100,00	01	11.1.01.007	56420000
UNESCO Welterbestätten	2.357,50	06	52.3.02.001	56390010
Verband deutscher Hafenkapitäne	25,00	13	12.2.03.001	56990000
Verband deutscher Musikschulen e.V.	1.475,00	09	26.3.01.001	56420000
Wasserstoff Brennzellen Elektromobilität in MV (WTI e.V.)	50,00	01	11.1.01.007	56420000
Gesamt	138.707,00			

Anlage 9

Sonstige wesentliche Verträge

Sonstige wesentliche Verträge

Teilhaushalt	Amt, Abteilung, Sachgebiet	Vertragsart	Jahresbetrag 2014 in EUR
01 Verwaltungssteuerung	Versicherungen	Versicherungsverträge	309.414,71 €
	Controlling	Honorarvertrag	5.269,44 €
02 Hauptamt	Zentraler Service	Dienstvertrag	149.593,70 €
	Personaleinsatz und -betreuung	Honorarvertrag	21.111,05 €
03 EDV-Abteilung	EDV-Abteilung	Dienstvertrag	18.290,00 €
		Lizenzvertrag	39.513,15 €
		Mietverträge	76.284,27 €
		Mobilfunkvertrag	25.882,67 €
		Supportvertrag (Hardware)	14.251,44 €
		Supportverträge (Software)	169.230,63 €
		Vertrag Telefonie (Festnetz)	19.365,22 €
06 Wirtschaftsförderung	Wirtschaftsförderung	Vereinbarung	50.000,00 €
07 Sozialhilfe	Frauenschutzhaus	Dienstvertrag	46.475,00 €
09 Kulturelle Einrichtungen	Kulturhistorisches Museum	Bewachungsvertrag	410.824,87 €
	Musikschule	Honorarverträge	13.633,33 €
	Stadtbibliothek	Reinigungsvertrag	34.087,47 €
	Kulturbüro	Veranstaltungsvertrag	40.000,00 €
	Theaterpädagogisches Zentrum	Zuwendungsvereinbarung	90.000,00 €
10 Schulverwaltung und Sport	Schulträgeraufgaben	Bewachungsvertrag	25.052,32 €
		Reinigungsverträge	818.296,88 €
	Hansa-Gymnasium	Mietvertrag	511.889,93 €
	BgA Regionaler Freizeit- und Erholungspark	Nutzungsvertrag	1.717.334,52 €
11 Liegenschaften	Liegenschaften	Dienstvertrag	10.022,35 €
		Servicevertrag	39.630,80 €
		Pachtvertrag	22.120,56 €
13 Ordnungsamt	Verkehrsangelegenheiten	Serviceverträge	77.822,43 €
	Soziale Einrichtungen/ Wohnungslose	Vereinbarung	111.052,08 €
	Gewerbe- und Ordnungsanlegenheiten	Betreuungsvertrag	58.000,00 €
	Abteilung Hafenamt	Servicevertrag	30.866,30 €
		Werkvertrag	15.053,50 €
14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	Denkmalschutz und -pflege	Vereinbarung	18.600,00 €

Sonstige wesentliche Verträge

Teilhaushalt	Amt, Abteilung, Sachgebiet	Vertragsart	Jahresbetrag 2014 in EUR
15 Straßen und Stadtgrün	Fuhrpark	Leasingvertrag	109.804,43 €
	Verwaltung und Unter- haltung Gemeindestraßen	Servicevertrag	14.840,00 €
		Reinigungsvertrag	120.547,66 €
		Konzessionsvertrag	774.295,32 €
		Wartungsverträge	59.823,33 €
		Werkvertrag	144.571,82 €
	Straßenbeleuchtung	Wartungsvertrag	345.334,04 €
	Öffentliches Grün, Landschaftsbau, Strände	Honorarverträge	76.435,95 €
		Werkvertrag	95.010,46 €
	Straßenreinigung	Werkvertrag	16.710,84 €
	Winterdienst	Werkvertrag	16.710,84 €
Gesamt			6.763.053,31

Anlage 10

Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen



Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen 2014

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Übertragene Ansätze nach § 15 GemHVO- Doppik
		in EUR		
		1	2	3
01 Aufwandsermächtigungen		114.326.368,59	114.877.642,98	355.077,41
Teilplan: 01	TH 01 Verwaltungssteuerung	3.796.645,58	3.841.733,04	0,00
Teilplan: 02	TH 02 Zentrale Dienste	2.871.035,59	2.320.741,05	0,00
Teilplan: 03	TH 03 IT-Abteilung	1.356.500,00	1.435.953,68	0,00
Teilplan: 06	TH 06 Wirtschaftsförderung	479.271,00	1.757.371,37	0,00
Teilplan: 07	TH 07 Soziale Hilfen	1.346.217,30	1.191.620,20	3.721,19
Teilplan: 08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	6.620.600,00	6.497.857,59	0,00
Teilplan: 09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	7.745.943,93	7.341.387,92	23.796,52
Teilplan: 10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	12.849.221,09	11.886.007,77	11.877,79
Teilplan: 11	TH 11 Liegenschaften	2.742.454,00	1.604.294,80	0,00
Teilplan: 12	TH 12 Kämmereiamt	2.022.479,35	1.949.641,47	0,00
Teilplan: 13	TH 13 Ordnungsamt	9.495.657,59	8.795.194,05	243.875,02
Teilplan: 14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	4.220.427,50	3.570.091,93	55.738,40
Teilplan: 15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	17.028.137,22	19.331.159,20	16.068,49
Teilplan: 16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	4.240.962,95	5.524.863,30	0,00
Teilplan: 90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	37.510.815,49	37.829.725,61	0,00
02 Auszahlungsermächtigungen		145.558.953,47	179.777.652,72	8.548.950,36
Teilplan: -		0,00	0,00	0,00
Teilplan: 01	TH 01 Verwaltungssteuerung	3.806.244,75	3.398.060,18	6.550,19
Teilplan: 02	TH 02 Zentrale Dienste	2.848.659,37	2.400.762,75	1.900,00
Teilplan: 03	TH 03 IT-Abteilung	1.631.857,91	1.574.733,81	75.501,88
Teilplan: 06	TH 06 Wirtschaftsförderung	477.500,00	466.160,41	0,00
Teilplan: 07	TH 07 Soziale Hilfen	1.347.017,30	1.184.360,49	3.721,19
Teilplan: 08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	6.620.100,00	6.526.434,83	0,00
Teilplan: 09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	8.313.073,14	6.876.761,81	269.032,85
Teilplan: 10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	12.577.353,12	10.736.361,89	202.004,46
Teilplan: 11	TH 11 Liegenschaften	3.123.608,49	1.823.377,74	245.578,58
Teilplan: 12	TH 12 Kämmereiamt	2.020.029,35	1.858.098,43	0,00
Teilplan: 13	TH 13 Ordnungsamt	10.360.012,92	8.551.962,99	473.454,49
Teilplan: 14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	7.507.608,61	3.969.803,99	1.981.509,24
Teilplan: 15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	31.054.270,46	12.682.525,22	3.364.887,59
Teilplan: 16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	9.421.451,56	3.828.372,88	1.924.809,89
Teilplan: 20		0,00	416.319,91	0,00
Teilplan: 90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	44.450.166,49	113.483.555,39	0,00
Ordentliche Auszahlungen und außerordentliche Auszahlungen		101.449.331,93	94.045.378,93	355.077,41
Teilplan: 01	TH 01 Verwaltungssteuerung	3.641.044,75	3.394.610,37	0,00
Teilplan: 02	TH 02 Zentrale Dienste	2.738.959,37	2.379.259,97	0,00
Teilplan: 03	TH 03 IT-Abteilung	1.201.600,00	1.241.826,61	0,00
Teilplan: 06	TH 06 Wirtschaftsförderung	454.600,00	464.052,73	0,00



Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen 2014

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Übertragene Ansätze nach § 15 GemHVO- Doppik
		in EUR		
		1	2	3
Teilplan: 07	TH 07 Soziale Hilfen	1.346.217,30	1.184.237,71	3.721,19
Teilplan: 08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	6.520.600,00	6.526.434,83	0,00
Teilplan: 09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	6.995.843,93	6.845.956,49	23.796,52
Teilplan: 10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	10.953.582,18	9.978.133,47	11.877,79
Teilplan: 11	TH 11 Liegenschaften	2.540.754,00	1.785.153,41	0,00
Teilplan: 12	TH 12 Kämmereiamt	1.910.429,35	1.858.098,43	0,00
Teilplan: 13	TH 13 Ordnungsamt	9.125.663,74	7.769.363,51	243.875,02
Teilplan: 14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	3.672.887,76	2.670.347,52	55.738,40
Teilplan: 15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	9.474.420,11	8.882.724,79	16.068,49
Teilplan: 16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	3.694.662,95	3.195.147,20	0,00
Teilplan: 90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	37.178.066,49	35.870.031,89	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		34.092.921,54	7.719.830,38	8.193.872,95
Teilplan: 01	TH 01 Verwaltungssteuerung	9.600,00	3.449,81	6.550,19
Teilplan: 02	TH 02 Zentrale Dienste	23.800,00	21.502,78	1.900,00
Teilplan: 03	TH 03 IT-Abteilung	430.257,91	332.907,20	75.501,88
Teilplan: 06	TH 06 Wirtschaftsförderung	3.100,00	2.107,68	0,00
Teilplan: 07	TH 07 Soziale Hilfen	800,00	122,78	0,00
Teilplan: 09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	749.029,21	30.805,32	245.236,33
Teilplan: 10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	960.870,94	758.228,42	190.126,67
Teilplan: 11	TH 11 Liegenschaften	529.754,49	38.224,33	245.578,58
Teilplan: 13	TH 13 Ordnungsamt	992.449,18	782.599,48	229.579,47
Teilplan: 14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	3.718.820,85	1.299.456,47	1.925.770,84
Teilplan: 15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	20.970.150,35	3.799.800,43	3.348.819,10
Teilplan: 16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	5.686.888,61	633.225,68	1.924.809,89
Teilplan: 90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	17.400,00	17.400,00	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		10.016.700,00	78.012.443,41	0,00
Teilplan: -		0,00	0,00	0,00
Teilplan: 01	TH 01 Verwaltungssteuerung	155.600,00	0,00	0,00
Teilplan: 02	TH 02 Zentrale Dienste	85.900,00	0,00	0,00
Teilplan: 06	TH 06 Wirtschaftsförderung	19.800,00	0,00	0,00
Teilplan: 08	TH 08 Kinder- und Jugendförderung	99.500,00	0,00	0,00
Teilplan: 09	TH 09 Kulturelle Einrichtungen	568.200,00	0,00	0,00
Teilplan: 10	TH 10 Schulverwaltung und Sport	662.900,00	0,00	0,00
Teilplan: 11	TH 11 Liegenschaften	53.100,00	0,00	0,00
Teilplan: 12	TH 12 Kämmereiamt	109.600,00	0,00	0,00
Teilplan: 13	TH 13 Ordnungsamt	241.900,00	0,00	0,00
Teilplan: 14	TH 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	115.900,00	0,00	0,00
Teilplan: 15	TH 15 Straßen und Stadtgrün	609.700,00	0,00	0,00
Teilplan: 16	TH 16 Zentrales Gebäudemanagement	39.900,00	0,00	0,00
Teilplan: 20		0,00	416.319,91	0,00



Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen 2014

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2014	Ergebnis 2014	Übertragene Ansätze nach § 15 GemHVO- Doppik
		in EUR		
		1	2	3
Teilplan: 90	TH 90 Zentrale Finanzleistungen	7.254.700,00	77.596.123,50	0,00

Anlage 11

**Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur
Sicherung der Zahlungsfähigkeit**

Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel					
lfd. Nr.		laufende Ein- und Auszahlungen	Ein- und Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	durchlaufende Gelder und ungeklärte Zahlungs- vorgänge	Summe
		in €			
		1	2	3	4
1 ¹	Liquide Mittel zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)				1.260.713,63
2 ²	- Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres				12.271.189,27
3	= Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	-16.753.521,94	4.451.232,65	1.291.813,65	-11.010.475,64
4	+ Korrektur des Vortrages	-2.465.021,93	2.596.570,81	-131.548,88	
5	= Bereinigter Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	-19.218.543,87	7.047.803,46	1.160.264,77	-11.010.475,64
6	+ Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 22 GemHVO-Doppik)	7.832.490,75			7.832.490,75
7	- Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (§3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 42 GemHVO-Doppik)	3.623.399,40			3.623.399,40
8	+ Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 39 GemHVO-Doppik)		1.684.529,15		1.684.529,15
9	+ Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne planmäßige Tilgung)		0,00		0,00
10	+ Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgängen (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 45 GemHVO-Doppik)			-364.833,91	-364.833,91
11 ³	= Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsjahres	-15.009.452,52	8.732.332,61	795.430,86	-5.481.689,05
Kontrollrechnung:					
12	Liquide Mittel zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)				2.018.310,95
13	- Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsjahres				7.500.000,00
14	= Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31. Dezember des Haushaltsjahres				-5.481.689,05

- 1 Ämter weisen neben den liquiden Mitteln auch die Forderungen gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2.6.1 GemHVO-Doppik aus.
Amtsangehörige Gemeinden weisen die Forderungen gemäß § 47 Absatz 4 Nummer 2.2.6.1 GemHVO-Doppik aus.
- 2 Neben den Verbindlichkeiten gemäß § 47 Absatz 5 Nummer 4.2.2 GemHVO-Doppik sind auch die Verbindlichkeiten gemäß § 47 Absatz 5
Nummer 4.3 und 4.7 bis 4.10 GemHVO-Doppik auszuweisen, soweit diese Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der
Zahlungsfähigkeit enthalten. Der auszuweisende Betrag entspricht dem Betrag in Muster 4a zu § 1 Absatz 2 Nummer 5 GemHVO-Doppik,
Spalte 1, Zeile 14.2.
- 3 Der Betrag für die laufenden Ein- und Auszahlungen (Spalte 1) entspricht dem Vortrag für das Haushaltsfolgejahr gemäß § 16 Absatz 1
Nummer 2 und Absatz 2 Nummer 2 GemHVO-Doppik.

Anlage 12

Korrekturen der Eröffnungsbilanz

Übersicht zu Korrekturen der Eröffnungsbilanz

Änderungen der allgemeinen Kapitalrücklage haben sich im Jahr 2014 durch vorgenommene notwendige Korrekturen der Eröffnungsbilanz ergeben. Gem. § 12 KomDoppikEG M-V / § 60 Abs. 2 KV-MV / § 53a Abs. 2 GemHVO-Doppik besteht die Möglichkeit, bei festgestellten Unvollständigkeiten der Eröffnungsbilanz diese zu berichtigen. Die sich hieraus ergebenden Wertänderungen sind ergebnisneutral mit der Kapitalrücklage zu verrechnen. Es sind im Jahr 2014 Korrekturen der Eröffnungsbilanz in Höhe von -700.333,24 Euro vorgenommen worden.

	Minderung	Erhöhung	kumuliert Veränderung
Summen	-729.615,88 €	29.282,64 €	-700.333,24 €

Bilanzposition	Minderung Kapitalrücklage	Erhöhung Kapitalrücklage	Bezeichnung
A 1.2.1.	-228,95 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.1.	-312,25 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.1.		33,25 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.1.		8,40 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.2	-2.400,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-198.224,10 €		Korrektur von ins Sondervermögen übertragenem Grundbesitz
A 1.2.2	-645,40 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-20.731,90 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-1.559,60 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-508,20 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-1.074,59 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-3.691,10 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-2.367,28 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-3.160,15 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-1.305,30 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-22.145,35 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-62.202,95 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2	-35.479,90 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.2		102,00 €	Wertmäßige Korrektur Mehrflächen aus Kaufpreiskonkretisierung
A 1.2.2		3.173,60 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.2		1.204,77 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.3	-580,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.3	-710,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.3		9.350,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4	-140,00 €		Korrektur von ins Sondervermögen übertragenem Grundbesitz

Bilanzposition	Minderung Kapitalrücklage	Erhöhung Kapitalrücklage	Bezeichnung
A 1.2.4	-316.800,00 €		Korrektur von doppelt erfassten Grundbesitz
A 1.2.4	-64,68 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.4	-27,25 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.4	-32,88 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.4	-1,20 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.4	-7,85 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 1.2.4		50,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		1,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		2.610,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		230,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		280,00 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		123,60 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.4		1,40 €	Korrektur von nicht erfassten Grundbesitz
A 1.2.10		12.114,62 €	Zahlungen von 2007 wurden nicht im Bestand Anlagen in Bau (Ippen kai) berücksichtigt
A 2.3.1	-5.480,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-260,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-120,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-90,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-3.940,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-20.000,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-1.200,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-7.350,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-1.720,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-170,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-295,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-3.755,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz
A 2.3.1	-10.835,00 €		Korrektur von nicht im Eigentum befindlichem Grundbesitz

Korrekturen der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2011
Aktiva

Pos- ten	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2011	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2011	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2012	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2013	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2014	Stand nach Eröffnungsbilanz- korrekturen
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	Anlagevermögen	613.835.928,26	-1.696.146,21	969.043,27	114.954,89	-645.118,24	612.578.661,97
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	62.686.584,91	-431.575,01	1.770.526,75	0,00	0,00	64.025.536,65
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142.571,57	0,00	0,00	0,00	0,00	142.571,57
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	55.668.396,17	0,00	0,00	0,00	0,00	55.668.396,17
1.1.3	Geleistete Investitionszuschüsse	2.779.259,01	0,00	-61.891,79	0,00	0,00	2.717.367,22
1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1.5	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	4.096.358,16	-431.575,01	1.832.418,54	0,00	0,00	5.497.201,69
1.2	Sachanlagen	465.221.600,43	-1.262.859,68	-801.483,48	114.954,89	-645.118,24	462.627.093,92
1.2.1	Wald, Forsten	2.960.486,75	0,00	0,00	0,00	-499,55	2.959.987,20
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	43.594.500,88	-49.843,57	-46.234,00	-4.854,81	-351.015,45	43.142.553,05
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	121.293.413,04	-1.413.225,53	-688.578,78	0,00	8.060,00	119.199.668,73
1.2.4	Infrastrukturvermögen	242.903.453,99	89.177,05	-66.670,70	0,00	-313.777,86	242.612.182,48
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	62.073,15	0,00	0,00	0,00	0,00	62.073,15
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	40.735.531,44	118.219,00	0,00	0,00	0,00	40.853.750,44
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	6.630.328,51	1.239,97	0,00	0,00	0,00	6.631.568,48
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.415.216,62	453,28	0,00	0,00	0,00	1.415.669,90
1.2.9	Pflanzen und Tiere	3.568,75	0,00	0,00	0,00	0,00	3.568,75
1.2.10	Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen, Anlagen im Bau	5.623.027,30	-8.879,88	0,00	119.809,70	12.114,62	5.746.071,74
1.3	Finanzanlagen	85.927.742,92	-1.711,52	0,00	0,00	0,00	85.926.031,40
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	60.447.231,95	-35,42	0,00	0,00	0,00	60.447.196,53
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	369.754,36	0,00	0,00	0,00	0,00	369.754,36
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	20.419.382,20		0,00	0,00	0,00	20.419.382,20
1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	5.113,92	0,00	0,00	0,00	0,00	5.113,92
1.3.8	Anteilige Rücklagen der Versorgungskassen zur Abdeckung von Pensionsverpflichtungen	4.472.095,79	0,00	0,00	0,00	0,00	4.472.095,79
1.3.9	Sonstige Ausleihungen	214.164,70	-1.676,10	0,00	0,00	0,00	212.488,60
2	Umlaufvermögen	22.969.079,49	15.483.895,77	-230,00	0,00	-55.215,00	38.397.530,26
2.1	Vorräte	12.893.716,17	14.896.968,74	-230,00	0,00	-55.215,00	27.735.239,91
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	41.152,68	0,00	0,00	0,00	0,00	41.152,68
2.1.2	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren sowie zum Verkauf bestimmte Grundstücke	12.852.563,49	14.896.968,74	-230,00	0,00	-55.215,00	27.694.087,23
2.1.4	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.557.814,40	586.927,03	0,00	0,00	0,00	8.144.741,43
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	2.961.519,71	0,00	0,00	0,00	0,00	2.961.519,71
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	811.088,83	0,00	0,00	0,00	0,00	811.088,83
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	31.822,45	0,00	0,00	0,00	0,00	31.822,45
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	19.924,83	0,00	0,00	0,00	0,00	19.924,83
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	1.959,92	0,00	0,00	0,00	0,00	1.959,92
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	1.633.368,31	280.753,49	0,00	0,00	0,00	1.914.121,80
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände	2.098.130,35	306.173,54	0,00	0,00	0,00	2.404.303,89
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.2	Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.3	Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.517.548,92	0,00	0,00	0,00	0,00	2.517.548,92
3	Rechnungsabgrenzungsposten	2.755.820,37	0,00	0,00	0,00	0,00	2.755.820,37
3.1	Disagio	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2.755.820,37	0,00	0,00	0,00	0,00	2.755.820,37
4	Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Bilanzsumme	639.560.828,12	13.787.749,56	968.813,27	114.954,89	-700.333,24	653.732.012,60

Korrekturen der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2011

Passiva

Pos- ten	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2011	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2011	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2012	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2013	Eröffnungsbilanz- korrekturen 2014	Stand nach den Eröffnungsbilanz- korrekturen
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	Eigenkapital	297.053.447,73	12.142.063,40	-745.842,51	114.954,89	-700.333,24	307.864.290,27
1.1	Kapitalrücklage	297.053.447,73	12.142.063,40	-745.842,51	114.954,89	-700.333,24	307.864.290,27
1.1.1	Allgemeine Kapitalrücklage	289.398.506,84	12.142.063,40	-745.842,51	114.954,89	-700.333,24	300.209.349,38
1.1.2	Zweckgebundene Kapitalrücklagen	7.654.940,89	0,00	0,00	0,00	0,00	7.654.940,89
1.2	Zweckgebundene Ergebnissrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.1	Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2	Sonstige zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3	Ergebnisvortrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Sonderposten	164.470.002,75	-441.308,81	1.832.418,54	0,00	0,00	165.861.112,48
2.1	Sonderposten zum Anlagevermögen	164.026.337,94	-441.308,81	1.832.418,54	0,00	0,00	165.417.447,67
2.1.1	Sonderposten aus Zuwendungen	152.481.627,50	-35.816,41	0,00	0,00	0,00	152.445.811,09
2.1.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	6.336.659,33	0,00	0,00	0,00	0,00	6.336.659,33
2.1.3	Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	5.208.051,11	-405.492,40	1.832.418,54	0,00	0,00	6.634.977,25
2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	443.664,81	0,00	0,00	0,00	0,00	443.664,81
2.3	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4	Sonstige Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Rückstellungen	51.136.249,61	1.994.723,95	-128.762,76	0,00	0,00	53.002.210,80
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	23.531.354,40	1.997.738,10	134.922,78	0,00	0,00	25.664.015,28
3.3	Sonstige Rückstellungen	27.604.895,21	-3.014,15	-263.685,54	0,00	0,00	27.338.195,52
3.3.1	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	315.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	315.000,00
3.3.2	Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien	10.064.198,96	0,00	0,00	0,00	0,00	10.064.198,96
3.3.3	Rückstellung für Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3.4	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren	6.272.200,00	10.276,00	-1.200,00	0,00	0,00	6.281.276,00
3.3.5	Rückstellungen für personalbezogene finanzielle Verpflichtungen	5.734.861,00	-13.290,15	0,00	0,00	0,00	5.721.570,85
3.3.6	Rückstellungen für sonstige finanzielle Verpflichtungen	5.218.635,25	0,00	-262.485,54	0,00	0,00	4.956.149,71
4	Verbindlichkeiten	121.901.826,50	92.271,02	11.000,00	0,00	0,00	122.005.097,52
4.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	104.634.533,53	0,00	0,00	0,00	0,00	104.634.533,53
4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	104.634.533,53	0,00	0,00	0,00	0,00	104.634.533,53
4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00	11.000,00	0,00	0,00	11.000,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.306.154,65	15.803,90	0,00	0,00	0,00	2.321.958,55
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	426.495,79	0,00	0,00	0,00	0,00	426.495,79
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.518.569,35	-31.314,44	0,00	0,00	0,00	1.487.254,91
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	1.029.606,57	0,00	0,00	0,00	0,00	1.029.606,57
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	10.581.845,03	40.232,39	0,00	0,00	0,00	10.622.077,42
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten	1.404.621,58	67.549,17	0,00	0,00	0,00	1.472.170,75
5	Rechnungsabgrenzungsposten	4.999.301,53	0,00	0,00	0,00	0,00	4.999.301,53
5.1	Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.2	Anzahlungen auf Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.3	Sonstige	4.999.301,53	0,00	0,00	0,00	0,00	4.999.301,53
6	Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	Bilanzsumme	639.560.828,12	13.787.749,56	968.813,27	114.954,89	-700.333,24	653.732.012,60

Vollständigkeitserklärung Jahresabschluss der Hansestadt Stralsund für das Haushaltsjahr 2014

Gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Stralsund erkläre ich als Oberbürgermeister Folgendes:

A. Aufklärungen und Nachweise

Die Aufklärungen und Nachweise, um die Sie mich gemäß § 3 Abs. 6 KPG gebeten haben, und die Nachweise und Informationen, die darüber hinaus für eine ordnungsgemäße Prüfung erforderlich sind, habe ich Ihnen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gegeben. Als Auskunftspersonen habe ich Ihnen die nachfolgend aufgeführten Personen benannt:

Frau Gisela Steinfurt
Amtsleiterin Kämmereramt

Frau Andrea Jurk
Abteilungsleiterin Haushalts- und Finanzplanung

Herr Ronny Liß
Abteilungsleiter Stadtkasse

Herr Jens Unger
Abteilungsleiter Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung

Diese Personen sind verpflichtet, Ihnen alle erforderlichen und alle gewünschten Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben.

B. Bücher und Schriften

1. Ich bin meiner Verantwortung zur Einrichtung eines den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems nachgekommen. Dazu gehören die Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie Maßnahmen zur Verhinderung und Aufdeckung von wesentlichen Täuschungen und Vermögensschädigungen.
2. Ich habe dafür Sorge getragen, dass Ihnen die Bücher, Belege und Schriften, auch soweit sie IT-gestützt geführt werden, vollständig zur Verfügung gestellt worden sind. Zu den Schriften gehören insbesondere auch Dienst-, Arbeitsanweisungen und sonstige Organisationsunterlagen, die zum Verständnis der Rechnungslegung erforderlich sind. Zu den Belegen gehören alle für die richtige und vollständige Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu Grunde zu legenden Nachweise (begründende Unterlagen).
3. In den vorgelegten Büchern sind alle Geschäftsvorfälle erfasst, die für das oben genannte Haushaltsjahr buchungspflichtig geworden sind. Für die perspektivische Untergliederung und Auswertung von steuerpflichtigen und nichtsteuerpflichtigen Sachverhalten bestand die Notwendigkeit, eine maschinelle Umsetzung der Kostenträger-Stammdaten und deren Nutzung in den Untersachkonten, auch für die bereits abgeschlossenen Haushaltsjahre, vorzunehmen. Die Verfahrensweise wurde mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt. Die Umsetzung wurde am 21. und 22. Juli im HKR-Programm abdata und am 06. August 2020 im Anlagenbuchhaltungsprogramm E+S durchgeführt.
4. Die nach der Gemeindehaushaltsverordnung und der Gemeindekassenverordnung erforderlichen Dienst- und Arbeitsanweisungen wurden nur zum Teil erlassen (Bemerkungen in Abschnitt „D“).
5. Die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme wurden beachtet.
6. Im Bereich des doppelten Rechnungswesens werden eigene EDV-Anlagen eingesetzt.
7. Abrechnungen im Bereich des Rechnungswesens sind auf der Grundlage der organisa-

torischen Vorkehrungen und Kontrollen nur nach den Ihnen zur Verfügung gestellten Programmen und den aufgezeichneten Bedienungseingriffen bzw. den Ihnen vorgelegten Dienst- und Arbeitsanweisungen sowie Organisationsunterlagen durchgeführt worden.

8. Ich habe sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und -fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht und maschinell ausgewertet werden können, und zwar die Buchungen in kontenmäßiger Ordnung.

C. Jahresabschluss und Anlagen zum Jahresabschluss

1. Unter Berücksichtigung der maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze sind in dem von Ihnen zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Abgrenzungen berücksichtigt. Sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen sind enthalten. Alle erforderlichen Angaben wurden nach den einschlägigen Rechtsvorschriften gemacht.
2. Bewertungserhebliche Umstände sowie für die Rechnungslegung relevante Ereignisse nach dem Abschlussstichtag sind im Jahresabschluss bereits berücksichtigt.
3. Besondere Umstände, die der Fortführung der Verwaltungstätigkeit oder von Teilen der Verwaltungstätigkeit oder der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entgegenstehen könnten, sind in Abschnitt „D“ angegeben.
4. Eine Übersicht über
 - alle Unternehmen, mit denen die Gemeinde am Abschlussstichtag verbunden war,
 - alle Unternehmen, mit denen am Abschlussstichtag ein Beteiligungsverhältnis bestanden hat,
 - alle Sondervermögen der Gemeinde,
 - alle Zweckverbände, in denen die Gemeinde am Abschlussstichtag Mitglied war,
 - alle Anstalten des öffentlichen Rechts, bei denen die Gemeinde am Abschlussstichtag Gewährträger / Mitgewährträger war,
 - alle sonstigen Tochterorganisationen, denen die Gemeinde angehört und die nicht lediglich Auswirkungen von untergeordneter Bedeutung auf die Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde haben,
 - alle sonstigen Tochterorganisationen und nahestehenden Personenist dem 19. Bericht über die Beteiligungen der Hansestadt Stralsund an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts – Beteiligungsbericht 2014, Bekanntmachung vom 08. Juli 2016 (Amtsblatt Nr. 7/2016) zu entnehmen.
5. Ausleihungen, Forderungen oder Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) gegenüber den o.g. Tochterorganisationen und nahestehenden Personen bestanden am Abschlussstichtag nur in der Höhe in der sie aus dem Jahresabschluss als solche ersichtlich sind.
6. Ich habe Ihnen alle uns bekannten abgeschlossenen Verträge mit Tochterorganisationen und nahestehenden Personen mitgeteilt.
7. Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene wesentliche Geschäfte mit Tochterorganisationen und nahestehenden Personen, einschließlich der Art der Angaben zur Art der Beziehung, zum Wert der Geschäfte sowie weiterer Angaben, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind, bestehen nicht.
8. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestanden am Abschlussstichtag nur in der Höhe, in der sie aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind.
9. Patronatserklärungen und Bürgschaften, die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind, bestanden am Abschlussstichtag nicht.

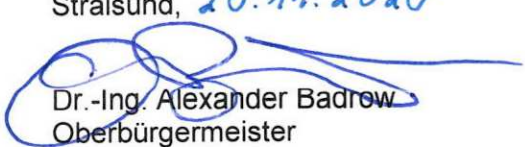
10. Besicherungen von Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) durch Pfandrechte und ähnliche Rechte bestanden am Abschlussstichtag nicht.
11. Gewährte Vorschüsse, Kredite sowie eingegangene Haftungsverhältnisse, die unter § 48 Abs. 5 GemHVO-Doppik fallen, bestanden am Abschlussstichtag nur in der Höhe, in der sie im Anhang angegeben sind.
12. Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände bestanden am Abschlussstichtag nicht.
13. Bewertungseinheiten wurden nur in dem Umfang gebildet, in dem sie aus dem Jahresabschluss ersichtlich / im Anhang angegeben sind.
14. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte, die für die Beurteilung der Finanzlage notwendig sind, (z.B. Factoring, unechte Pensionsgeschäfte, Konsignationslagervereinbarungen, Forderungsverbriefungen über gesonderte Gesellschaften oder nicht rechtsfähige Einrichtungen, die Verpfändung von Aktiva, Operating-Leasing-Verträge sowie die Auslagerung von betrieblichen Funktionen) wurden im Anhang, soweit bekannt, berücksichtigt.
15. Verträge, soweit nicht bereits nach Ziffer 12 erwähnt, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Hansestadt Stralsund von Bedeutung sind oder werden können (zum Beispiel Verträge mit dem Bund, dem Land und anderen kommunalen Körperschaften, Lieferanten, Abnehmern und Tochterorganisationen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Versorgungs-, Options-, Ausbietungs-, Konzessions-, Leasing-, Finanzierungs- und Treuhandverträge sowie Verträge über Public Private Partnership [PPP]) bestanden, soweit bekannt, am Abschlussstichtag nicht.
16. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Hansestadt Stralsund von Bedeutung sind, sind Ihnen vollständig mitgeteilt worden.
17. Störungen oder wesentliche Mängel des Internen Kontrollsystems sind aufgrund fehlender Dienstanweisungen vorhanden.
18. Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, die Bedeutung für den Inhalt des Jahresabschlusses oder deren Anlagen zum Jahresabschluss oder auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, habe ich Ihnen vollständig zur Verfügung gestellt.
19. Sonstige Verstöße gegen Rechtsvorschriften, ergänzende Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, die Bedeutung für den Inhalt des Jahresabschlusses oder der Anlagen zum Jahresabschluss oder auf die Vermögens-, Ertragslage haben könnten, sind unter Abschnitt „D“ aufgeführt.

D. Bemerkungen

Zu B 4.: Die Dienstanweisungen „Organisation des Rechnungswesens“ und „Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie“ befinden sich in Erarbeitung.

Zu C 3 und C 19: Im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 wurde ein Abgleich zwischen den Daten der Anlagenbuchhaltung „E+S“ zum 31.12.2014 mit den Daten des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) zum 31.12.2017 vorgenommen. Die Aufarbeitung der sich daraus ergebenden Abweichungen könnte Auswirkungen auf den sachgerechten Ausweis und die Vollständigkeit der bilanzierten Grundstücke haben.

Stralsund, 20.11.2020


Dr.-Ing. Alexander Badrow
Oberbürgermeister